

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.

Verleger: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 6. Dezember 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.

Verleger: Amt IV. Nr. 1984.

Die Intertions-Gebühr

Beträgt für die sechsmonatliche Kolonialzeitung über deren Raum 40 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (seitgedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Intertions für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:
Monatlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.
Einzeln Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat.
Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 7 Mark, für das übrige Ausland 8 Mark pro Monat.

Erhalten täglich außer Montags.

Der Zynismus des Bankrotts.

Nach langen Monaten, die erfüllt waren von verschuldeten Mißerfolgen und sich drängenden und verschärfenden öffentlichen Standarten, tritt die Regierung des Deutschen Reiches wieder vor die Volksvertretung. Sie hat ihr nichts Erfreuliches zu bieten. Die Zerrüttung der Finanzen ist so arg geworden, daß der Schatzsekretär es geraten findet, nichts weiter zu tun, als diese Zerrüttung bedingungslos zuzugeben. Irgend welchen Kulturverfall haben die hinter uns liegenden Monate für die Regierung nicht gebracht. Der politische Verfall Deutschlands ist fortgeschritten; wir erleben eine geschichtliche Tragödie in niedrigem Possensül. Das Gefühl für die Würdelosigkeit, die Rücksichtslosigkeit und die Erstarrung unserer öffentlichen politischen und sozialen Verhältnisse ist freilich nur in der Sozialdemokratie, nur im Proletariat lebendig, das alle die Schläge spürt, welche die Regierung des Deutschen Reiches leichtfertig verflügt.

Nicht eine einzige Tatsache ist zu erwähnen, welche die allgemeine Zustimmung gefunden hat. Auch die regierungstreuen Parteien finden nichts zu loben. Dennoch begibt sich die für unsere ganze politische Verfassung höchst bezeichnende Erscheinung, daß die Politik der Regierung nicht durch eine die Öffentlichkeit auswühlende Brandmarkung angeprangert wird, sondern daß die bürgerlichen Parteien auch beim besten Willen nichts vorzubringen wissen, was sie aus vollem Herzen loben könnten, daß sie aber dennoch gleichmütig für alle Taten und Mißtaten Absolution erteilen. Die Gegnerschaft gegen die revolutionär andrängende Kraft der Sozialdemokratie ist eben so stark geworden, daß sich alle bürgerlichen Parteien selbst der schlechtesten Regierung allzu verwandt fühlen, als daß sie sie im Stiche lassen möchten gegenüber den Angriffen, die von der äußersten Linken kommen.

Insofern kann man das Schicksal unserer heutigen Staatsmänner für beneidenswert halten. Keine Dummheit ist zu groß, keine Niederlage zu schändlich, kein Frevel zu empörend — die bürgerliche Opposition wird niemals über ein laues Schelten und zahnloses Klagen hinauskommen. Sie wird sich immer wieder mit demselben System verbrüdernd, sich mit ihm solidarisch erklären, an dem sie doch nichts anerkennt. Die Lebenskraft des Schleichens ist dermaßen unerschöpflich. Bei den heutigen Parteiverhältnissen aber, die durch das Zeitgewicht des Zentrums entwertet werden, ist es auch für die nächste Zeit ausgeschlossen, daß sich die Dinge in irgend einer Weise erlösend zuspitzen. Selbst die schwere Einbuße an militärischem Ansehen, das die Folge des südafrikanischen Aufstandes ist, stört nicht den Gleichmut unserer Regierenden. Mögen unsere Landsleute drüben im dürren Sande verenden, mögen Millionen über Millionen in unfruchtbarster Wüstenei versenkt werden, man hält das gerade nicht für angenehm, aber niemand entschließt sich außerhalb der Sozialdemokratie, die Konsequenzen der Kritik zu ziehen. Niemand tritt mehr in grundsätzliche Opposition und deshalb ist auch alle Kritik nichts wie wirkungslose Kannegießerei. Deshalb aber erschläft auch unser gesamtes politisches Leben in Deutschland, darum herrscht jene dumpfe Atmosphäre, in der nur die grundsätzliche Gegnerschaft der Sozialdemokratie reinigende Gewitter auslöst. Wenn man gar nichts mehr zu verlieren hat, wenn der Bankrott zum schleichenden endlosen Uebel geworden ist, dann kann man freilich ohne jede Verantwortung die Politik des „Morgen wieder lustig“ verfolgen, diese Unpolitik, welche die Zeit selbst und die Völker um ihre Kraft und Ausgaben betrügt.

Die Etatsdebatten, die am Montag im Reichstag, soweit es die Vertreter aus dem Hause anbetrifft, begannen, standen ganz und gar unter der Stimmung dieser laßenden Rede. So lange Bebel die gegenwärtigen Zustände, die Politik des Reiches in lebendiger anschaulich frischer Weise grundsätzlich kritisierte, so lange konnte man wahren, daß das Parlament des deutschen Volkes eine politische Mission erfüllt. Vorher und nachher aber versank die Debatte in die Wiedererzählung einer unfruchtbar kleinlichen Zensurierung oder gar in den nicht einmal witzbegabten Zynismus von kleinen Diplomaten, die keinen anderen Ehrgeiz haben, als sich im Amt zu erhalten, mit dessen Verlust sie spurlos aus dem politischen Dasein verschwinden.

Herr Spahn vom Zentrum begann die Debatte. In seiner sehr langen Rede, die fast unter dem Ausschluß der Öffentlichkeit gehalten wurde, weil sie im Konversationsston, wie unter vier Augen vorgetragen, auf der Tribüne unverständlich blieb, fand er so ungefähr für alles und jedes eine sorgenvolle Bemerkung. Schlechte Finanzlage, neue Steuern, Unsicherheit der Handelsverträge, Lippe-Deinold, die sittlichen Zustände in den Kolonien, Soldatenmißhandlungen, Ausschluß der Öffentlichkeit der Militärgerichts-Verhandlungen usw., nichts erfreuliches. Aber in seinen positiven Forderungen stieg er dann doch wieder nicht höher, als zu dem üblichen platonischen Wunsch weiterer sozialpolitischer Reformen, und warm wurde er eigentlich nur, als er eine neue lex Heinze heischte, sich über die Beamtenfälle in der biologischen Abteilung des Reichsamtes des Innern beklagte und die immer noch bestehende Weigerung der Diäten rügte. In den ganzen stundenlangen Ausführungen wie gesagt, kaum ein Wort der Zustimmung zu der Regierungspolitik und trotzdem als End-

ergebnis die Verteidigung des Gesamtsystems, für das ja allerdings die regierende Partei in allererster Linie die Verantwortung trägt.

Man könnte sagen, Herr Spahn redete ungefähr, was der Graf Bülow denkt, was ihm aber zu sagen nicht erlaubt ist. Im Grunde sind sie beide ein Herz und eine Seele. Es ist ein Spiel mit verteilten Rollen. Loben läßt sich beim besten Willen nichts, also ist es immer noch besser, wenn der Mitschuldige der Regierung sich öffentlich als der gerechte, unbestechliche Richter produziert, als wenn es ein anderer tut. Die beiden Auktoren könnten die Spahn'sche Rede gemeinsam entworfen haben. Eine Opposition, die niemals Konsequenzen zieht, ist für eine Regierung viel nützlicher als eine blinde Regierungstreue, welche im Volk doch nur den Protest gegen das System aufreizend verschärft.

So diente die scheinbare Oppositionsrede des Zentrumsführers eigentlich nur dazu, um die Opposition zu entwohnen. Indessen der Vortrag war viel zu müde und gezwungen, als daß er den beabsichtigten Zweck erreichte. Herr Spahn wirkte schließlich nur wie ein langweiliger Regierungsvertreter, dessen unzählige Reize doch nur zu einem dicken Ja summieren.

Bebel knüpfte an die Schlusslage Spahns über die Diätenprüdigkeit des Bundesrats an. Die Mehrheit des Reichstages hat keine andere Behandlung verdient. Mit einem glücklichen Epigramm charakterisierte er scharf den schlechtesten Etat des Deutschen Reiches, indem er unter verständnisvoller Heiterkeit vorschlug, die Verzweiflungsrede des Schatzsekretärs nach französischem Muster in allen deutschen Ortsgaststätten anschlagen zu lassen. Er stellte die Verantwortlichkeit des Zentrums fest für die von derselben Partei beklagte jammervolle Entwicklung der deutschen Reichsfinanzen, die lediglich verschuldet sei durch die vom Zentrum nicht nur unterstützt, sondern auch geförderlich formulierte Weltpolitik zu Wasser und zu Lande. Nachdem das Zentrum Hunderte von Millionen für unproduktive Zwecke bewilligt, verlange es nun an den paar tausend Mark zu sparen, die für Kulturaufgaben gefordert würden. Wie die Finanzpolitik des Zentrums zum Bankrott geführt habe, so werde auch seine Handelspolitik vom Bankrott erreicht werden. Bebel bemerkte dabei, daß dem Verantwortlichen des Budgetarits das Geständnis entschlipft sei: die Lebensmittel würden durch den Zolltarif erhöht werden. Als Bebel an die inzwischen in die Geschichte eingegangene Tatsache erinnerte, daß der Zolltarif durch Bruch der Geschäftsordnung und der Verfassung errungen sei, heulte die Mehrheit. Herr Baasche, der auf dem Präsidentenstuhl saß, schloß sich auch getroffen und erteilte unserem Redner einen Ordnungsruf. „Der Ordnungsruf unterstreicht lebendig das, was ich gesagt habe,“ versetzte Bebel, und er fügte hinzu, daß ja insbesondere in Preußen durchweg die Tendenz herrsche, Gesetze gegen das Reichsrecht zu machen.

Bebel widmete sich dann der Finanzlage im einzelnen. Der Stillstand der Reichseinnahmen aus den indirekten Steuern, der sich trotz der außerordentlich starken Zunahme der Bevölkerung zeigt, deute auf die Sentung der Lebenshaltung hin. Die Steuerpolitik des Zentrums sei gänzlich gescheitert: die Luxus- und die Börsensteuern blieben ohne nennenswerten Ertrag. Trotz ungedöhnlich langer Prosperitätsperioden hat sich seit 1888 die Schuldenlast des Reiches vervielfacht.

Mangel an Voraussicht kennzeichnet die Politik der Regierung. Südafrika zeigt das Fiasko der Kolonialpolitik. Die Flotte hat unserm Handel gar nichts genützt. Kiautschou, unser Platz an der Sonne, ist das elende Dreackst geblieben, dessen Ausfuhr nach Deutschland 0,0 beträgt.

Bebel wandte sich weiter einer gründlichen systematischen Erörterung des Militarismus zu. Die Festlegung der zweijährigen Dienstzeit sei gar kein Fortschritt, weil sie absolut notwendig sei und aufrecht erhalten werden müßte, auch wenn sie nicht gesetzlich festgelegt würde. Dennoch fordert die Regierung für diese gesetzlich festgelegte noch Kompensationen! Die Sozialdemokratie vertritt die Durchführung der allgemeinen Dienstpflicht bis in die äußersten Konsequenzen; dazu ist die Verstärkung der Dienstzeit notwendig, deren Möglichkeit schon allein durch das Privileg des Einjährig-Freiwilligen-Institutes bewiesen wird. Auch diesmal unterzog der Redner die Kavallerie-Attachenstrategie unserer Arme einer schneidenden Kritik.

Indem sich Bebel weiter der auswärtigen Politik zuwandte, wies er darauf hin, daß gerade die Erfahrungen des japanisch-russischen Krieges den Wahnsinn des Weltkriegs bewiesen. Ein großer europäischer Krieg sei in seinen Folgen gar nicht auszudenken, er könne wirtschaftlich nicht ertragen werden, und wenn er käme, würden wir ernten, was die Schuldigen des Militarismus gesät haben. Bebel führte dann den Gedanken aus, daß Niederlagen, wie Jena und jetzt Rußland beweisen, für Völker der Ursprung ihrer Wiedergeburt sein können. Die deutschen Russendienstleistungen, die in Königsberg gipfelten, führten fortgesetzt zu Verletzungen der Neutralität. Bebel erwähnte die Russifizierung der preussischen Universitäten, die sich erst jüngst wieder grell in dem Fall des russischen Militärarztes gezeigt habe. Die deutschen Staatsmänner seien Handelslanger Nikolai II. Vesticht etwa ein geheimes Verträge, der Deutschland zur Auslieferung von Deserteuren verpflichtet? Wegen die russische Seeräuberei hat man nicht irgendwie energisch protestiert. Bei den harmlosen Schiffsbeschlagnahmen durch England hat Bülow

feinerzeit seine Granitbeißer-Rede gehalten. Der Russifizierung der auswärtigen Politik entspricht die Russifizierung im Innern. Deutschland ist das Reich der Klassenjustiz. Als Bebel den Fall Kirbach erwähnte, die geheimnisvolle Quittung über nicht empfangene 350 000 M., und ausführte, daß ein Sozialdemokrat, der in Kirbach'scher Weise wagen würde, unter dem Eide Zeugnis abzulegen, sofort wegen Meineides verhaftet werden würde, da herrschte atemlose Stille im Saale; Graf Posadowsky hielt sich ein mächtiges Attenblatt vor sein bärziges Gesicht, selbst Graf Bülow schien Neigung zu einem gewissen Erötzen zu haben. Wo ist das soziale Programm des Reichskanzlers, wo ist die Gleichberechtigung der Arbeiter, wo sind die staatlichen Musterbetriebe? Saarbrücken hat die Antwort gegeben. Der preussische Eisenbahnminister verbietet den Staatsarbeitern sogar das Genossenschaftsrecht. Noch immer fehlt ein deutsches Versammlungs- und Vereinsrecht, noch immer eine Sicherung des Koalitionsrechts. Dafür jubiliert man in Deutschland alle Tage in Paraden und Denkmalsenthüllungen, alles scheint eitel Freude, während man in Wirklichkeit in tiefsten sittlichen und geistigen Verfall verfunken ist.

Man muß es dem Reichskanzler Grafen Bülow, dem die bereits gewohnheitsmäßige Aufgabe zugefallen war, Bebel zu antworten, lassen, daß er den Wert seiner Politik richtig einschätzte. Er hält nicht einmal die Erfindung neuer Epäpe für notwendig, geschweige daß er den Aufwand von Intelligenz für lohnend hielte; und in dieser Sparfameit wird er, je länger er Reichskanzler ist, durch seine natürlichen Anlagen aufs beste unterstützt. Er redet eigentlich nur noch nach, was die gedankenträgsten Offizidien in der kleinen Winkelpresse vorbringen. Bebel's geschichtlichen Ausführungen über Jena und den militärischen Zusammenbruch Rußlands suchte der Kanzler mit der abgedroschenen Erfindung zu begegnen, daß unsere Parteigenossen ja auch in Amsterdam den Wunsch ausgesprochen haben, ein Sedan zu erleben. Bülow erklärte es für richtig, daß von einem europäischen Kriege nur die Sozialdemokratie Vorteil haben würde und darum will die deutsche Regierung unter allen Umständen den Frieden. Es ist unbegreiflich, wie der Reichskanzler, bei dem derart festgestellten solidarischen Interesse der herrschenden Massen in ganz Europa am Frieden, seinem Kriegsminister die Vorlegung einer neuen Militärvorlage gestattet. Hatte Bebel die Russenschande gezeihelt, so begnügte sich Graf Bülow zu wiederholen, was er schon bei den vorigen Staatsberatungen erzählt hatte! Die Sozialdemokraten wollen Deutschland mit Rußland verheizen, ein kriegerisches Durcheinander entfesseln, in dem dann der sozialdemokratische Weizen blähen soll. Graf Bülow aber will sich nicht in russische Angelegenheiten einmischen. Dabei wiederholt er den Spatz, der, seitdem er ihn zum erstenmal angewandt hat, nicht geistreicher geworden ist: Bebel's Partei-Absolutismus sei noch schlimmer, als der russische. Der Kanzler des Deutschen Reiches wiederholt also in einer Zeit, da die Frage des russischen Absolutismus die ganze zivilisierte Erde erschüttert, als einziges Argument einen Scherz, der bei einem anspruchsvolleren Kopf nicht einmal in einem kleinen Nebenjah Aufnahme finden würde. Unter Verdrehung der Darlegungen des „Vorwärts“ suchte Bülow weiter nachzuweisen, daß die deutsche Regierung sich bei den Uebergriffen der russischen Flotte durchaus würdig verhalten habe; von der Vernichtung jenes deutschen Schiffes, das Fischdänger geladen hatte, sprach er überhaupt nicht. Auch den schlechten Witz repetierte er (ogar, daß die Sozialdemokratie die Neutralität Rußland gegenüber verlege. Als ob die offiziellen Handlungen einer Regierung mit den Sympathien und Antipathien einer Partei auf dieselbe Stufe zu stellen seien. Graf Bülow erhob in der Tat ernsthaft die Forderung, daß das politische und kulturelle Interesse eines Volkes an seiner Grenze aufzuhören habe. Vermutlich wird er demnächst dem Hause Wendelssohn verbieten, daß es sich durch Gelddarlehen in die russischen Angelegenheiten einmische und die Neutralität verlege!

Königsberg ist dem Reichskanzler nichts weiter wie eine juristische Doktorfrage, über die sich der Justizminister an zünftiger Stelle auslassen wird; auf unseren Vänten wurde dieser neue Mutanfall des preussischen Ministers und seines Chefs stürmisch belacht. Im übrigen ist in Königsberg die „Schuld“ der Sozialdemokratie nachgewiesen: sie verbreitet wirklich die revolutionäre, anarchische, terroristische Literatur nach Rußland! Nur konnte die „Schuld“ nicht bestrast werden. Nach nicht russischer Auffassung ist juristisch nur das ein Verbrechen, was unter Strafe gestellt ist. Für den deutschen Bewunderer Plehoves gibt es auch Verbrechen, die rechtlich nicht verboten sind. Freilich ein Richter, der etwa solche „Schuld“ bestrafen würde, käme ins Zuchthaus. Graf Bülow hat getan, als ob er seine Russenpolitik für würdig hielte. Als man ihm von unserer Seite befehlend zurief: Das sei gerade unwürdig, gegen eine derartige „Schuld“ deutscher Reichsbürger vorzugehen, nahm der Kanzler eine pompohaste Denkmalsentstellung ein und versicherte, derartige plumpe Angriffe berührten ihn nicht.

Bülow benutzte die Gelegenheit, nicht nur Rußland, sondern auch England seiner Freundschaft zu versichern; leider sind Panzerschiffe, deren Notwendigkeit mit der Gegnerschaft gegen England begründet wird, zwingendere Argumente als leere Diplomatenphrasen. In Bebel's Beweisführungen rebete Graf Bülow, nicht einmal geschickt, vorbei. Die bedeutsame Frage

nach der Behandlung russischer Deserteure blieb er schuldig. Ueber Mirbabs 350 000 Mark sagte er gar nichts. Mit Andeutungen über Reformen der Kolonialpolitik schloß er seine gereizten und doch salzlosen Darlegungen, die getragen waren von dem feichten Zynismus des Panterotts, der schon so zur Gewohnheit geworden ist, daß man nur noch in Wallung gerät, wenn jemand allzu deutlich das „Panterottentier!“ ins Gesicht ruft! —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. Dezember.

Wie der Reichszankler zitiert!

Graf Bülow zitierte heute in seiner täglichen Entgegnung auf Bebel's vernichtende Anklagerede auch den „Vorwärts“, um zu beweisen, daß der „Vorwärts“ bei der Besichtigung des deutschen Fischdampfers „Sonntag“ die deutsche Regierung zum „Dreinschlagen mit der gepanzerten Faust“ aufgefordert habe. Sofort nachdem die „erste Nachricht“ über den Vorfall eingetroffen sei, habe der „Vorwärts“ verlangt, daß Deutschland vom Leder ziehe.

Diese Behauptung ist un wahr! Graf Bülow hat sich von einem Handlanger, der ihm die Fitate zusammengeschnitten hat, in plumpster Weise anschwindeln lassen!

Die erste Nachricht von der Besichtigung des „Sonntag“ wurde von der Presse am Freitag, den 28. Oktober, gebracht. Der „Vorwärts“ druckte die Nachricht ab, ohne auch nur ein Wort des Kommentars hinzuzufügen.

Zu der nächsten Nummer brachte der „Berliner Lokal-Anzeiger“ eine ausführliche Bestätigung des Vorfalles. Verlangte jetzt der „Vorwärts“ ein Dreinschlagen? Es fiel ihm nicht im Traume ein! Er verlangte „sofortige Aufklärung“, widrigenfalls die Regierung die Nation der allgemeinen Verachtung preisgebe!

Zu der folgenden Nummer vom 30. Oktober teilte der „Vorwärts“ mit, daß nach dem „Lokal-Anzeiger“ vom gleichen Tage der deutschen Regierung — also 48 Stunden nach der „Herold“-Meldung! — ein Bericht noch immer nicht zugegangen sei. Wir brandmarkten gebührend diese unglaubliche „Bummelei“, aber von der Aufforderung zum „Dreinschlagen“ schrieben wir kein Sterbenswörtchen.

An diesem Tage sprachen wir von dem „Schnecken-tempo“ der deutschen Diplomatie, eine Aeußerung, die Graf Bülow uns dank der Fälschung seines Gewährsmannes zwei Tage früher in den Mund legt.

Wiederum zwei Tage später, am Dienstag, den 1. November, konstatierten wir, daß die deutsche Regierung sich noch immer über den Fall anschwelge, was wir als „internationale Blamose“ bezeichneten. Nach aller vernünftigen Menschen Urteil wohl mit Recht. Von einem Dreinschlagen war auch jetzt, nach vier Tagen, also keine Rede!

Am 2. November nagelten wir abermals lediglich das jämmerliche Schweigen der Regierung fest!

Am 3. November stellten wir wiederum die nackte Tatsache fest, daß der Zwischenfall noch immer nicht für die deutsche Regierung zu existieren scheint!

Am 4. November brachten wir überhaupt keine Silbe über die deutsche Schmach!

Vom 5. bis zum 9. November desgleichen!

Wann also, fragen wir den Herrn Reichszankler, hat der „Vorwärts“ zum Krieg gegen Rußland gehezt? Er hat lediglich baldige Aufklärung des Falles und entsprechende Sühne gefordert!

Graf Bülow hat also in vollem Umfange die objektive Unwahrheit gesagt!

Wir zweifeln nicht daran, daß er nach dieser Feststellung schleunigst seine unwahren Behauptungen zurücknehmen wird!

Preussisches Abgeordnetenhause.

Das Abgeordnetenhause beschäftigte sich am Montag lediglich mit Petitionen, von denen einige ein allgemeines Interesse beanspruchten. Eine größere Anzahl von Petitionen bezog sich auf die Einführung einer Verbrauchs- oder Umsatzsteuer für Großmühlen; die Kommission empfahl Ueberweisung zur Berücksichtigung und beantragte, durch diesen Beschluß die entgegengesetzten Petitionen der Kellerei der Kaufmannschaft in Berlin, des Vereins deutscher Handelsmüller, der Handelskammer zu Harburg und des Zentralausschusses kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine um Ablehnung einer solchen Steuer durch diesen Beschluß für erledigt zu erklären. Daß das Haus dem Antrage seiner Kommission beitrug, bedarf kaum der Erwähnung, die konservativ-meritale Mehrheit hat ja wiederholt den Beweis dafür erbracht, daß sie durch Gewaltmaßregeln der wirtschaftlichen Entwicklung Einhalt gebieten zu können glaubt. Wohl aber ist hervorzuheben, daß ein Kommissar des Handelsministers unter scharfer Polemik gegen die reaktionäre Mehrheit vernünftige volkswirtschaftliche Anschauungen vertrat — ein im preussischen Landtage seltenes Ereignis. Es war der frühere Kommissar an der Berliner Börse, Geh. Rat Wendelstadt, der sich gegen die gewünschte Steuer sowohl als auch gegen Umsatzsteuern überhaupt erklärte, nicht nur aus steuerrechtlichen, sondern auch aus sozialpolitischen Gründen, da in einer solchen Steuer eine Prämie für die wirtschaftliche Rückständigkeit zu erblicken sei. Da man nicht annehmen darf, daß ein Kommissar ohne Zustimmung seines vorgeordneten Ministers sich so hervorwagt, wird man wohl nicht wohl gehen in der Vermutung, daß Herr Müller von der Ungerechtigkeit der von seinem Amtsvorgänger eingeführten Warenhaussteuer überzeugt ist und die Konsequenz aus seiner Anschauung ziehen würde, wenn Junker und Mittelständler nicht mehr als er zu sagen hätten.

Weitere Petitionen, die von verschiedenen Städten ausgingen, bezweckten eine Aenderung des Ausführungsgesetzes zum Schlachtvieh- und Fleischbeschaugesetz in der Richtung einer Zulassung der wiederholten gebührenfreien Untersuchung von Fleisch in Gemeinden mit Schlachthauszwang. Nach der bei solchen Anlässen unvermeidlichen agrarischen Debatte ging das Haus über diese Petition zur Tagesordnung über. Das gleiche Schicksal hatte eine Petition des Deutschen Fleischerverbandes um Ermäßigung der Schlachthausgebühren. Am Dienstag fällt die Sitzung aus. Mittwoch: Zweite Lesung des Gesetzesentwurfs betr. die Freihaltung der Wasserläufe in den Ueberschwemmungsgebieten.

Hiobsposten aus Südwestafrika.

Wir tadelten vor einigen Tagen das eigentümliche System der Berichterstattung des General Trotha, der bei den Gefechten mit den Hottentotten wohl die Zahl der gefallenen Hottentotten meldet, aber erst 24 oder 48 Stunden später die Zahl der gefallenen Soldaten. Wir gaben der Vermutung

Ausdruck, daß General Trotha diese eigentümliche Berichterstattung beobachte, um die Siege über den Gegner um so größer erscheinen zu lassen. Diese Vermutung scheint in der Tat zuzutreffen, sind doch die Gefechte für unsere Truppen außerordentlich blutig gewesen. So wird heute gemeldet, daß in dem Gefecht bei Kub, daß am 22. November stattfand, noch ein weiterer Reiter auf deutscher Seite gefallen ist. Dadurch wird der Verlust auf deutscher Seite ebenso stark wie der auf gegnerischer Seite. Eine weitere Meldung General Trothas vom 4. Dezember besagt, daß der berüchtigte Bandenführer Moxenga am 28. November abends Warmbad angegriffen habe. Der Angriff sei unter schweren Verlusten des Feindes abgewiesen worden, die Hottentotten hätten 13 Tote verloren. Die Besatzung Warmbads unter dem Hauptmann v. Kopppe sei einschließlich eines Boerentommandos 100 Gewehre und 2 Geschütze stark gewesen. Ueber die deutschen Verluste wurde nichts mitgeteilt. Diese Verluste sind nun aber außerordentlich schwer gewesen, besagt doch eine Meldung vom 5. Dezember, daß bei dem Angriff auf Warmbad nicht weniger als 10 unserer Leute gefallen und 5, zum größten Teil schwer, verwundet worden sind. Außerdem wird ein Unteroffizier vermißt. Der Kampf ist also ein außerordentlich schwerer und blutiger gewesen. Auch hier fällt die Meldung über den Angriff und die feindlichen Verluste und die Nachricht über die Zahl der deutschen Verluste in der Presse nur des halb auf einen Tag, weil der 4. Dezember ein Sonntag war, an dem abends keine Zeitungen herausgegeben werden konnten. Es wäre dringend zu wünschen, daß General Trotha endlich mit dieser ungläublichen Art der Berichterstattung bräche! Die Zahl der eigenen Verluste läßt sich doch jedenfalls eher feststellen, als die Zahl der feindlichen Toten.

Auch dieser letzte Kampf beweist wieder, mit welcher gefährlichem Gegner es unsere Truppen bei den Hottentotten zu tun haben. Befanden sich die deutschen Truppen doch in Warmbad jedenfalls in weit geschützteren Stellungen als die angreifenden Hottentotten. Trotzdem ist der deutsche Verlust so ziemlich der gleiche wie der der zurückgeschlagenen Hottentotten!

Aber diese Nachricht ist nicht die einzige Hiobspost. Ein Telegramm Trothas vom 4. Dezember meldet ferner, daß am 2. November eine Offizierspatrouille auf dem Rückwege von Ramansdrift nach Warmbad überfallen worden sei. Der Ausgang des Gefechtes sei noch unbekannt. Entkommene Reiter hatten die Meldung am 25. November nach Drift gebracht. Auch hier dürfte der Verlust ein sehr schwerer gewesen sein.

Ferner wird gemeldet, daß weitere fünf Mann dem Typhus erlegen sind, nämlich Hauptmann Otto Klein, geboren am 15. März 1866 zu Bruchsal, am 20. November im Lazarett Epuliro; Unteroffizier Karl Vogel, geboren am 2. Juli 1879 zu Remlingen, am 30. November im Lazarett Ohimbinde; Reiter Theodor Vorkauf, geboren am 7. Mai 1882 zu Immer, am 30. November im Lazarett Epuliro; Reiter Friedrich Treuter, geboren am 31. Mai 1882 zu Hall, am 30. November im Lazarett Waterberg; Reiter Wilhelm Martini, geboren am 5. November 1882 zu Drilshausen, am 2. Dezember im Lazarett Dlabandja.

Die Verluste bei Warmbad.

Gefallen bei Warmbad am 28. November: Leutnant Alfred Schmidt, geboren 30. März 1874 zu Meynen; Leutnant Ewald Leffen v. Hennebedt, geboren 17. Juli 1879 zu Guben; Unteroffizier Karl Gerber, geboren 10. 2. 77 zu Utschtedt; Gefreiter Ernst Wille, geboren 17. 9. 79 zu Seehausen; Reiter Otto Roser, geboren 22. 5. 80 zu Murgja; Gefreiter Karl Hübner, geboren 2. 12. 79 zu Fischbach; Reiter Karl Markwardt, geboren 18. 9. 83 zu Schützlar; Reiter Reinhold Wadhans, geboren 4. 8. 79 zu Memleben; Reiter Johann Ostkamp, geboren 16. 1. 84 zu Gronau; Reiter Walter Riese, geboren 25. 11. 77 zu Berlin.

Verwundet im Gefecht bei Warmbad am 28. November: Unteroffizier Michael Wannenmacher, geboren 11. 9. 80 zu Schaffhausen (schwer); Reiter Hermann Heinz, geboren 10. 4. 84 zu Schienrod (schwer); Reiter Gerhard Dissendorf, geboren 6. 7. 81 zu Weßlum (schwer); Reiter Emil Kulle, geboren 14. 3. 82 zu Prachanau (schwer); Reiter Peter Lang, geboren 2. 5. 83 zu Kelterbach (leicht).

Vermißt: Unteroffizier Ernst Vammel, geboren 28. 12. 80 zu Darnebedt.

Der aus Südwestafrika heimgekehrte Major v. Glasenapp, der Führer der unglückseligen Expedition des Marine-Expeditionskorps, ist durch Kabinettsorder mit dem Beginn des neuen Jahres in den Admiralsstab der Marine in Berlin berufen worden, um eine Darstellung des Zuges des Marine-Expeditionskorps anzuarbeiten.

Major v. Glasenapp wird natürlich bestrebt sein, seine unbefohlene Expeditionsführung, durch die Hunderte von Personen ihr Leben verloren, in möglichst vorteilhaftem Lichte erscheinen zu lassen.

Niedermetelung von Farmern durch Hottentotten.

Nach einem Telegramm des Generalkonsulats in Kapstadt bröckelt eine dortige Afrikaner-Zeitung Mitteilungen der bei Uvington untergebrachten Farmer-Witwen über die Niedermetelung von Männern und Knaben durch die Hottentotten. Nach derselben Zeitung sind Anfang Oktober folgende Farmer ermordet worden: Smith und sein vierjähriger Sohn, zwei Männer van Westhuizen und zwölfjähriger Sohn, Johannes Potgieter und Sohn von 18 Monaten, Jakobus Steyn und zwölfjähriger Sohn, Voßma und zehnjähriger Sohn, ferner Farmer Jou Smeer, Celliers, zwei Knudsen, Ruhn, Roze, van Sel, Moller und viele andere.

Zur Verfolgung der Herero.

hat General v. Trotha neuerdings Truppenverchiebungen vorgenommen, über die telegraphisch aus Windhuk gemeldet wird:

Vom Regiment 2 rücken 8. Kompanie nach Gobabis, 1. und 2. Kompanie von Epuliro nach Windhuk, um im Süden und zum Schutz der Stappentlinie Windhuk-Reetmannsdooop zu verwanzen. Gobabis wird von 3. Kompanie Regiment 2 und 2. Maschinengewehr-Abteilung Heyde (5. und 7. Kompanie Regiment 1, 4. Batterie, die bisher hinter der Abteilung Ertorf in zweiter Linie stand, besetzt Linie Epuliro-Dloararumende. Abteilung Ertorf 1, 4. Kompanie Regiment 1, 3. Batterie, 1. Maschinengewehr-Abteilung bleibt bei Dromana-Rana, Otawabaka-Dlarupoko. Abteilung Wilhelm 1 (3. Bataillon Regiment 1 ohne 1. Kompanie, 6. Batterie und 2. Maschinengewehr-Abteilung) bleibt in Linie Ohimbinde-Ohimbabi, Aufklärung dieser Abteilungen Epuliro und Ertorf aufwärts, sowie nach Nordosten durch das Sandfeld. Eine Kompanie des 3. Bataillons marschiert nach Grootfontein zur Verstärkung Volkmanns, der typhuskrank und durch Deryn ersetzt wird. Dieser besetzt mit 3. Kompanie und Kompanie 3. Bataillons, halben Batterie Madal, Maschinengewehr-Sektion Boffidlo Grootfontein, Kamutoni, Otawi, Dittuo und fährt über Dushomomopat nach Südosten in das Sandfeld auf. Fiedler zieht 8. Kompanie Regiment 1 nach Waterberg, geht mit 6. Kompanie und Marine-Kompanie Brodorff

nebst halber Batterie Winterfeld über Omise zur Säuberung der Gegend nach Omaruru. 100 Mann der 2. Eskadron rücken von Karibib über Omaruru Omise entgegen. Am 1. d. Mts. wurden der Station Gababis 38 Pferde und zwei Gespanne Oxfen ansehend von Herero abgetrieben. Verfolgung eingeleitet. —

Deutsches Reich.

Zehnstundentag.

Das Zentrum (Trimborn und Genossen) hat die folgende Interpellation im Reichstage eingebracht:

„Kann erwartet werden, daß die verbündeten Regierungen noch im Laufe der gegenwärtigen Session dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorlegen, durch welchen die regelmäßige Arbeitszeit der Arbeiter (über 16 Jahre) in Fabriken und den diesen gleichgestellten Anlagen (§ 154 der Reichs-Gewerbe-Ordnung) auf höchstens zehn Stunden täglich beschränkt wird?“

Die Eile einer Interpellation zeigt zu unserer Genugung, daß die Zentrum-Sozialpolitik den Zehnstundentag jetzt ebenso eifrig fordert, wie sie ihn bis vor kurzem stets abgelehnt hat. Man erinnert sich, daß das Zentrum erst in der Session 1902/03 den vieljährigen Forderungen der Sozialdemokratie folgte und wenigstens dem Zehnstundentag zustimmte. Ob aber gerade eine Interpellation in dieser Frage jetzt förderlich sein kann, ist zu bezweifeln. Die Frage wäre, wie sich versteht, zum Etat des Reichsanths des Innern demnächst zur Besprechung gekommen, wobei der Reichstag durch Abstimmung seine Ansicht deutlich bekunden kann, was bei einer Interpellation unmöglich ist.

Die Sozialdemokratie wird in der Lage sein nachzuweisen, daß bei dem jetzigen Stande der Industrie der Zehnstundentag allerdings bereits weit hin erreicht ist, und daß seine Einführung völlig ungenügend ist, wenn nicht zugleich die Einführung des neun- und achtstündigen Arbeitstages binnen kurzen Fristen in Aussicht genommen und beschlossen wird. —

Der Polenzwang.

Während jüngst der preussische Minister für Kultus und gegen Kultur erklärt hat, ein Erlaß, der den Gebrauch der polnischen Sprache auch den Familienangehörigen der Lehrer verbietet, existiere nicht, veröffentlichten jetzt die „Posener Neuesten Nachrichten“ einen Erlaß der Danziger Regierung, der durchaus die Ungeheuerlichkeit des Sprach- und Besetzungszwanges beweist. Der Erlaß sagt in den wichtigsten Zeilen:

„Einem amtlichen Berichte haben wir bezüglich der Stellung der Lehrer unseres Bezirks zum Deutschthum folgende befremdliche Tatsache entnommen:

„Es kommt nicht selten vor, daß die Familienangehörigen eines Lehrers, namentlich die Frau, sich im Hause und Verkehr der polnischen Sprache bedienen, daß der Lehrer — ohne energische Schritte dagegen zu tun — es geduldet läßt, daß seine Kinder den Kontrambenunterricht in polnischer Sprache erhalten, endlich, daß er bei den Wahlen, in denen lediglich Polentum und Deutschthum einander gegenüberstehen, seine Stellung hinreichend gewahrt zu haben glaubt, wenn er nicht den Polen wählt, sondern sich der Wahlenthält.“

Mit dem vorstehenden mitgetheilten und zur Kenntnis der Lehrer gebrachten Erlaß des Staatsministeriums vom 12. April 1898 stehen solche Auffassungen nicht im Einklang. Danach liegt in Bezirken gemischt sprachlicher Bevölkerung und nationaler Gegensätze den Lehrern die besondere Pflicht ob, die auf Erhaltung und Stärkung des deutschen Nationalbewusstseins gerichteten Bestrebungen zu unterstützen, durch ihr gesamtes bürgerliches, außerberufliches und selbst gesellschaftliches Verhalten an der Erfüllung dieser Aufgaben kräftig mitzuarbeiten und zur Hebung deutscher Bildung und Gesinnung in der Bevölkerung vorbildlich zu wirken. Bei rechter Würdigung dieser erhöhten Pflichten kann es nicht als zulässig bezeichnet werden, wenn in dem Hause des Lehrers die polnische Sprache eine Pflegestätte findet; er wird vielmehr energisch dafür Sorge tragen müssen, daß auch bei seinen Familienmitgliedern die deutsche Sprache als Umgangssprache zur vollen Geltung komme

Bei allen Wahlkämpfen, in denen Polentum und Deutschthum einander gegenüberstehen, ist es für den Lehrer durchaus nicht genügend, in lauer Objektivität bei Seite zu stehen, sondern er ist verpflichtet, auch bei dieser Gelegenheit seine deutsche Gesinnung freimütig und unangewandelt zu bekunden.

Wir ersuchen Sie, die Lehrer ihres Amtsbezirks an der Hand der vorstehenden Erörterungen über die Bedeutung des Staatsministerial-Erlasses vom 12. April dieses Jahres aufzuklären und in das Verständnis desselben einzuführen, und wollen es nicht unangegprochen lassen, daß wir keinen Lehrer im Amte dulden werden, der nicht gut deutsch gesinnt ist und danach handelt. gez. Kocher.“

Herr Studt hat nicht erklärt, er würde einen Erlaß dieser Art mißbilligen. Ohne Zweifel hat die Danziger Regierung ganz im Geiste der Ministerialverfügungen die Ausrottung der polnischen Sprache auch im Familienkreise der Lehrer betrieben. Dieser Erlaß gegen das Recht auf Muttersprache und Uebersetzungsfreiheit vervollständigt, um ein weiteres Glied die ungeheuerliche Bedrückung, durch welche ein unwahres Deutschthum den Polen aufzuzwingen werden soll. Die Höhe der Bergewaltigkeit erreicht der Erlaß in der brutal ironischen Zumutung, daß die erzwungene Gesinnung „freimütig“ bekundet werden müsse. Lehrer sollen vor dem Gehler-Hut sich neigen, laut bekunden, daß die entwürdigende Demütigung höchste Lust bereitet. Wie lange kann das Zwing-Ort stehen? —

Sittenrettung.

Nachdem Anfang Oktober auf einer ehrwürdigen Versammlung zu Köln a. Rh. die allgemeine deutsche Sittlichkeit gerettet worden ist, tagte am 27. und 28. November zu Düsseldorf eine nicht minder ehrwürdige Schar zu dem speziellen Zwecke, der durch die lafferhaften Groß- und Industriestädte besonders gefährdeten Bevölkerung Westdeutschlands auf die moralischen Strümpfe zu helfen. Es war der westdeutsche Sittlichkeitsverein, der in diesen Tagen seine Jahresversammlung abhielt. Der unvermeidliche Stöckerling Lic. Weber redete Sonntag abend in öffentlicher Versammlung über „Sittliche Notstände in den Großstädten“. Er erlaubte den Großstädten, weiter zu existieren, denn, so trübselig es von diesen gottweißen Lippen, irgendwo müssen sich nun einmal Industrie und Handel konzentrieren“. Mit der Konzentration des Wirtschaftslebens konzentriert sich in den Großstädten aber auch die Sünde: in ihnen würden die Menschen „von ihrer sittlichen Höhe“ — o Keuschheit vom Landel — in die Tiefen des Elends gestochen, denn „verzehrende Arbeit und verzehrender Genuß“, das sei die Lösung der Großstädte! Dann rief der Herr Licentiat nicht, wie man danach erwarten dürfte, nach einer gehörigen Verfürung der Arbeitszeit und der Bekämpfung des wirtschaftlichen Elends, sondern nach der Literaturpolizei. Die sündigen Bücher und Bilderchen sind an allen Uebeln schuldig! Das ist stets der pastoralen Weisheit letzter bequemer Schluß.

Nach Weber kam Lic. Bohm, der Generalsekretär der deutschen Jugend, an die Reihe. In einem Vortrag über „Selbsthilfe und Staatsbüße im Kampfe gegen die unsittliche Literatur“ trat er den Weberischen Quack mit Behagen breit. Es genügt zur Kennzeichnung dieses Herrn, daß er unter die heute „außerordentlich weit verbreiteten Schmutzblätter“ auch die Münchener „Jugend“ subsummiert.

In der Sitzung vom Montag wurde auf Anregung des Justizjuristen Polzaceus — bedeutungsvoller Name! — beschlossen, bei dem Justizminister dahin vorstellig zu werden, daß zur Ueber-

Wachung der inländischen unzüchtigen Drucksachen eine Zentralstelle und zwar zweckmäßig in Leipzig als dem Mittelpunkt des deutschen Buchhandels geschaffen werden möge. Bekanntlich bestehen betreffs der „ausländischen unzüchtigen Literatur“ bereits drei staatsanwaltliche Kontrollstellen. Die spöttische Zurechtweisung, die sich Herr Polizacius mit dieser „löstlichen Idee“ bei der den Sittenkessern sonst so überaus wohlwollend gemühten „Königlichen Zeitung“ geholt hat, ist also fruchtlos gewesen, und bei der warmen Freundschaft, die Erzengel Schönstedt mit dieser Gesellschaft verbindet — wenigstens nach der glaubhaften Bekundung des Herrn Weber —, ist es gar nicht ausgeschlossen, daß die literarische Polizeiwachstube zustande kommt.

In verzugtem Tone berichtete Lic. Weber, daß die Kölner Karren nach der Festion vom Oktober jetzt auch ganz bestimmt tugend-sam werden wollen. Es liegen rührende Erklärungen der vorstehenden karnevalistischen Vereinsmitglieder vor, die das heilige Versprechen enthalten, diese unheilige Orgie zu dem „denkbar sittenreinste[n] Volksfest“ zu metamorphosieren! Die Versammlung beschloß, den Kriegeminister gegen den Karneval scharf zu machen. Es soll von ihm das Verbot der Hergabe von Militärjahren und Geschützpatronen an Faschingsvereine verlangt werden. So lange Hebeheiten und Erzengelungen den Kölner staatsbehaltenden Karnevalsdritten die Hand drücken und Offiziere zu dem gleichen Unfug kommandiert werden, ist an eine Erfüllung dieser durchaus berechtigten Forderung natürlich nicht zu denken. Auch von der Mangel herab soll gegen den Karneval agitiert werden. Interessant ist, daß, wie mitgeteilt wurde, der Homosexuellismus in Berlin bis in die höchsten Regionen reicht und sogar fürstliche Damen ihm ergeben sind, sowie daß von homosexueller Seite mit der Denunziation eines Prinzen als ausübendem Homosexuellen gedroht wird. Die Homosexuellen fordern von den loyalen Schlafbettskünstlern Schonung ihrer heiligsten Gefühle und sind anderenfalls entschlossen, auch an den heiligsten Gefühlen der Frommen keine Schonung zu üben.

Wie Herr Weber erklärte, ist das Justizministerium mit Vorarbeiten zur Verschärfung der Sittlichkeitsgesetzgebung beschäftigt, aber, so fügte er hinzu, solche Vorarbeiten gebrauchen Jahre. Jedenfalls haben alle wahrhaft fortschrittlichen Kreise Anlaß, gegen das geschäftige Treiben der lex Heinze-Männer auf dem Posten zu sein.

Spieghelaußen. Aus Danzig wird vom 3. Dezember berichtet: Vor dem hiesigen Kriegsgericht hatte sich der Unteroffizier Paul Schmidt von der 4. Batterie 36. Feldartillerie-Regiments wegen Mißbrauchs der Dienstgewalt zu verantworten. Ihn hatte eine besondere Vorliebe für das barbarische „Spieghelaußen“ der altpreussischen Soldatenzeit auf die Anklagebank gebracht. Als Schmidt eines Tages von dem Kanonier Reibische annahm, daß dieser ihn, obwohl es tatsächlich nicht der Fall gewesen, belogen habe, ließ er im Stall etwa zwanzig Fahrer in zwei aneinandergezogenen Gliedern antreten, und zwar mit der ausdrücklichen Weisung, daß jeder eine Fahrpeitsche oder ein Stück Werkzeug mitbringen sollte. Nummehr mußte der bedauernswerte Kanonier Reibische an den Anfang der durch die Mannschaften gebildeten Gasse treten, und nachdem der Unteroffizier Schmidt noch gedroht hatte, daß er den, der nicht ordentlich zuckte, selbst verhaue werde, begann die „Egalation“. Zwar waren sich die Kanoniere der Strafbarkeit ihrer Handlung wohl bewußt, aber aus Furcht vor dem Vorgesetzten wagten sie nicht zu widersprechen, und so hieben sie denn mit den Lederpeitschen, schweren Gurten, ja sogar mit Steigbügelriemen auf den Delinquenten unbarbarisch los. Biermal mußte der Arme den Schmerzensweg zurücklegen und wurde natürlich dabei braun und blau geschlagen. Da Unteroffizier Schmidt bisher von sehr guter Führung gewesen, sah das Kriegsgericht sein Vergehen milde an und erkannte auf sieben Wochen Gefängnis. Die Kanoniere aber, denen er die Mißhandlungen anbefohlen hat, sollen sich demnächst auch noch vor dem Kriegsgericht verantworten.

Schwerin, 3. Dezember. Im Wahlkreise Schwerin-Wismar wurden in der Reichstags-Wahl am 3. d. Mts., wie nummehr ermittelt ist, 24 528 gültige Stimmen abgegeben. Wasing (natl.) erhielt 13 315, Antrick (Soz.) 11 213 Stimmen.

Husland.

Bereinigung der russischen Oppositionsparteien.

Die die „Frankfurter Zeitung“ berichtet, hat eine Konferenz stattgefunden, auf der unter anderem vertreten waren: die Union der Befreiung oder die konstitutionelle russische Demokratie, die Polnische Sozialistische Partei, die Partei der Sozialisten-Revolutionäre, die nationalistischen revolutionären Gruppen von Georgien und Armenien und die finnländische Partei des aktiven Widerstandes. Die Konferenz, die auf Anregung der finnländischen Opposition stattgefunden hat, beschloß, all die einzelnen Parteien trennenden prinzipiellen und nationalen Verschiedenheiten beiseite zu lassen und angesichts der kritischen Bedeutung des Augenblickes ein Programm aufzustellen, das alle oppositionellen und revolutionären Kräfte zu einer gemeinsamen Aktion zu vereinigen vermag, ohne für die Zukunft die Haltung dieser Parteien zu binden. Dieses Aktionsprogramm umfaßt folgende drei Punkte:

1. Abschaffung der Autokratie und Zurücknahme aller gegen die verfassungsmäßigen Rechte Finnlands gerichteten Maßnahmen.
2. Ersatz der Autokratie durch ein demokratisches, auf das allgemeine Stimmrecht gegründetes System.
3. Selbstbestimmungsrecht für jede Nationalität.

Sämtliche bei der Konferenz vertretenen Parteien verpflichten sich, auf die schnelle Durchführung dieser Punkte hinzuwirken.

Die Parteien, die sich geeinigt haben, werden von der russischen Sozialdemokratie als Vertreter der kleinbürgerlichen bzw. bürgerlich-radikalen Elemente angesehen. Die russischen Parteien, die sich als „sozialdemokratische“ bezeichnen, nämlich: die „Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands“, die „Sozialdemokratische Polens und Littauens“ und der „Jüdische Arbeiterbund“, sind der Vereinigung nicht beigetreten. Wir wollen jedoch hoffen, daß wir sehr bald zu hören bekommen, daß diese letzteren Parteien gleichfalls miteinander eine Verständigung zwecks einheitlichen Vorgehens getroffen haben. Das Vorhandensein zweier revolutionärer Blöcke — eines „rein“ sozialdemokratischen nebst dem bereits gebildeten sozialistisch-demokratisch-nationalistischen — würde bereits einen gewaltigen Fortschritt gegenüber der bisherigen Zersplitterung der revolutionären Kräfte Rußlands bedeuten. Selbstverständlich würden die beiden Blöcke durch die Macht der Verhältnisse auch genötigt werden, zwecks wirksamerer Erreichung gemeinsamer Kampfziele mit einander Vereinbarungen zu treffen. Wir zweifeln nicht daran, daß der russische Absolutismus dem gemeinsamen Ansturm sämtlicher revolutionärer Kräfte unter den gegenwärtigen Verhältnissen, die für ihn so ungünstig liegen, wie sie noch niemals für eine absterbende Gesellschaft gelegen haben, nicht lange wird standhalten können.

Rußland.

Moskau, 4. Dezember. Aus Anlaß des 40. Jahrestages der Justizreform versammelten sich gestern etwa 200 Rechtsanwälte, die in zahlreichen Reden die Notwendigkeit von Staatsreformen betonten, welche erforderlich seien, damit das Gericht erst funktioniere. Sie nahmen folgende Resolution an: Nur die Durchführung allgemeinsstaatlicher radikaler Reformen und die Schaffung einer Volksvertretung können eine normale Rechtspflege sichern. Rechtsanwalt Beschewski erbot sich, die Resolution zur Kenntnis des Justizministers und des Ministers der Innern zu bringen.

Amerika.

Ueber das sozialistische Wahlergebnis

Laufen die genaueren Nachrichten aus den einzelnen Staaten nur langsam bei dem Nationalsekretär der Partei, William Walsh in Chicago, ein, aber jede Nachricht wird mit froher Begeisterung begrüßt.

In Chicago (Stadt) erhielt Debs 41 595 Stimmen und Corrigan von der Sozialistischen Arbeiterpartei 2789. Watson von der Populistpartei brachte es auf 2530 und Swallow als Prohibitionist auf 4392 Stimmen. Unter den Minoritätsparteien stehen die Sozialdemokraten immer an erster Stelle. Zwei sozialistische Volksvertreter sind aus Chicagoer Distrikten für das Staatsparlament von Illinois gewählt worden. Vor vier Jahren wurden im ganzen Staate Illinois für Debs 9687 Stimmen abgegeben und vor zwei Jahren erhielten die Sozialdemokraten bei den Kongresswahlen 20 167.

In Groß-New York erhielt Debs 23 616 und Corrigan 4858 Stimmen. Vor einem Jahre fielen auf die Sozialdemokraten bei den Gemeindevahlen 16 956 Stimmen für den Bürgermeisters-Kandidaten und auf die sozialistische Arbeiterpartei 5205. Vom Staate New York sind außerdem für Debs 12 127 Stimmen gemeldet worden und aus vielen Distrikten sind noch keine Berichte da, so daß 40 000 eine konservative Schätzung ist. In Milwaukee, Wisconsin, erzielte Debs ein höheres Votum als Parler; Debs hatte 17 003, Parler 16 378 Stimmen. Es selbst Viktor Berger, einem deutschen Genossen, nur 1900 Stimmen, um als erster sozialistischer Kongressmann in das Bundesparlament in Washington einzutreten; das „New York Evening Journal“ kündigte bereits die Erwählung Bergers an, aber die Kräfte reichten diesmal noch nicht.

In New Haven, Connecticut, erhielt Debs 1473 Stimmen gegen 806 im Jahre 1902. Auf Corrigan fielen 189. Die Sozialistische Arbeiterpartei kann nicht gut auskommen und nicht konkurrieren mit der Sozialdemokratischen Partei; sie zeigt überall ein sehr schwaches Wachstum oder einen Rückgang und wirkt irritierend auf die Wählermassen. Ueber kurz oder lang muß doch die Verschmelzung der beiden Richtungen zustande kommen.

In San Francisco erhielt Debs 7231 Stimmen, beinahe soviel als vor vier Jahren im ganzen Staate, nämlich 7572, fielen. — In Philadelphia erhielt Debs 3140 und Corrigan 378 Stimmen. Vor zwei Jahren wurden für die Sozialdemokraten 1781 Stimmen und für die Sozialistische Arbeiterpartei 457 abgegeben. In Pennsylvania ist auf ein Votum von 25 000 zu rechnen.

Die sozialistischen Stimmenzahlen sind besonders angewachsen in den Staaten Illinois, Wisconsin, Indiana, Michigan, Ohio, Minnesota, Iowa, Missouri, Kansas und Nebraska, und durch den mittleren Westen nach der Pazifik-Küste in den Staaten Kalifornien, Oregon, Washington; auch Utah und Wyoming sind gut vertreten. Andere Staaten haben ihr Votum von 1902 vergrößert oder aufrecht erhalten. Nevada hat zum erstenmal sozialistische Stimmen zu verzeichnen. In den Südstaaten, von denen man früher nichts oder sehr wenig hörte, hat die Partei verschiedene Erfolge zu verzeichnen; von Texas erwartet man 10 000 Stimmen.

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Vor Port Arthur.

London, 5. Dezember. „Daily Telegraph“ meldet aus Tschifu vom 3. d. Mts., den Japanern sei es gelungen, schwere Geschütze auf den 203 Meter-Hügel oder auf einer Anhöhe westlich von Tschifu in Stellung zu bringen. Die Russen hielten den 203 Meter-Hügel ununterbrochen unter Feuer. — Aus Shanghai meldet dasselbe Blatt, die Japaner hätten den 300 Meter-Hügel südlich vom 203 Meter-Hügel besetzt.

Petersburg, 4. Dezember. Wie in militärischen Kreisen berichtet wird, hat der Jar an General Stössel ein Telegramm gerichtet, worin er ihn ersucht, alles aufzubieten, um Port Arthur bis zum Eintreffen der Baltischen Flotte, welche noch in diesem Monat dort erwartet wird, zu halten.

London, 5. Dezember. Die „Morning Post“ meldet aus Shanghai, die Russen machten Shanghai zu einem vollständigen Depot für Armeen und Marinebedarf. Große Kohlenlager seien auf russische Rechnung angelegt worden. Ein bekannter englischer Blodadebrecher siehe in lebhaftem Verkehr mit den in Shanghai internierten russischen See-Offizieren. Die Verletzung der Neutralität erregte große Erbitterung. Die Japaner hätten wegen verschiedener Ausdehnungen der russischen Seeleute eine scharfe Verwahrung der letzteren von den chinesischen Behörden gefordert, da in Shanghai 2000 Japaner leben.

Das japanische Budget für 1905 ist heute dem Parlament vorgelegt worden. Die Höhe der Ausgaben wird darin auf rund 1000 Millionen Yen angegeben, von denen 750 Millionen auf das Kapitel „Ausgaben für den Krieg“ entfallen. Der Finanzminister erklärte, daß nur 450 Millionen im kommenden Jahre durch Anleihen zu decken seien.

Reichstag.

(Schluß aus der 1. Beilage.)

Reichszentraler Graf Bälou:

Ich bin der Ansicht, daß die Organisation der Kapitänschaften, die allein die Geheimhaltung der weitverzweigten Vorbereitungen des Aufstandes ermöglicht hat, nicht wieder gestattet werden darf. Wir werden uns vielleicht genötigt sehen, die Eingeborenen behufs besserer Ueberwachung in Reserven zu verweisen, aber von einer Ausrottung der Eingeborenen kann abgesehen von allen Gründen der Mordlichkeit, die wir immer hochhalten werden, schon aus der praktischen Erwägung nicht die Rede sein, daß wir die Eingeborenen für jede Art des wirtschaftlichen Betriebes in Südwestafrika, für die Landwirtschaft, für die Viehzucht, insbesondere für den Bergbau gar nicht entbehren können. (Sehr richtig!) Auch darüber wird kaum ein Zweifel obwalten können, daß wir in Südwestafrika eine Truppenmacht halten müssen, die stark genug ist, um jeden neuen Aufstandsversuch im Keime zu ersticken. Nun hat Herr Bebel wieder gesagt, der Wert von Südwestafrika sei sehr gering, es sei, wie ich schon mehr als einmal in der ihm nahestehenden Presse gelesen habe, Südwestafrika die Sandwüste, die aller auf sie gemachten Aufwendungen spotte. Das ist aber doch nicht die Ansicht der Kenner des Landes und auch nicht die Ansicht derjenigen, die bereit sind, dort ihre eigene Haut und ihr eigenes Geld zu Markte zu tragen. Die Unterjochung der mineralischen Vorkünfte hat das Ergebnis geliefert, daß eine große Gesellschaft sich bereit erklärt hat, ohne Reichszuschuß, ohne Landüberweisung, auf ihre eignen Kosten eine Bahn von Swakopmund nach dem Küstlager in Dabi in der Länge von 500—550 Kilometer zu bauen. Wenn die Bahn, deren Kosten auf 13—14 Millionen Mark berechnet werden, fertiggestellt sein wird, so wird sie die größte bisher vollendete deutsche koloniale Eisenbahn sein. Und hinter dieser Gesellschaft stehen große Banken, die nicht gewohnt sind, ihre Gelder a fonds perdu herzugeben, und was die landwirtschaftliche Qualifikation von Südwestafrika angeht, so sind alte Kenner des Landes, die ich gesprochen habe, darüber einig, daß weite Flächen des Bodens von Südwestafrika um nichts schlechter sind als der Boden des benachbarten britischen Südafrika. Es ist auch natürlich, wenn sich an den Aufstand eine Kritik unserer kolonialen Organisation in Südwestafrika geknüpft hat. Ich finde diese Kritik durchaus berechtigt. Sie erstreckt sich, wie Sie wissen, hauptsächlich auf die Frage, ob Militär- oder Zivilverwaltung, und auf die Frage der Selbstverwaltung der Kolonien, die Frage der Ausgestaltung der Kolonialbehörden, der Kolonialabteilung zur größeren Selbständigkeit und die Frage der Organisation unserer Militär-

streikräfte in den Kolonien. All diese Fragen unterliegen zur Zeit einer eingehenden Erwägung, die noch nicht abgeschlossen ist. Was ich über die Frage heute schon sagen kann, möchte ich, wie folgt, zusammenfassen: Es ist meine von S. M. dem Kaiser gebilligte Absicht, für die Zukunft die eigentliche Verwaltung des südafrikanischen Schutzgebietes, entsprechend dem Wunsch seiner Bewohner, einem Zivilgouverneur zu unterstellen. (Beifall.) In Vorbereitung dieser Veränderung ist für das nach der gegenwärtigen Lage gebotene Uebergangsstadium der Generalkonful v. Lindequist, der mit den Verhältnissen des Schutzgebietes genau bekannt ist und im Schutzgebiet, wie ich hinzufügen darf, allgemeines Vertrauen genießt, zum Reichskommissar für die Zivilverwaltung der Kolonie ernannt worden. Ich halte es für notwendig, daß wir zu einem weiteren Ausbau der Selbstverwaltung in unserem Schutzgebiete innerhalb derjenigen Grenzen gelangen, die durch die Rechte des Mutterlandes und seiner gesetzgebenden Körperschaften gezogen sind. Ein wesentlicher Schritt nach dieser Richtung ist bereits durch die Verordnung vom 24. Dezember v. J. über die Bildung von Gouvernementsräten geschehen. Auch in der Organisation der Zentralverwaltung unserer Kolonien müssen wir nach meiner Ansicht zu einer Veränderung kommen. Der gegenwärtige Zustand trägt den Stempel des Provisoriums an der Stirn. Die Kolonialverwaltung ist keine oberste Reichsbehörde, sondern eine Abteilung des Auswärtigen Amtes. Andererseits hat sie nach der Verordnung vom 5. Dezember 1894 die Geschäfte der eigentlichen Kolonialverwaltung unter der unmittelbaren Verantwortung des Reichszentralers wahrzunehmen und ist dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes nur insoweit unterstellt, als es sich um die Beziehungen zu fremden Staaten oder die allgemeine Politik handelt. Daß diese Organisation auf die Dauer nicht haltbar ist, hat sich bei der Gelegenheit des südwestafrikanischen Aufstandes deutlich gezeigt. (Sehr wahr!) Im Rahmen einer bloßen Abteilung einer Reichsbehörde lassen sich die stark angewachsenen Geschäfte der Kolonialverwaltung nicht mehr erledigen. Besonders wichtig, wie ich hinzufügen muß, besonders schwierig ist die Frage der Organisation der Zivilverwaltung der Kolonien. Ich bin heute noch nicht in der Lage, Mitteilungen darüber zu machen, ob und in welcher Richtung eine genaue Würdigung der bisherigen Erfahrungen hier Anlaß zu Veränderungen geben wird. Ich kann nur versichern, daß auch auf diesem Felde keine Schritte ohne sorgfältige und gewissenhafte Prüfung und Abwägung von Vorteilen und Nachteilen geschehen soll.

Der Gang der deutschen Geschichte während der letzten Jahrhunderte war der Entwicklung des Verhältnisses kolonialer und überseeischer Aufgaben nicht günstig. Es fehlt uns noch das Verständnis, es fehlt uns die Erfahrung, über welche andere ältere Kolonialvölker verfügen. Es gibt bei uns noch nicht viele Leute, denen nach Erfahrung, nach Vorkenntnissen schwierige koloniale Aufgaben mit gutem Gewissen anvertraut werden können, und ich hoffe, daß es mir mit der Unterstützung der Herren Chies der Kolonialverwaltung, dessen treuer und selbstloser Pflichterfüllung auf einem der schwierigsten Posten der gesamten Reichsverwaltung ich besondere Anerkennung zolle (Beifall), gelingen wird, in dieser Beziehung Fortschritte herbeizuführen. Am letzten Ende wird allerdings unsere koloniale Zukunft und unsere Stellung auf dem Weltmarkt davon abhängen, daß das deutsche Volk sich durchringt zu einem immer volleren Verständnis der großen Aufgaben unserer überseeischen und Weltpolitik, die mehr als einmal vor diesem Hause dargelegt worden sind. (Beifall.)

Von zwei Seiten ist auch die Diätenfrage berührt worden. Ich werde heute nicht näher darauf eingehen. (Heiterkeit.) Was ich nach Lage der Dinge über diese Frage sagen kann, ist mehr als einmal dem hohen Hause dargelegt, das hat Graf Pofadowsky im vergangenen Winter ausgeführt. Ich muß es mir verlagern, oft Befragtes zu wiederholen und die pro et contra mich als einmal dargelegten Gründe hier nochmals anzuführen. Ich glaube das um so mehr zu können, als auch in der heutigen Debatte tatsächlich und prinzipiell nicht viel Neues über diesen Punkt vorgebracht ist. Es ist insbesondere nach meiner Ansicht kein durchschlagender Grund dafür vorgebracht worden, daß wir die Diätenfrage sofort lösen müssen. Man kann im Prinzip der Gewährung von Diäten nicht abgeneigt sein und doch glauben, daß der gegenwärtige Zeitpunkt für die Lösung dieser Frage nicht geeignet ist, oder man kann die Lösung dieser Frage besser einem späteren Zeitpunkte vorbehalten. (Dol! links.) Wegen einer Aeußerung des Abg. Bebel muß ich mich aber wenden. Er hat so gesprochen, als ob es eine Rücksichtslosigkeit der verbündeten Regierungen wäre, daß sie dem Befehl des Reichstages über die Gewährung von Anwesenheitsgeldern noch nicht ihre Zustimmung erteilt haben. Was dem einen recht ist, ist dem andern billig. Wenn die verbündeten Regierungen an einer klaren und unzweideutigen Bestimmung der Verfassung, an einem zweifellos zu Recht bestehenden Artikel der Reichsverfassung festhalten, so können Sie ihnen daraus keinen Vorwurf machen: Noch eins möchte ich sagen: Wenn der Herr Abg. Bebel eben im Namen des Reichstages für die Würde des Reichstages gegenüber den verbündeten Regierungen eingetreten ist, so muß das sehr eigenartig berühren in demselben Augenblick, wo der Abg. Bebel der Mehrheit dieses Reichstages, die aus direkten und geheimen Wahlen hervorgegangen ist, eine solche Verleumdung ins Gesicht geworfen hat, daß er dafür zur Ordnung gerufen worden ist, und zu diesem Ordnungsruf noch einmal sagte, dieser Ordnungsruf unterstreiche bloß die Bemerkung, die er, der Abg. Bebel, gemacht hätte; auch erinnere ich mich, in dem vielzitierten Buch „Die Frau“ gelesen zu haben, im Juliusstaaute würde das Parlament überhaupt verschwinden, und Sie (zu den Sozialdemokraten) machten sich aus dem Parlamentarismus gar nichts. (Heiterkeit.) Also ich verstehe nicht, warum gerade der Abg. Bebel im Namen des Reichstages sprechen will! (Erneute Heiterkeit.) Dann hat der Abg. Bebel davon gesprochen, wir seien nicht reich genug, um unsere Klüngen aufrecht zu erhalten. Meine Herren, diese Melodie konnte ich, diese Melodie ist erklingen, so lange es Deutsche gibt, diese Melodie hörte man schon auf dem Regensburger Reichstag; auch damals hieß es, wie heute Herr Bebel gesagt hat, die Ausgaben sind unerträglich. Nachher kamen die Franzosen und preßten zehnmal mehr heraus. In der Konfliktzeit in den 70er und 80er Jahren hieß es immer, es wäre kein Geld da für Militärzwecke. Meine Herren, was wäre aus uns geworden, wenn dieser Standpunkt damals die Oberhand gewonnen hätte! Nur gegen eine Behauptung will ich mich sodann noch wenden, wenn der Herr Abg. Bebel behauptet hat, das deutsche Volk mache unverhältnismäßige Ausgaben für militärische Zwecke. Ich habe hier eine Uebersicht vor mir liegen über die Ausgaben, welche die verschiedenen Länder im Verhältnis zu ihrer Einwohnerzahl für militärische Zwecke machen. Ich habe sie entnommen einem gut geschriebenen Aufsatze eines Generalleutnants, und die Zahlen sind entnommen dem Berichte eines französischen Berichterstatters zum Jahresbudget, was nach dem, was Abg. Bebel ausgeführt hat, ihm besonders Vertrauen einflößen wird. (Große Heiterkeit.) Danach konstatiere ich, daß Frankreich im Jahre für sein Heer ausgab 1 270 000 000 Fr., Deutschland 1 200 000 000 Fr., Großbritannien 1 500 000 000 Fr., Rußland 1 200 000 000 — 1 300 000 000 Fr. Rechnet man in Frankreich noch aus den Budgets der anderen Ministerien die Forderungen, die lediglich militärischen Zwecken dienen, wie z. B. die militärische Organisation der Grenztruppen hinzu, so beläuft sich die Gesamtsumme seiner Ausgaben für militärische Zwecke auf über 1 300 000 000 Fr. Von den Gesamtausgaben des Staates verwendet Frankreich für militärische Zwecke 35 Proz., Rußland 25 Proz., Italien 22 Proz., Deutschland nur 20 Proz. Also davon kann keine Rede sein, daß wir nicht können. Es fragt sich nur, ob wir wollen. Sie werden niemandem einreden können, daß ein Volk, das — das konstatiere ich öffentlich — im Jahre 3 Milliarden Mark für geistige Getränke ausgibt, nicht instande sein sollte, 1 200 000 000 als Rüstungsprämie für seine Sicherheit aufzubringen. (Unruhe links.) Wenn Sie das, was wir nach Ueberzeugung der verbündeten Regierungen für notwendig erachten für die Erhaltung unserer Wehrkraft. Wenn Sie das, was das Minimum dessen bedeutet, was wir für unsere Sicherheit brauchen, nicht bewilligen wollen, so sagen Sie wenigstens

offen: Sie lassen es auf das Risiko eines Krieges und auf das Unglück eines gegenwärtigen Krieges ankommen. Sie haben soeben gesagt, Herr Webel, daß das französische Offizierkorps und der französische Generalstab durchaus auf der gleichen Stufe steht wie das deutsche Offizierkorps und der deutsche Generalstab. Dem widerspreche ich durchaus nicht. Ich habe eine hohe Achtung vor dem französischen Offizierkorps, aber wenn Sie gleichzeitig an die Nebensache denken, die immer noch in Frankreich vorhanden sind — darüber werden Sie Ihre Freunde informiert haben, welche Mängel jauchend mit seinen Bestrebungen gehabt hat — so werden Sie zugeben müssen, daß auch wir ein Recht haben, für unsere Sicherheit zu sorgen. Sagen Sie nicht, daß wir die Mittel für unsere Sicherheit nicht aufbringen können, denn das trifft nicht zu. (Lebhafter, andauernder Beifall rechts und in der Mitte.) Das Haus verläßt sich nunmehr auf Dienstag 1 Uhr. (Fortsetzung der ersten Lesung des Etats.) Schluß nach 1/2 Uhr.

Die Pflicht-Fortbildungsschule

ist nunmehr endlich beschlossene Sache. Am 1. April nächsten Jahres wird mit dem Unterricht begonnen werden, vorausgesetzt, daß die notwendige Genehmigung des Oberpräsidenten zu dem Ortsstatut erteilt wird. Damit ist eine Forderung erfüllt, die von unserer Partei seit Jahren erhoben worden ist, deren Erfüllung aber von Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung bisher abgelehnt wurde, unter Hinweis auf die vorzüglichen „freiwilligen“ Fortbildungsschulen. Wenn auch das beschlossene Ortsstatut und die Bestimmungen über die Einrichtung der Schulen nicht in allen Punkten unseren Anforderungen entspricht, so bedeutet doch die neue Einrichtung einen wesentlichen Fortschritt auf dem Gebiete der Volksschule.

Der Unterschied zwischen der Pflicht-Fortbildungsschule und der freiwilligen besteht, wie es die Benennung bereits ausdrückt, darin, daß der Besuch dieser in das Belieben des Einzelnen gestellt ist, während an der Pflichtschule alle Angehörigen der im Ortsstatut benannten Gruppen teilzunehmen gezwungen sind. Derartige Ortsstatute zu erlassen, ist nach der Gewerbeordnung den einzelnen Gemeinden freigestellt.

In Berlin müssen somit vom 1. April 1905 ab alle männlichen Arbeiter die Pflicht-Fortbildungsschule besuchen, die mit dem Schluß des jetzt laufenden Schuljahres, also zu Ostern, die Schule verlassen, um als Lehrling bei einem Handwerksmeister, oder als solche in ein kaufmännisches Geschäft einzutreten, oder aber als sogenannte ungelernete Arbeiter in einem gewerblichen Betriebe beschäftigt zu werden. Voraussetzung ist, daß der Betrieb, in dem die Beschäftigung stattfindet, sich im Weichbilde der Stadt Berlin befindet. Auf den Wohnort des jungen Mannes kommt es nicht an. Die Schulpflicht endet mit dem Schluß des Schuljahres, in dem das 17. Lebensjahr vollendet worden ist. Ausgeschlossen vom Besuch der Pflichtschule sind durch das Ortsstatut die in kaufmännischen Geschäften angestellten weiblichen Personen, während durch die Gewerbeordnung vom Besuche ausgeschlossen sind: Lehrlinge und Gehilfen in Apotheken, in Fischerei- oder Schifferbetrieben, bei Rechtsanwälten und Notaren, in Eisenbahn- und Versicherungsunternehmungen oder in Betrieben des Reichs oder Preußens Beschäftigte und alle Nicht-Reichsangehörigen.

Von der Teilnahme am Unterricht der Pflichtschule wird befreit, wer das Zeugnis für den einjährig-freiwilligen Militärdienst besitzt, oder wer anderweitig den Nachweis führt, daß er sich die allgemeine Bildung angeeignet hat, die das Ziel der Schule ist, ferner wer mit schweren geistigen oder körperlichen Gebrechen belastet ist. Auch ist ganz oder teilweise befreit, wer eine Fach- oder Jungenschule, oder eine andere Fach- oder Fortbildungsschule regelmäßig besucht, wenn der in diesen Schulen erteilte Unterricht ganz oder teilweise vom Oberpräsidenten als Ersatz des Pflicht-Fortbildungsunterrichts anerkannt ist.

Der Unterricht soll den beruflichen Anforderungen möglichst Rechnung tragen; er soll sich erstrecken auf Deutsch, Rechnen und Zeichnen. Der wöchentliche Unterricht soll nicht unter vier Stunden betragen, die Stundenzahl soll im Jahresdurchschnitt wöchentlich sechs nicht überschreiten.

Die Schüler müssen sich zur festgesetzten Unterrichtszeit pünktlich einfinden; sie müssen sauber und in reinlicher Kleidung erscheinen und die als nötig bezeichneten Lehrmittel in ordentlichem Zustande mitbringen. Für die Beschaffung der Lernmittel ist der Arbeitgeber verantwortlich. Der Arbeitgeber ist auch verpflichtet, die Schüler so rechtzeitig von der Arbeit zu entlassen, daß sie gewaschen und umgekleidet zur festgesetzten Zeit im Unterricht erscheinen können. Der Unterricht soll in der Regel um 7 Uhr, ausnahmsweise um 8 Uhr abends beendet sein. Die Unterrichtszeit für die einzelnen Gewerbe wird vom Magistrat festgesetzt und bekannt gemacht.

Dies sind im wesentlichen die für die Schüler wichtigen Bestimmungen der neuen Einrichtung, von der wir bestimmt erwarten dürfen, daß sie dazu beitragen wird, unserer heranwachsenden Jugend den Kampf ums Dasein zu erleichtern. Freilich darf es nicht der einzige Zweck der Schule sein, nur die berufliche Ausbildung der Schüler zu fördern, es muß vor allem ihr Bestreben sein, die allgemeine Bildung zu heben, die jungen Leute zu befähigen, Anteil zu nehmen an den geistigen Genüssen unserer Kultur.

Ob der Schule diese Aufgabe gelingen wird, das hängt freilich zum guten Teil von der Befähigung des Lehrkörpers ab. Soll der Unterricht nützlich und wirksam sein, soll er geistig anregend wirken, so muß der Unterrichtende aus dem wissenden Leben schöpfen. Dazu gehört aber, daß er dieses Leben aus eigener Anschauung, aus eigener Erfahrung kennen gelernt hat. Diese Kenntnis aber mangelt einem großen Teil unserer Lehrer. Der einseitige seminaristische Drill ist nicht dazu geeignet, Pädagogen zu schaffen, die derartigen Aufgaben gewachsen sind. Die Schulverwaltung muß daher für Heranbildung eines geeigneten Lehrkörpers Sorge tragen.

Wenn aber die Verwaltung an diese Aufgabe mit gutem Willen, mit der nötigen Energie herangeht, dann wird es ihr auch gelingen, sie zu lösen.

Damit würde der Weg gebahnt sein für eine gedeihliche Entfaltung der Pflicht-Fortbildungsschule, zugleich wäre aber dadurch auch das fernere Gedeihen der freiwilligen Schule gesichert.

Bei den Beratungen über das Ortsstatut wurde von einer ganzen Anzahl Anhänger der freiwilligen Schule die Befürchtung ausgesprochen, daß durch die Pflichtschule die Entwicklung der freiwilligen Schulen gehemmt würde, weil die Schüler, wenn sie 3 Jahre zu lernen wären, an einem Unterricht teilzunehmen, froh sein würden, endlich die Fesseln des Zwanges los zu werden. Eine Befürchtung, die gewiß berechtigt ist; aber doch nur solange, wie der Schüler den Unterricht als Zwang empfindet, die aber hinwählig wird, wenn es dem Lehrer gelingt, in dem Schüler die Freude am Lernen zu fördern, bei ihm den Drang nach Fortbildung zu wecken. Dann fällt das lästige Gefühl des Zwanges, und der junge Mann wird, wenn er mit 17 Jahren die Prognose der Schule verläßt, mit Freuden seine Weiterbildung fördern und nur die freiwilligen Schulen, die ihm Gelegenheit dazu bieten, besuchen. Dadurch würden auch die freiwilligen Schulen nur gefördert werden, denn sie bekommen gleichmäßig vorgebildete Schüler; sie könnten nach einem fest umgrenzten Lehrplan, mit einem bestimmten Ziel unterrichten, das sehr zu ihrem Nachteil, unseren bisherigen Fortbildungsschulen mangelt.

So hat die Sozialdemokratie durch ihre regsame Tätigkeit auch auf dem so wichtigen Gebiete der Fortbildungsschule dafür gesorgt, daß die alten Schranken gefallen, veraltete Vorurteile beseitigt sind und einer gedeihlichen Entfaltung der Weg gebahnt ist. Freilich bleibt für uns noch genug zu tun übrig, um unsere Schule zu dem zu machen, was sie nach unseren Begriffen sein soll; eine Anstalt, der als vornehmstes Ziel gilt, das kommende Geschlecht zu Menschen zu erziehen.

Aus Industrie und Handel.

Der Trost-Trust.

Das unter der Führung der Handelsgesellschaft und der Firma S. Weidner stehende Konsortium, das im Besitze von circa 30 Millionen Mark Hibernia-Aktien ist, will bekanntlich zur Abwehr der Verstaatlichungsgelüste der preussischen Regierung einen Aktientrust gründen, den Herr Müller in einer Rede im preussischen Abgeordnetenhaus zutreffend als Trost-Trust bezeichnete. Die betreffenden Herren von der Bankfinanz möchten nämlich einerseits die Aktien so festlegen, daß ein Verkauf im geheimen ausgeschlossen ist und sie die Gewalt über die Hibernia behalten, andererseits aber möchten sie doch die in den Aktien stehenden Geldmittel zur Verfügung haben, um damit andere Geschäfte machen zu können. Um dieses Ziel zu erreichen, sind sie darauf verfallen, eine Art „Securities Company“ nach amerikanischem Muster zu gründen. Sie wollen nämlich eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung gründen, in die sie ihre Hibernia-Aktien einbringen und dafür in der Form festverzinslicher Obligationen „Trustzertifikate“ erhalten. Diese Obligationen können sie dann weiterveräußern; erhalten also wenigstens den größeren Teil der zum Ankauf der Hibernia-Aktien aufgewandten Mittel zurück und behalten doch die Aktien in Händen, da diese im Besitze der aus ihnen bestehenden Gesellschaft verbleiben und von deren Leitung im Aufsichtsrat und der Generalversammlung der Hibernia vertreten werden. Der „Trost-Trust“ würde also etwa folgende Gestalt erhalten. Das Antivertikalisierungskonsortium gründet zunächst eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit einem Kapital von vielleicht einer Million Mark und bringt in diese die Hibernia-Aktien im nominellen Betrage von circa 30 Millionen Mark ein, wofür die Gesellschaft für 50, 60 oder 70 Millionen Mark 4prozentiger oder 4 1/2 prozentiger Obligationen ausgibt, die von den beteiligten Banken in Verkehr gebracht werden. Von dem Dividendenbetrag, der auf die 30 Millionen Mark Hibernia-Aktien entfällt, werden die Zinsen für die Obligationen bezahlt und der Rest unter die Mitglieder der gegründeten Gesellschaft pro rata ihrer Aktieneinlagen verteilt. Ein recht hübscher Plan. Allerdings erscheint nur, ob sich die Abnehmer für die Obligationen finden werden; denn die Sicherheit, die ihnen die Gesellschaft für ihre Obligationen bietet, sind relativ gering. Tatsächlich übernehmen sie mit den Obligationen zugleich das auf die 30 Millionen Mark Hibernia-Aktien ruhende Risiko. Solange die Hibernia, wie in den letzten fünf Jahren, Dividenden von 12, 15, 13, 10 und 11 Proz. zahlt, wird die Geschichte ja klappen — wie aber, wenn die Kurse und Dividenden beträchtlich fallen und diese Möglichkeit ist doch keineswegs ausgeschlossen? Dann haften den Obligationären für ihren Besitz nur die eingebrachten Hibernia-Aktien und die eine Million Mark Grundkapital der Gesellschaft. An den sonstigen Besitz der Gesellschaft haben sie absolut keinen Anspruch. Steigen also die Kurse und Dividenden der Aktien, dann hat die Gesellschaft bezw. das Konsortium den Vorteil, fallen sie unter ein bestimmtes Niveau, tragen die Obligationäre den Ausfall.

Der Preisfall am New Yorker Baumwollmarkt. Das Ackerbau-bureau der Vereinigten Staaten in Washington hat am Sonnabend seine mit Spannung erwartete Schätzung der Baumwollenernte veröffentlicht. Allgemein wurde von den Interessenten eine hohe Ziffer erwartet, der Bericht übertrifft aber noch die meisten privaten Vorausschätzungen. Das Ackerbau-Bureau berechnet nämlich die Gesamtenernte für 1904/05 auf 12 162 000 Ballen; eine Zahl, die in keinem der letzten Jahre auch nur annähernd erreicht worden ist. Als das Resultat am Schluß der Sonnabend-Börse in New York bekannt wurde, trat ein allgemeiner Preisfall ein. In kurzer Zeit fiel der Preis für Rohbaumwolle um 1/2 Cent pro Pfund, so daß er sich auf 8.10 Cents stellte. Im Juni, zur Zeit der schärfsten südlichen Weidreibezeit, stand an der New Yorker Börse der Preis auf 17 1/2 Cents, also doppelt so hoch.

Es ist selbstverständlich noch nicht gesagt, daß diese hohe Ziffer auch erreicht wird. Vor allem kommt es darauf an, wie sich in nächster Zeit das Wetter gestaltet, besonders ob starker Frost in den Pflanzungsgebieten eintritt. Die Aussichten sind aber jedenfalls die besten, daß sich in nächsten Jahre die Preise für amerikanische Baumwolle auf mäßiger Höhe halten und die Baumwoll-Industrie von jener Erschütterung verschont bleibt, die sie in den letzten Jahren heimsuchte.

Zusammenbruch einer Londoner Spekulations-Bank. In London ist vor einigen Tagen die „London and Paris Exchange, Limited“ eine der größten Londoner Broker-Firmen mit beschränkter Haftung, zusammengebrochen, die mehrere Finanzblätter herausgab, in denen sie das Publikum zur Börsenspekulation anregte. Ihre Aufträge auf Minenaktien, in welchen sie besonders „arbeitete“, führte die Firma vielfach schon mit einer Anzahlung von 20 Proz. aus; die übrige Summe ließ sie sich mit 8 Proz. und darüber verzinsen. Besonders mußte sie unerfahrene kleine Kapitalisten in den englischen Landdistrikten anzulocken. In welchem riesigen Umfang das Geschäft betrieben wurde, beweist schon der Umstand, daß nach einem Bericht der „Frankf. Ztg.“, allein in den Londoner Bureaus der Firma zwischen 250 und 300 Beamten beschäftigt wurden, die noch bis vor wenigen Tagen oft bis Mitternacht an der Arbeit saßen, um den enormen Verkehr zu bewältigen. Die Zahl der Kunden geht ins Ungeheuer (man spricht von 60 000), denn es gibt kein Unternehmen, welches es besser verstand, die Metalltrommel zu rühren. In allen größeren englischen Zeitungen begegnete man Tag für Tag „Spaltenlangen Inseraten, in denen die Bank Aktien zum Ankauf oder Verkauf anbot“. — Aber nicht nur der Inserate bediente sich die Gesellschaft, sie gab auch eine eigene Finanz-Zeitung und eine Wochenschrift heraus; beide wurden, wenn die Konjunktur gerade günstig war, in fünf Sprachen übersetzt und in Millionenauflagen in alle Lande geschickt.

Interessant und lehrreich sind die Umstände, die die Lage des Unternehmens herbeigeführt haben. Dies ist in der Hauptsache durch Prämien-Geschäfte geschehen, zu denen die Kundschaft auf alle mögliche Weise veranlaßt wurde. Nun sind die betreffenden Aktien teilweise erheblich gestiegen, jedenfalls ganz gegen das Erwarten der Prämienverkäufer, die natürlich an der Kursbewegung des betreffenden Papiers genau das entgegengesetzte Interesse haben als der Käufer. Es sollen umfangreiche Prämien auf alle Ballen, eine ägyptische Minenkompanie, zu einer Zeit verkauft worden sein, als diese 30 Sh. notierten. Aus irgend welchen Gründen sind sie aber inzwischen auf das Doppelte gestiegen, so daß die L. u. P. E. den Prämienkäufern die enorme Differenz zahlen muß. Ähnliche Prämien-Geschäfte mit Stahl-Trust- und Chartered-Aktien sollen ebenfalls zugunsten der Klienten, aber zum Nachteil der Gesellschaft ausgefallen sein. Die Verbindlichkeiten lassen sich nach Aussage des Direktors Mandeville nicht genau angeben, doch dürften sich dieselben auf 25 000 Pfd. Sterl. (ca. 4,8 Millionen Mark) belaufen. Ein Teil davon ist jetzt schon fällig und zwar sind dieses etwa 25 000 Pfd. Sterl. an Börsenfirmen und etwa 60 000 Pfd. Sterl. an Klienten.

Stahlwerksverband und Halbzugverbraucher. Der Stahlwerksverband faßte in seiner Beiratung vom 1. d. M. den Beschluß, an den bisherigen Halbzugpreisen festzuhalten. Nach Ansicht des Beirats liegt in der augenblicklichen wirtschaftlichen Lage kein Anlaß zur Herabsetzung der Halbzugpreise. Zur Begründung des Beschlusses des Stahlwerksverbandes wurde dargelegt: Die Nachfrage nach Halbzug auf dem inländischen Markt zeigt eine erfreuliche Zunahme und zeigt damit eine erhöhte Aufnahmefähigkeit der Halbzugverbraucher. Im Auslandgeschäft konnten in der letzten Zeit etwas bessere Preise erzielt werden; es ist begründete Aussicht vorhanden, daß auch für die nächste Zeit die Absatzverhältnisse nach dem Auslande ein freundlicheres Bild zeigen und höhere Preise erzielt werden, als in den letzten Monaten. Mit der Befestigung der Marktlage verhält sich ferner die Hoffnung, die Syndizierung der Produkte B (der besseren Stahlprodukte) mit größerer Aussicht auf Erfolg ihrem Ziele entgegenzuführen und die im allseitigen Interesse liegende höhere Spannung zwischen den

Preisen der Halb- und Fertigfabrikate bei gleichzeitiger Minderung der Unterschiede zwischen Auslands- und Inlandspreisen zu ermöglichen. Eine Herabsetzung der Halbzugpreise würde nur zur Folge haben, das Weiterbestehen und die Wirkung der kürzlich getroffenen Vereinbarung über die Stabelfpreise in Frage zu stellen.

Derartige Gründe sind zwar so billig wie Brombeeren, aber auch ebenso werthlos. Warum erklärt der Stahlwerksverband nicht einfach: Eine Herabsetzung der Halbzugpreise schmälert unsere Profite und da die Marktlage eine solche ist, daß die reinen Halbzugwerke und die geforderten Preise zahlen müssen, fällt uns gar nicht ein, diese zu ermäßigen.

Die Gründung eines allgemeinen Drahtverbandes, der die verschiedenen Branchen der Drahtindustrie umfaßt, ist von der in Köln tagenden Kommission der Drahtindustriellen abgelehnt worden. Dagegen wurde der Beschluß gefaßt, den Walzdrahtverband in seiner heutigen Gestalt unter Einbezug der beiden aufstrebenden lothringischen Werke, der Düsseldorf-Röhren- und Eisenwalzwerke, der Firma Eiden u. Co. in Hagen und W. Ernst Haas u. Sohn in Sinn zu verlagern.

Zur Hibernia-Angelegenheit. Die Dresdner Bank, die ihren Widerpruch gegen die Eintragung der durchgeführten Erhöhung des Aktienkapitals der Hibernia um 6,5 Millionen Mark in das Handelsregister bis zum Kammergericht verfolgt hat, ist nun mit ihrer Beschwerde auch von diesem Gericht zurückgewiesen worden.

Ausfuhrvergütungen für Eisenprodukte. Die von der Abrechnungsjahre für die Ausfuhr in Düsseldorf im Auftrag des Rheinisch-westfälischen Kohlenhandels in Essen, des Roheisenhandels in Düsseldorf, des Siegerländer Roheisenhandels und des Stahlwerksverbandes für das erste Vierteljahr festgesetzten Ausfuhrvergütungen betragen bis zu 1,50 M. für Kohle, 4,86 M. für Roheisen, 15 M. für weiches Halbzeug und 20 M. für Formeisen, alles pro Tonne. Eine Ausfuhrvergütung auf Kohle, Roheisen usw. wird nur in Uebereinstimmung mit dem Stahlwerksverband und den beiden Roheisenhandelsbetrieben bewilligt, so daß in allen Fällen die Entscheidung darüber, ob Vergütung gewährt wird oder nicht, den Syndikaten vorbehalten bleibt. Eine Ausfuhrvergütung auf Roheisen wird nach Mitteilung der „Frankfurter Zeitung“ nur unter der Bedingung gewährt, daß die Empfänger der Vergütung Kohleisen von außerhalb des Roheisenhandels stehenden Werken ohne dessen besondere Genehmigung nicht beziehen.

Verfammlungen.

Die Zentralkommission der Krankenkassen hatte zu Freitag eine Versammlung der Krankenkassen-Vorstände und Verwaltungsbeamten nach dem Gesellschaftshaus einberufen, die sehr gut besucht war. Hauptgegenstand der Tagesordnung war eine Besprechung über die Erfahrungen auf dem Gebiete der Spezialbehandlung für beinleidende Krankenkassen-Mitglieder. In einem einleitenden Referat erörterte Herr Schindler die Frage, ob es für die Kassen und deren Mitglieder zweckmäßig sei, Spezialärzte für Beinleiden anzustellen. Dieser sind Patienten mit sogenannten offenen Weinschäden von den Kassen nur vereinzelt in Spezialbehandlung gegeben worden. Erst in letzter Zeit hat der Hamburger Verband der freien Hilfskassen Spezialärzte angestellt und damit die besten Resultate erzielt. Während bislang nämlich die Patienten jahrelang ihre Leiden ertragen mußten und nicht nur den Kassen große Kosten verursachten, sondern auch häufig ihre Erwerbsfähigkeit völlig einbüßten, hat die orthopädische Behandlung der Kranken durch Spezialärzte die Leiden der Patienten meistens in verhältnismäßig kurzer Zeit behoben und ihnen die Erwerbsfähigkeit selbst resp. wiederzugeben. Auf Grund der gemachten Erfahrungen hin empfahl der Referent mit Wärme die Anstellung solcher Spezialärzte. — An der Diskussion beteiligten sich außer den Spezialärzten Dr. Braun und Dr. Valsler, die in populär-wissenschaftlicher Weise das Wesen der offenen Weinschäden und die Anwendung der orthopädischen Kompressionsverbände erläuterten, auch eine Anzahl Kassenbeamte. Alle kamen auf Grund teils an eigenen Leiden, teils an Kassenmitgliedern gemachten Erfahrungen zu einer Empfehlung der neueren Behandlungsmethode durch Spezialärzte; nur Herr Dr. Kienitz hat bemerkt diesen Standpunkt nicht zu teilen. Nach Schluß der lebhaften Debatte wurde sodann folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Versammlung beschließt, nach den finanziell-statistischen Erörterungen des Herrn Schindler sowie den wissenschaftlichen Ausführungen des Herrn Dr. Braun, in Zukunft auch für die Krankenkassen-Mitglieder Spezialärzte für Beinleiden in das Verzeichnis der Spezialärzte aufzunehmen. Die Versammlungen derselben, nach dieser Richtung hin zu wirken.

Hierauf wurden als Redatoren die Herren Dannefeld, Kloppech und Ewert gewählt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Rückkehr Verbannter.

Abg. 5. Dezember. (W. Z. B.) Sieben Verbannte trafen heute mittelt Dampfer aus Schweden zur Teilnahme an den Landtags-Verhandlungen ein. Fünf derselben durften gemäß der hierüber ergangenen kaiserlichen Verordnung die Fahrt nach Helsingfors fortsetzen. Unter ihnen befindet sich der frühere Senator Wegelin. Zwei der Verbannten mußten auf Grund derselben Verordnung sofort nach Schweden zurückkehren. Bei der Ankunft des Dampfers und der Abfahrt des Eisenbahnzuges fanden keine besonderen Kundgebungen statt; eine ungefähr 150 Personen zählende Volksmenge sang nationale Lieder und brachte Hurraufe aus.

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

London, 5. Dezember. (W. Z. B.) Der Korrespondent des Reuterschen Bureaus bei der russischen Ostarmee sendet folgende von Rulden am 3. Dezember telegraphierte Meldung: Die Japaner haben auf die Befreiung ihrer Stellungen bei Sutschiatom durch russische Belagerungsgeschütze nicht geantwortet, obgleich sie vorher die russischen Stellungen in der Nähe von Sutschiatom mit russischen Geschützen gleichen Kalibers beschossen hatten, die sie nicht zugehöriger Munition an Bord des russischen Transportdampfers „Randschuria“ feinerzeit erbeuteten. Letzte Nacht wurde bemerkt, daß die Japaner ansehnlich Minen unter die Eisenbahnbrücke über den Saha legten, die im Augenblicke eines eventuellen russischen Vormarsches entzündet werden sollen. Die Russen bemühten sich, die Durchsührung dieser Minenlegung zu verhindern, und es folgte scharfes Gewehrfeuer von beiden Seiten. Gleichzeitig wurden die Japaner, die mit der Beschichtung des Butiostoffhügels beschäftigt waren, von einer Kosakenabteilung überrascht, die indessen, nachdem sie ohne Erfolg versucht hatte, eine japanische Batterie zu nehmen, zum Rückzug gezwungen wurde. General v. Rennenkampf hat die Japaner, deren Angriff er kürzlich abgesehen hat, zwei Tage hindurch verfolgt und jetzt seine Angriffsoperationen im Osten eingestellt. Es werden, obgleich der Boden auf eine Tiefe von achtzehn Zoll gefroren ist, noch Erdwerke errichtet.

Tokio, 5. Dezember. Das kaiserliche Hauptquartier hat heute folgende von der Armee dieser Tage eingegangenen Meldungen veröffentlicht: Am 3. Dezember etwa um zwei Uhr früh besetzte unsere Infanterie das Dorf Auischiatsu und trieb den Feind nach Norden. Das Dorf war vorher von einer russischen Infanterie-Abteilung mit Maschinengewehren fest besetzt gehalten worden. Auf unserer Seite wurden zwölf Mann verwundet; die Verluste der Russen betragen dreißig Mann. Am Abend des 3. Dezember ging die russische Artillerie bei Weitaoschan nebst zwei bis drei Kompanien Infanterie gegen den Hügel vor; der Feind wurde aber zurückgeschlagen.

Sie haben nicht nur den Gesetzentwürfen zugestimmt, sondern auch die Formulierung der Gesetzentwürfe ist in erster Linie Ihr Werk. (Erneute Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Sie tragen insoweit die volle Verantwortung für den Zustand der Dinge.

Die „Sparpolitik“ des Zentrums.

Wie stehen Sie den Reformforderungen gegenüber, die in diesem Jahre gestellt werden? Ich habe mich geradezu vor Ihnen geschüttelt, als ich aus dem Munde des Vorredners hörte, daß er gar nichts anderes zu tun hätte, als den Schatzsekretär aufs innigste zu bitten, der raschen Beamtenvermehrung bei der biologischen Reichsanstalt und dem Reichs-Gesundheitsamt Einhalt zu tun. Wenn zwei Institute in unserem Etat Kulturstiftungen sind, so sind es diese beiden. Und die Anstellung von ein paar Beamten, die paar tausend Mark, die sie kosten würde, machte der Zentrumsführer zum Gegenstand der Kritik in seiner Etatsrede. (Große Heiterkeit links.) Wenn der alte Windthorst in seinem Grabe die Rede gehört hätte und noch den Etat lesen könnte (Große Heiterkeit), er würde sich dreimal im Grabe umdrehen aus Staunen darüber, was aus seiner Partei nach seinem Tode geworden ist. Herr Spahn hat auch an das Steuerbudget von 47 Millionen aus dem Jahre 1900 erinnert. Ihre Finanzpolitik von damals hat, wie wir es vorausgesagt haben, Bankrott gemacht, und sehr bald wird auch Ihre Handelspolitik vom Bankrott betroffen werden. (Widerspruch rechts.) Auch da werden die Kräfte ausbleiben, die Sie erwarten. Wie ja der Abschluß der Handelsverträge schon ganz anders gekommen ist, als Sie ihn sich in den berühmten Dezembertagen vorgestellt haben. (Lachen rechts.) Wer war es denn, der damals in jenen Tagen erklärte, spätestens im Juni würden dem Reichstag alle Handelsverträge zugehen? Es war der Führer der Nationalliberalen, der Abg. Wassermann, derselbe Mann, der Führer dabei war, unter Bruch der Geschäftsordnung und Verlesung des Posttarif durchzusetzen. (Stürmischer Beifall links. Große Unruhe rechts.)

Vizepräsident Dr. Paasche (unterbrechend): Sie haben nicht das Recht zu sagen, daß ein Abgeordneter unter Bruch der Verfassung etwas durchgeführt hat.

Abg. Bebel (fortfahrend): Ich werfe das nicht einem einzelnen Abgeordneten, sondern der Mehrheit vor.

Vizepräsident Dr. Paasche: Ich nehme von meinen Worten nichts zurück und rufe Sie jetzt zur Ordnung. (Oh! links. Lauter Beifall rechts.)

Abg. Bebel (Soz.):

Ihre Ordnungsruf unterbreicht nur, was ich gesagt habe. (Große Heiterkeit und sehr richtig! links.) Um aus der Finanznot herauszukommen, meinte Herr Spahn, werde nichts anderes übrig bleiben als die Matrikularbeiträge zu erhöhen, da ja neue Steuern nicht im Handumdrehen geschaffen werden könnten. Er wünschte, daß die Matrikularbeiträge nicht nach der Kopfzahl sondern nach der Leistungsfähigkeit der Einzelpersonen erhoben würden. Ja, Herr Spahn, das ist ja seit Jahrzehnten die Frage, über die unendliche Reden gehalten worden sind, aber bis heute ist noch kein Kolombus aufgetreten, der das richtige Ei gefunden hätte. (Große Heiterkeit rechts.) Festnageln muß ich die Bemerkung des Herrn Spahn, es habe seine Bedenken, in einem Moment neue Steuervorlagen anzunehmen, in dem die Verteuerung der Lebenshaltung des deutschen Volkes durch das Inkrafttreten der Handelsverträge von selbst eintreten werde. Das ist ein

offenes Geheimnis

von einem Führer des Zentrums, für das ich außerordentlich dankbar bin; früher haben Sie (zum Zentrum) das immer bestritten. — Herr Spahn sagte weiter, man habe gegen die Zusatzartikel von jeder verfassungsmäßigen Bedeutung gehandelt, deswegen werde man bemüht sein, sie ganz zu beseitigen oder nach Möglichkeit einzuschränken. Allerdings haben wir verfassungsmäßige Bedenken der allerhöchsten Art und wir meinen, der Reichstag sollte in allererster Linie die Verfassung respektieren, er hätte niemals den Weg betreten dürfen, der nach der Meinung des Zentrumsführers selbst verfassungsmäßige Bedenken enthält, d. h. direkt ungesetzlich ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn der Reichstag selbst dazu übergeht, leicht sich über die Verfassung hinwegzusetzen, dann darf man sich nicht wundern, wenn der erste Staat des Reiches, wenn die preussische Regierung Entwürfe dem Landtage vorlegt, die ebenfalls mit klaren Bestimmungen der Verfassung in Widerspruch stehen wie das Gesetz über den Kontraktbruch ländlicher Arbeiter und über die Fleischbeschau. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der erste Kanzler des Deutschen Reiches bringt es in seiner Eigenschaft als preussischer Ministerpräsident fertig, derartige mit der Reichsverfassung in Widerspruch stehende Entwürfe dem Landtage vorzulegen.

Was die Einnahmen des Etats anlangt, wird zunächst auffallend, daß trotz der jährlich um eine Million steigenden Kopfzahl der Bevölkerung die Einnahmen aus den Zöllen für das Jahr 1905 nur mit einem Mehr von 1 400 000 M. eingeleitet sind. Die Einnahmen aus den Zöllen sind der beste Maßstab für die materielle Lage der breiten Massen der Bevölkerung. Auch die Schaumweinsteuer ist weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben, wie wir das von vornherein vorausgesagt haben. Wie verkehrt Ihre bisherige Steuerpolitik war, hat sich ja am besten bei der Zuckersteuer gezeigt, die nach ihrer Herabsetzung erhebliche Mehrerträge gebracht hat.

Was haben Sie sich damals für Hoffnungen gemacht auf neue Reichseinnahmen, auf die Steigerung der Wörtensteuer, des Lotteriestempels usw.? Und was ist jetzt das Resultat? Die Einnahmen aus dem Wörtenstempel allein haben ein Minus von 3 1/2 Millionen Mark ergeben. (Oh! hört! links.) — Was nun die

Reichsschulden

anlangt, so hat es sich der Vorredner hierbei ganz außerordentlich leicht gemacht. Sie seien wesentlich durch die ostasiatische Expedition und durch den südafrikanischen Krieg hervorgerufen, also durch zwei Ereignisse, die man nicht hätte vorhersehen können. Aber diese Behauptung ist nicht richtig. Allein in diesem einzigen Jahre ist eine Steigerung der Reichsschulden von 3300 Millionen auf 3600 Millionen Mark vorhanden. Die Steigerung seit 1887 beträgt

726 Millionen auf 3600 Millionen!

Diese enorme Steigerung kann doch unmöglich auf diese zwei unvorhergesehenen Ereignisse zurückgeführt werden. Die Steigerung der Reichsschulden ist eingetreten, obgleich unvorhergesehene Einnahmen den Etat wesentlich entlastet hätten. Denn wir haben lange Jahre einer gewaltigen Prosperität hinter uns, in denen die Reichseinnahmen gewaltig über den Voranschlag hinausgingen. Trotz alledem die kolossale Schuldvermehrung! Und weiter! Jedes unvorhergesehene Ereignis der erwähnten Art muß natürlich ganz besonders ungünstig auf die Finanzen einwirken. Aber gerade darin besteht die Aufgabe des Politikers, daß er etwas voraussehen kann, und daß mehr oder weniger schwere Konflikte ihn nicht überraschen. In der Geschichte anderer Staaten sind ganz andere schwere Konflikte eingetreten. — Es war am 17. März, als wir den ersten Nachtragsetatsentwurf für die Kolonien vorgelegt belamen. Damals bemerkte ich in der Debatte, daß die Gesamtkosten des südafrikanischen Aufstandes nicht unter 50 Millionen abgemacht seien. Ich erhielt laute Oho-Rufe von seiten der Rechten. Und nun, meine Herren? Wie liegt die Sache jetzt? Ich habe schlecht prophezeit. Die Kosten betragen bereits jetzt 135 Millionen Mark. Und noch kommen immer weitere Ausgaben nach. Ich will in diesem Augenblicke nicht auf die Frage nach der Verschuldung des Aufstandes eingehen. Wir werden im Rahmen des Kolonialetat darauf zurückkommen. Der uns vorgelegte Entwurf zum Kolonialetat bietet uns ja Material genug, um unseren Standpunkt zu begründen. Das ganze Schutzgebiet von Nord bis Süd steht jetzt im Aufstande. Wir können noch gar nicht übersehen, wie groß der Schaden des Landes sein wird, wenn der Aufstand erst einmal niedergeschlagen sein wird.

Die herrlichen Kolonien.

Der Herr Schatzsekretär hat mir aus der Seele gesprochen, als er meinte, es könne darüber gestritten werden, ob der Erwerb der

Kolonien für Deutschland einen Wert gehabt hätte. Jedenfalls hat die Kolonialpolitik die Hoffnungen, die auf sie gesetzt waren, nicht erfüllt und wird sie nie erfüllen! Was uns die Kolonialpolitik alles einbrocht, zeigt schon der vorliegende Etat. Für den Hafen von Swalopmund sind vor einigen Jahren 10 Millionen Mark ausgegeben. Jetzt haben die Elemente die Molen zerstört, und in diesem Etat werden 2 200 000 Mark gefordert, um den Hafen halbwegs brauchbar zu machen. Aber keine Hafentechnik kann den Hafen gegen den Sturm und die Angriffe des Meeres schützen. Weiter ist eine Bahn von Windhoek nach Keetmanshop geplant. Was sie kostet, ist noch nicht gesagt. Zunächst werden erst 10 000 M. für den Bauanschlag gefordert. Die Regierung hat gewissermaßen Schwein. (Heiterkeit.) Zwischenfälle bringen es dahin, daß Dinge, die der Reichstag bisher abgelehnt hat, schließlich doch bewilligt werden müssen. So ist es auch mit dieser Bahn. Auch nach Niederwerfung der Aufstände, heißt es in der Begründung, sei an eine Verminderung der Schutztruppe nicht zu denken, bevor diese Bahn fertig sei. Solange müssen wir also die Schutztruppe in voller Stärke erhalten! Ich erinnere dann weiter an die Vorgänge in Keupomern, wo durch kopslose Maßregeln ein Aufstand der Eingeborenen hervorgerufen wurde, und frage all dem gegenüber: Was hat der deutsche Handel von dieser unserer zwanzigjährigen Kolonialpolitik gehabt? Unsere baren Zuschüsse für die Kolonien belaufen sich auf 32 Millionen Mark; unter ganzer Handel mit den Kolonien aber beläuft sich auch auf 32 Millionen Mark! Dabei macht die Ausfuhr für unsere Beamten noch einen beträchtlichen Teil davon aus! Im Jahre 1903 aber betrug unser gesamter Außenhandel 11 500 Millionen Mark! Wenn wir es ähnlich wie mit unseren Kolonien machen wollten, was mühten wir da für unsere Flotte ausgeben. Es ist eben eine Phrase, daß für den Handel Flottenschutz notwendig ist. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Der sanose Platz an der Sonne.

Um im Stile des Reichstanzlers zu reden, als im Jahre 1900 Dr. Paul Goldmann in Peking war, sagte ein chinesischer Mandarin höheren Ranges zu ihm: „Ich begreife vieles, aber nicht weshalb Deutschland gerade dieses Drecksteck erworben hat.“ (Große Heiterkeit.) Wenn man für des heiligen Deutschen Reiches Streusandbüchse, für die Mark Brandenburg, jährlich zur Kultivierung aufwenden würde, was man für Kiautschou ausgibt, ich sage Ihnen, binnen zwanzig Jahren wüßte sie der schönste Garten der Welt. Wer aber für die Mark Brandenburg jährlich 10, 12 Millionen zu solchem Zwecke fordern wollte, von dem würde man annehmen, er wäre für Daldorf reif. (Große Heiterkeit.) Aber hier ist es eine Kolonie, da sehen Sie nicht, da wollen Sie nicht hören, da muß das Geld da sein, da werden Millionen über Millionen verpulvert und in das bodenlose Loch geworfen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Im vorigen Jahre wurden 12 888 000 M. für Kiautschou verlangt, in diesem Jahre 14 660 000 M., das sind über 2 Millionen Mark mehr. Und was macht der Handel? Sehen Sie sich doch einmal den Nachweis für die Einfuhr und Ausfuhr an. Die Einfuhr von Kiautschou nach Deutschland beträgt 0,0 (Heiterkeit.) Die Ausfuhr von Deutschland nach Kiautschou 10,3 Millionen Mark. Nun, das ist ja kein Wunder, wir geben ja 12 Millionen aus, wir bauen Eisenbahnen, legen Wege an, haben Beamte da. Der ganze dortige Handel befindet sich in den Händen von Chinesen und Japanern. Die deutschen Händler und Kaufleute, die auf Grund der schönen Beschreibungen nach Kiautschou gingen, nach dem fremden Lande, wo Milch und Honig fließt, sind enttäuscht. Mit Japan haben wir eine sehr aktive Handelsbilanz. Der gesamte Umsatz befreit sich auf 67 1/2 Millionen, während unser gesamter Umsatz mit China nur 70 1/2 Millionen Mark beträgt; dabei steckt in diesen Millionen noch ein ganzes Teil Verwaltungs- und Kosten für die chinesische Okkupationsarmee. Ohne einen Heller für Flottenkosten aufzuwenden, haben wir also mit Japan einen ganz schönen Handel. Wenn der Krieg zu Ende ist, wird er wieder einen Aufschwung nehmen. Dagegen ist der Handel mit China ziemlich ohne Belang und ist auf derselben Höhe geblieben, wie vor sechs Jahren! Hier sieht man, wie unrecht diejenigen haben, welche meinen, sobald nur ungeheurer Flotten auf dem Meere schwimmen, komme der Handel nur so herein geströmt. Für die chinesische Expedition wendet dieser Etat 12 695 000 M. auf, — nur 400 000 weniger, als im Vorjahr. — Mit welchem Recht bleiben wir eigentlich in China? Was haben wir denn da zu suchen? Glaubt jemand, es könnten für uns Verpflichtungen aus dem russisch-japanischen Kriege erwachsen? Will man mit der Vorwitzigkeit, mit der man von gewisser Seite überall nach einem Hafen in der Welt sucht, wo man seine Waffen und seinen Schild aufhängen kann, auch in Ostasien etwas Ähnliches tun? — Wir haben keine Ursache, auch nur einen Tag noch länger dort zu bleiben. Ist man aber erst irgendwo einmal hingelommen, so bleibt man auch da; denn fortzugehen widerspricht der deutschen Ehre, koste es auch, was es wolle!

Der wachsende Appetit des Volkes.

Für das Reichsheer werden in diesem Etat 53 Millionen Mark mehr verlangt — statt 647 : 700 Millionen Mark! Das ist eine gewaltige Steigerung, die zum Teil mit der Erhöhung der Präsenzstärke um 10 339 Mann zusammenhängt. Ich befähige dem Herrn Kriegsminister, daß seine Forderung ganz mit seinen Mitteilungen in der Budgetkommission übereinstimmt, ja daß dieses sogar große finanzielle Aufwendungen erwarten ließ. In bezug auf die finanziellen Verhältnisse des Reiches aber hat der Kriegsminister so elegant gesprochen, wie ich es sonst noch niemals von einem deutschen Kriegsminister gehört habe. Früher war es ein anderes Ding, da hieß es: Geld — Kleingeld, Geld haben wir genug. Aber die Verhältnisse haben sich für den Kriegsminister geändert. Er hat einen schreienden Bruder bekommen (Große Heiterkeit), der jetzt als vollberechtigt adoptiert worden ist, die Marine, und der schneidet ihm ein ganzes Stück von dem Laib Brot weg. (Erneute Heiterkeit.) Nun haben wir kein Geld mehr. Der Herr Vorredner meint, die Einzelstaaten seien ja da, aber eine ganze Reihe von ihnen kann nur mit Mühe atmen, ja manche sind bereits am Abschnappen. (Große Heiterkeit.) Doch das Zentrum meint, die mögen schwingen, wie sie wollen. Ich begreife das nicht vom Zentrum, das doch den föderativen Charakter des Reiches aufrecht erhalten will. Diese Haltung bedeutet die

finanzielle Erdrosselung der Einzelstaaten.

Die Erhöhung der Friedenspräsenzstärke kostet 14 Millionen, die gesetzliche Einführung der zweijährigen Dienstzeit 4 Millionen. Es hat mich etwas überrascht, daß der Herr Vorredner mit keinem Worte den hohen Wert der gesetzlichen Festlegung der zweijährigen Dienstzeit berührt hat. Das wäre doch ein Punkt, von dem aus man nach außen hin die Zustimmung zur Erhöhung der Präsenzstärke rechtfertigen könnte. Für mich und meine Freunde freilich hat die gesetzliche Festlegung der zweijährigen Dienstzeit gar keinen Wert. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie können gar nicht anders, Sie müssen bei der zweijährigen Dienstzeit bleiben, dazu zwingen Sie die finanziellen Rücksichten. Der Kriegsminister gab zu, daß die allgemeine Wehrpflicht nicht vollständig durchführbar sei, weil es uns an finanziellen Kräften mangelt. Dieser Mangel beruht auf dem gegenwärtigen Militärsystem. Die gesetzliche Festlegung hat für die Regierung aber noch den großen Wert, daß sie eine Reihe von Kompensationen dabei mitfordern kann, die sie sonst nicht bekommen würde. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Gegenüber den Verdächtigungen und gegenüber in militärischer Hinsicht konstatierte ich: Wir sind die entschiedensten Verteidiger der Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht. Wir halten es für eine Ehrenpflicht jedes wehrfähigen Mannes, die Waffen zu tragen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Querst wollte man, um den militärischen Wert der Armee nicht zu schädigen, die zweijährige Dienstzeit nicht einführen. Nun geht es mit einem Male, ja, der Kriegsminister sagt: mit ausgerechnetem Erfolge, allerdings unter größerer Belastung des Ausbildungspersonals.

Auf die Militärverhandlungen will ich erst beim Heeresetat eingehen. Ich wiederhole aber: ein großer Teil der Militärverhandlungen ist darauf zurückzuführen, daß das Ausbildungspersonal in

übermäßiger Weise in Anspruch genommen ist und nervös wird. Wir haben bis heute noch das Einjährig-Freiwilligenystem. Sie werden den Mann aus dem Volke niemals glauben machen können, daß die Söhne aus den besitzenden Klassen bei einjähriger Dienstzeit etwas Besseres leisten, als die übrige Bevölkerung nach zwei, drei Jahren. Das Einjährig-Freiwilligenystem beweist, daß eine weitere Verärgerung der Dienstzeit durchgeführt werden kann. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In der französischen Armee ist die zweijährige Dienstzeit jetzt für die ganze Armee, auch für die Kavallerie, durchgeführt, was man bei uns für ganz unmöglich hält. (Sehr richtig! rechts.) Sie sagen sehr richtig, aber glauben Sie mir, die französischen Offiziere nehmen es an militärischer Qualität vollständig mit den unferigen auf. Es ist sogar bekannt, daß es gerade der großen Freiheit der militärischen Kritik, die in Frankreich den Offizieren genährt wird, zu verdanken ist, daß in der französischen Armee eine ganze Reihe von Reformen durchgeführt sind. Die Franzosen als Demokraten haben freilich auch mit der Einführung der allgemeinen zweijährigen Dienstzeit den Fortschritt der Aufhebung des Einjährig-Privilegs für die besitzenden Klassen verbunden. Die Folge davon wird jedenfalls sein, daß in nicht zu langer Zeit eine weitere Verärgerung der allgemeinen Dienstzeit kommen wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn bei uns die Söhne der Besitzenden zwei Jahre dienen müßten, so wette ich 1000 gegen 1, daß in nicht langer Zeit eine ganz energische Opposition gegen die zweijährige Dienstzeit bei uns einsetzen würde. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wie viele Kritiken von militärischer Seite sind nicht schon bei uns erschienen über die

finstere Zeitverschwendung mit den Vorbereitungen zum Parademarsch,

die mit der kriegsmäßigen Ausbildung der Truppen nicht das geringste zu tun haben. In Schweden kommt die Heeresverwaltung mit einer Dienstzeit von acht Monaten für die Infanterie und einem Jahre für die Kavallerie aus, und sie ist doch sicher der Ueberzeugung, daß in dieser Zeit die kriegsmäßige Ausbildung der Truppen durchaus möglich sei. In den „Berliner Neuesten Nachrichten“ führte ein Offizier aus, daß die Japaner stets die nötigen Ersatztruppen würden zur Verfügung haben, da bei der guten körperlichen Vorbildung der Japaner eine kriegsmäßige Ausbildung in drei Monaten zu erreichen sei! Das wollen wir ja gerade, daß Hand in Hand mit der geistigen Ausbildung auch die körperliche Ausbildung der Jugend einhergeht. Turnübungen, Schießübungen sollen von Jugend an betrieben werden, damit die jungen Leute nachher in ständiger, in verhältnismäßig kurzer Zeit allen Anforderungen zu genügen, die gestellt werden müssen. Man muß sich wundern, wie denkende Menschen zu tausenden gewissermaßen zu Marionetten abgerichtet werden, die auf einen Wink von oben her nach der Schärpe der Bewegung ausführen. Das ist widerwärtig! (Sehr richtig! links.) Nach allen diesen Richtungen wären Reformen durchaus notwendig. In der verstärkten Armee wird auch wieder eine Reihe von Kavallerieregimentern gefordert. Ueber den

Wert der Kavallerie

sind ja die Meinungen neuerdings sehr geteilt. Es ist bezeichnend, daß wieder gerade französische Generale auf das allerenergischste dagegen ankämpfen, daß man die Kavallerie weiter vermehrt. Die großen Kavallerie-Attaden gehörten der Vergangenheit an. Auch Oberst Guedle hat aus der Beobachtung des russisch-japanischen Krieges die Ueberzeugung gewonnen, daß die Tage einer starken Reiterei vorüber sind, daß die Kavallerie nur noch in kleinen Abteilungen auf dem Schlachtfelde Verwendung finden könne. Ueber die schönen Kavallerie-Attaden bei den großen Wandern in Mecklenburg ist die ganze Presse, die „Frankfurter Zeitung“ und viele englische Blätter, einmütig der Meinung, daß sie im Ernstfalle zum vollständigen Zusammenbruch dieser Reitermassen geführt hätten. Ich frage den Herrn Kriegsminister, wie es möglich war, daß bei dem Manöver bei Weiskensfeld der Höchstkommandierende die Order gab, daß sein Gegner fast von der ganzen Kavallerie entblößt werde, damit er am nächsten Tage den großen Kavallerieerfolg machen könne. Der Herr Kriegsminister meinte, daß sei nicht geschehen. Wir liegen aber die Berichte darüber vor, die das konstatieren. Mit der Verminderung der Kavallerie könnten bedeutende Ersparnisse gemacht werden. Ferner möchte ich den Herrn Kriegsminister fragen, ob es im Kriegsfalle überhaupt noch möglich ist, daß eine Kompanie ihren veritablen Hauptmann hat. Der Herr Kriegsminister schüttelt den Kopf. Dann müssen in allererster Linie die sämtlichen Pferde für die Infanterie-Dauptleute gestrichen werden. Wenn die Hauptleute im Ernstfalle doch nicht auf ihrem Pferde bleiben können, dann haben wir gar keine Ursache, zuzulassen, daß sie im Frieden mit ihren Pferden paradierten. Große Ersparnisse könnten ferner bei der Uniformierung erzielt werden. Die Unterschiede zwischen Garde- und Linientruppen sind heute ganz überflüssig. Ebenso ist vom militärtechnischen Standpunkte nicht mehr aufrecht zu erhalten, daß wir Kürassiere, Dragoner und Husaren haben. Es könnte durchaus eine einheitliche Kavallerie mit entsprechender Uniformierung durchgeführt werden. Die Länge ist vollkommen überflüssig und in anderen Ländern abgeschafft. Mit allen solchen Reformen, die noch gar nichts mit einer ganzen Reorganisation zu tun haben, könnten hier Millionen und Abermillionen erspart bleiben.

Reben der Armee nimmt

kolossale Ausgaben die Flottenvermehrung

fort. Allerdings hat der Marineminister keinen Pfennig mehr verlangt, als er auf Grund des Flottengesetzes dürfte, aber ich frage die Herren vom Zentrum, ob sie bei der jetzigen Finanzlage, wenn sie sich nicht selber die Hände gebunden hätten, heute 25 Millionen für die Flotte bewilligen würden? Ich bin überzeugt, sie würden sich mit 11 Millionen begnügen haben.

Der Herr Reichstanzler hat ja, wie Herr Spahn schon bemerkte, einigen englischen Journalisten die Versicherung gegeben, daß Deutschland niemals an einen Krieg mit England denken würde. Ich hätte es sehr viel lieber gesehen, wenn der Herr Reichstanzler, statt jenen Journalisten ein Interview zu gewähren, hier im Reichstage sich verpflichtet gefühlt hätte, dem Beispiele des Staatssekretärs der Finanzen und des Kriegsministeriums zu folgen und ein Exposé über die gesamte auswärtige Lage zu geben. (Lebhaftes sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das können wir verlangen als Reichstag, umsonst, als durch die Vertagung des Reichstages diesmal eine Thronrede nicht gehalten werden konnte. Auch in dieser Unterlassung liegt eine große Mißachtung des Reichstages. Ich wünsche überhaupt dringend, daß der Reichstanzler weniger sich Interviews gegenüber äußerte. Es kommt immer vor, daß diese Herren mehr erzählen, als gesagt ist. Ich habe damit selbst böse Erfahrungen gehabt und weise seitdem jedem Interviewern ab. Was der Reichstanzler zu sagen hat, möge er der ihm nahestehenden Presse oder im Reichstage sagen. Aber noch eins: Geduld, es war sehr nötig, daß der Herr Reichstanzler seine Erklärungen abgab. Und es war nötig, weil in der Tat in England die öffentliche Meinung des Glaubens ist, daß die deutsche Flottenrüstung sich nur gegen England richte. Wer ist daran schuld? Sehen Sie doch zurück in die Zeit vor 4 oder 5 Jahren. Da erschien von den Herren a. D. und z. D. ein Artikel nach dem anderen, der eine starke Flotte hauptsächlich mit Rücksicht auf den

zukünftigen Kampf mit England

forderte. Es dürfte nicht mehr vorkommen, daß Englands Flotte unseren Handel stören könnte. In demselben Ton ist auch die jüngste von Ihnen sehr hochgeschätzte Broschüre des Kapitän Leutnant Auz gehalten. Auch ich habe eine gewisse Hochachtung für den Verfasser, weil er den Mut hat, Dinge zu sagen, die seiner Stellung nicht nützen können, besonders nach dem Erlaß, der den Offizieren gebietet, mit dem unliebsamen Kritizieren vorichtig zu sein. Er vertritt das Recht der sachverständigen Personen, der interessierten Kreise, in der Presse rückhaltlos ihre Meinung zu sagen. Das bietet zu einem guten Teil die Garantie dafür, daß das, was geschaffen wird, den denkbar höchsten Anforderungen entspricht. Der Verfasser macht

gang mit Recht aufmerksam auf die Zustände in England. In England hat der Chef der Marine selbst in der Presse die Zustände seiner Verwaltung rüchlos kritisiert und durchgreifende Änderungen gefordert. In Deutschland würde ein solcher Flottentag in dreimal 24 Stunden zum Tempel hingeworfen werden. Die Pressefreiheit gibt es für Offiziere im Dienst und außer Dienst nicht. Auch nach einer anderen Hinsicht muß ich die Herren von der Mehrheit auf die Broschüre des Kapitänleutnants Duft hinweisen. Er bestätigt die Tatsache, daß gerade in den Kreisen der Offiziere der Reichstag für seine Urteile und Beschlüsse in Militärfragen nur Spott und Hohn findet. (Sehr wahr! recht. Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich weiß nicht, ob die Mehrheit des Reichstages gewillt ist, ohne weiteres auf sein Recht in den Militärfragen zu verzichten. (Zustimmung bei den Konservativen.) An Sie (zu den Konservativen) richtet sich meine Kritik nicht. (Weiterkeit.) Nach allem, was davon gesagt und geschrieben worden ist, weiß ich, daß an den Militärforderungen der Regierung kein Abbruch, sondern eine erhebliche Erhöhung vorgenommen werden wird. Da wird man sich dann nach

neuen Einnahmequellen

umsehen müssen. Der Staatssekretär hat mit der Offenheit, die ich an ihm liebe, ausgesprochen, daß er glaube, auf hohe Einnahmen aus den Handelsverträgen sei nicht zu rechnen. Was wir sonst beim Abschluß von Handelsverträgen erlebt haben, macht uns das höchst wahrscheinlich. Ein wahres Glück, daß Rußland durch den japanischen Krieg tief in der Patsche steckt und gezwungen war, einen Handelsvertrag mit Deutschland abzuschließen; sonst wäre der Handelsvertrag mit Deutschland wohl nicht zustande gekommen. Das ist Ihr Glück! Oesterreich-Ungarn ist in anderer Lage, und ob es so leicht sein wird, es auf einen Volkstrog mit ihm ankommen zu lassen — nun, abwarten! Wenn man nun neue Steuerquellen erschließen wird, hoffe ich, daß das Zentrum seiner Resolution von 1900 eingedenk sein wird, daß es keinerlei Erhöhung oder Einführung von Steuern auf Massenartikel zusammen wird.

Daß Steuern auf die Luxusartikel der Reichen nichts ergeben, haben die Steuern von 1900 gezeigt. Wenn wir einmal diejenigen heranziehen wollten, die zweifellos nach seiner Meinung — und ausnahmsweise sind wir darin einig — den größten Vorteil vom Reich und seinen Institutionen, Heer, Marine und Kolonien haben, meine Herren, wenn Sie die Reichen treffen wollen, so ist es nicht anders möglich, als durch

Einführung von Reichseinkommen- und Vermögenssteuern.

(Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Da treffen Sie die Großindustriellen Rheinland-Westfalens. Das Interessen-Organ der reichsten Leute, der Leute, die buchstäblich im Reichtum erkranken, und nicht wissen, wo sie mit ihrem Vermögen hin sollen, das sie Jahr für Jahr aufkaufen, die „Meinung“ Westfälische Zeitung“, schrieb vor einiger Zeit, die nationalliberale Partei müsse im Reichstage darauf dringen, daß der Kriegsminister mehr fordere als bisher. Daß aber ihr Patriotismus dahint steige, daß sie, die in Ueberfluth schwelgen, die in den letzten 20 Jahren Vermögen aufgeschafft haben, die nur mit den amerikanischen Verhältnissen verglichen werden können, es für ihre Pflicht hielten, auch ein paar Pfennige auf dem Altar des Vaterlandes zu opfern, fällt ihnen nicht ein; ein so trauriges Zeichen für diesen Patriotismus, daß es erbärmlicher nicht gedacht werden kann. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn wir eine Einkommen- und Vermögenssteuer, steigend bis zu 20 Proz., hätten, so würden diese Leute, deren Einkommen nach Hunderttausenden und Millionen zählt, noch im Ueberfluth leben, würden keines ihrer Bedürfnisse einzuschränken brauchen.

Herr v. Kardorff ist allerdings mit unserem Steuerprogramm ganz und gar nicht einverstanden. Ich wundere mich, warum Herr v. Kardorff nicht auch noch Steuern auf Wasser und ähnlliche von jedermann notwendig konsumierte Dinge vorschlägt. — Das ganze Steuerwesen des Reichs kann doch nicht mehr auf die Dauer so weiter gehen. Wenn wir jetzt schon in Friedenszeiten alles, was nur irgendwie zu versteuern ist, heranziehen, und wenn wir trotzdem Schulden machen, trotz der Friedenszeiten, so frage ich, was geschehen soll, wenn nun einmal dieser gewaltige Militärapparat wirklich in Tätigkeit tritt. Wenn nun einmal die Zeit kommen sollte, wo jeder Soldat, jeder Reservist, ja jedermann bis zum Landsturm ins Feld zieht, so wird die Kriegführung nach jedem einzelnen Tag 30—35 Millionen Mark kosten. Wie soll das aufgebracht werden, auch nur für einen Monat? Und wie lange wird ein solcher Krieg dauern? Wenn einmal ein europäischer Krieg eintreten wird, wenn der Kriegseifer der Nationen; im Bismarcks eigene Worte zu gebrauchen, sich bis zur Weißgluth erhitzen wird, so wird auch die Dauer eines solchen Weltkrieges alle Berechnungen übersteigen. Die Zeiten, wo ein Kriegsfeld von 100 Millionen etwas bedeutete, sind längst vorbei. Dieser Ueberlegung kann man sich doch unmöglich entziehen. Der russisch-japanische Krieg lehrt uns ja, wie ungeheuer blutig und losjählig ein moderner Krieg ist. Sowohl vor Port Arthur als in der Mandschurei sind ganz ungeheure Opfer zu verzeichnen. Wir haben allerdings noch gar keine Ahnung, was der russisch-japanische Krieg kosten wird, aber ungeheuer wird es sein. Dabei aber stehen sich hier nur Heere von einigen hunderttausend Mann gegenüber, was soll erst werden, wenn die Millionen-Heere von Frankreich und Deutschland einander mit den Waffen gegenüber treten? Welche Nation soll das aushalten? Meine Herren, können Sie eine solche Eventualität verantworten? Wenn Sie es aber nicht verantworten können, so müssen Sie einsehen, daß dieses ganze System zugrunde gehen muß! (Ho! und Lärm rechts, Verfall bei den Sozialdemokraten. Große Umrufe im ganzen Hause.) Ich will nicht wünschen, daß einmal der Tag kommen werde, wo wir Sie auf unsere heutigen Prophezeiungen hinweisen können, meine Herren, ich will nicht wünschen, daß einmal der Tag kommt, wo wir Ihnen an der Hand furchtbarer Ereignisse beweisen können, daß wir mit unseren heutigen Worten recht hatten.

Der Wahnsinn des Wettrüstens.

Der Kriegsminister meinte, wir könnten dem Heeresaufgebot der großen Militärstaaten um uns herum nicht im entferntesten folgen. (Ho! Das ist nicht wahr!) Die Franzosen sind bereits fertig. Wir stellen 640 887 Mann jährlich unter die Waffen, sie aber nur 577 403, das heißt 63 000 Mann in einem Jahre weniger. Ich halte mich an die offiziellen Zahlen. Außerdem hat der neue französische Kriegsminister angeordnet, daß alle Mannschaften, die gesundheitlich nicht den Strapazen gewachsen sind, entlassen werden. Das französische Heer hat bekanntlich einen außerordentlich hohen Krankenstand und eine hohe Schwundziffer. Es wird danach also durch diese Verfügung jährlich um 7000 Mann geschwächt werden. Frankreich war in den letzten Jahren nicht mehr imstande, das alte Kontingent einzustellen. Wir aber können jährlich 45 000 Mann mehr einstellen, ohne den Bestand zu erschöpfen. So ist Spalte neben Frankreich auch Rußland bei jeder Etatsvorlage eine große Rolle. Wie hier es nicht 1893? — 800 000 Mann kann Rußland unter die Waffen stellen — Ja, auf dem Papier! (Weiterkeit.) Was die russische Armee wert ist, haben wir jetzt gesehen. Nicht entfernt entspricht sie den hohen Ziffern, die damals genannt wurden. Da war die Rede von den ungeheuren Kavalleriegeschwadern, die wie die Gassen über die deutsche Ostgrenze hereinbrechen würden. Nun — ich glaube, die deutschen Schnellfeuergeschütze und Maschinengewehre würden mit den Kolalen ebenso schnell aufsäumen, wie es jetzt die Japaner tun. Der Krieg mit Japan hat den völligen Zusammenbruch Rußlands herbeigeführt und das ist für uns wahrhaftig ein Glück. (Lebhaftes Zustimmung.) Das ist eine Wohltat für Deutschland, für Europa, ja für das ganze russische Volk. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Seit 1871 hängt die russische Präponderanz wie eine gewitterschwere Wölle über Europa.

Seit den Niederlagen gegen Japan ist Rußlands Prestige vernichtet, ist es finanziell und militärisch so geschwächt, daß es selbst wenn es schließlich noch siegen sollte, jahrzehntelang mit dem Wiederaufbau zu tun haben wird. Diese Niederlage aber bedeutet vor allem einen gewaltigen Vorteil für das deutsche Volk. Die Zusammenkunft der Semtsov, die Lockerung der Zensur sind alles Folgen der Niederlagen Rußlands.

Preussisches und russisches Jena.

Im übernächsten Jahre werden 100 Jahre seit der Schlacht von Jena vergangen sein. Das deutsche Volk wird dann keine Trauer, sondern eine Siegesfeier veranstalten; nur für das offizielle Preußen gehört die Trauerfeier. (Umrufe rechts.) So wie aus der Niederlage damals ein großer Erfolg für das Volk erwuchs, so wird es auch mit Rußland sein. Welche Stimmung in den Kreisen der russischen Intelligenz herrscht, geht aus dem Buche des österreichischen Schriftstellers Ganz hervor. „Wenn Gott uns hilft, verlieren wir“, meinte ein russischer Rechtsanwält.

Schiedsgerichts-Verträge

werden jetzt geradezu epidemisch. Keine Woche vergeht, wo wir nicht von einem neuen Verträge hören. ... erst jüngst von dem zwischen England und Nordamerika mit dem üblichen Depeschen-austausch, bei dem wir nicht günstig abgekommen sind. Friedensversicherungen ertönen überall, aber die Schiedsgerichts-Verträge beziehen sich gerade darauf nicht, worauf es ankommt. Fragen, die die vitalen Interessen und die Ehre einer Nation angehen, werden von den Schiedsgerichts-Verträgen immer ausgelassen. Gerade zur friedlichen Schlichtung solcher Streitigkeiten sollte ein internationaler Kongress aus den Vertretern der großen Kulturen und der verschiedenen Parlamente gebildet werden. Ich bin überzeugt, daß trotz allem eine große Reihe von wohltätigen Wirkungen auch gegenüber den kriegerischen Bestrebungen der Nationen aus ihm hervorgehen würden. Aber längst hat ja Herr Roosevelt, der Präsident der Vereinigten Staaten, die Einladung erlassen zu einer neuen Konferenz im Haag, die eine viel weitergehende Kompetenz haben soll als die Schiedsgerichts-Verträge. Aber das Merkwürdige ist, daß mit derselben Feder, mit der der Präsident Roosevelt die Einladung unterzeichnet hat, er eine Flottenvorlage unterzeichnet hat, die darauf ausgeht, die amerikanische Flotte ganz gewaltig zu vergrößern. Das sind die ungeheueren Widersprüche in der Gegenwart, auf der einen Seite Friedenskonferenzen, auf der anderen neue Rüstungen. Dabei wird Roosevelt als neuer internationaler Held gefeiert, der Mann, der seiner Ueberzeugung nach Imperialist und Hochschutzmänner ist. Was sind ihm für schöne Worte von deutscher Seite gesendet worden. Darum wird Herr Roosevelt seinen Imperialismus und sein Hochschutzmännertum nicht einen Augenblick zurücksetzen. Wir haben ein lebhaftes Interesse daran, daß drüben Männer an der Spitze des Staates stehen, die bereit sind, auch die Konsequenzen ihrer Anschauungen auf internationalem Gebiet zu ziehen und Formen des Verkehrs herbeizuführen, die in der Tat im Interesse aller Nationen sind. Daß das heute im Verhältnis zu Amerika nicht der Fall ist, sprechen auch wir aus. Aber vor allen Dingen wollen wir nicht, daß Amerika durch unsere Haltung den Eindruck bekommt, als hätten wir die dort befolgte Handels- und militärische Politik als zweckmäßig und vernünftig! Auch nach dieser Hinsicht haben wir allen Anlaß, die Würde und die Interessen des Reiches etwas mehr zu wahren! Aber die Widersprüche zwischen Friedensbestrebungen und Kriegsrüstungen sind der bürgerlichen Gesellschaft immanent. Sie hat wunderschöne Worte und Medensarten. Nicht die Sozialdemokratie hat die Parole Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit erfunden. Im bürgerlichen Frankreich steht sie auf allen Kirchentüren und Apsiden, auf Buchhäusern und Gefängnissen. (Stürmische allgemeine Weiterkeit.) Die bürgerliche Revolution hat diese Worte der bürgerlichen Gesellschaft der ganzen Welt gebracht. Auch uns Deutschen — auch uns Deutschen. Aber die bürgerliche Gesellschaft kennt sich überhaupt nicht, und wenn sie sich erkennt, ist sie durch den notwendigen Widerspruch mit sich selbst gezwungen, zu handeln, wie niemals eine Gesellschaft vor ihr. (Lebhaftes Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Unsere Beziehungen zu Rußland haben Formen, die wir von unserem Standpunkte aus auf das allerentschiedenste belämpfen müssen. Wir haben im Frühjahr das Telegramm gelesen:

„Rußlands Trauer ist Deutschlands Trauer.“

Auch wir bedauern den armen Menschen, der da zugrunde geht. Aber wir haben nicht nötig, derartige Telegramme zu senden, die im allerhöchsten Maße den Eindruck machen, als ob wir Partei ergreifen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Als japanische Schiffe vernichtet waren durch die Russen, da kam kein Telegramm: Japans Trauer ist Deutschlands Trauer. In der ganzen letzten Zeit geht durch die deutsche Presse eine Reihe von Mitteilungen, die gar keine andere Deutung zulassen, als daß zwischen der deutschen und der russischen Regierung ein Vertrag besteht, wonach die deutsche Regierung verpflichtet ist, die russischen Militärpflichtigen auszuweisen. Das tut kein Land der Welt. Wir hören aus Königsberg, aus Frankfurt, daß die gesamten russischen militärischen Arbeiter ausgewiesen seien, ebenso aus Samedemühl, wo die ganzen dortigen russischen Arbeiter ausgewiesen und von der Polizei zur Bahn expediert wurden. Auch aus Kustrin wird gemeldet, daß sämtliche russischen Arbeiter nach Rußland ausgewiesen seien. Vor sieben bis acht Jahren sind von dem preussischen Minister des Innern und der öffentlichen Arbeiten Erlasse ergangen, in denen direkt gesagt wurde, man solle nur ausländische Arbeiter beschäftigen, damit nicht der Landwirthschaft die Arbeitskräfte entzogen würden. Jetzt werden die Arbeitskräfte ausgewiesen! Aus Weiballen wird gemeldet, daß ein russischer Arzt in der Nacht von zwei Polizisten überfallen und dann nach Rußland ausgewiesen wurde. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es gehen weitere Mitteilungen durch die Presse, die dafür sprechen, daß Rußland von Deutschland Japan gegenüber alle mögliche Unterstützung gewährt wird, die sich mit der Neutralität nicht vertrügen. Es wird gesagt, daß auf der Germaniawerft ein Unterseeboot gebaut werde, welches aus dem Landwege Deutschland verlassen soll in einer Weise, daß die Neutralität gewahrt bleibe. Dann sollen auf der Germaniawerft Torpedos und Torpedobootsgeräthe für Rußland gebaut werden. Die kaiserliche Werft in Kiel soll 8 Zentimeter-Geschütze an die Schichauwerft verkaufen haben, die von der Schichauwerft mit einem Dampfer des Norddeutschen Lloyd nach Amerika gesandt wurden und dort an eine Privatfirma für Hilfskreuzer verkauft sein sollen. Nun, Privatfirmen brauchen keine Hilfskreuzer. Das werde mindestens zeigen, daß die Ueberwachung unserer Neutralität von seiten der maßgebenden Beamten eine außerordentlich laze ist. Die japanische Regierung hätte alle Ursache, sich über derartige Maßnahmen zu beschweren. Wir haben im Februar die Russifizierung der deutschen Universitäten in Rußland lebhaft erörtert, trotzdem geht es damit weiter! In der letzten Zeit ist ein kaum glaublicher Fall passiert. Da ist ein Assistenzarzt von der russischen Regierung nach Berlin geschickt, um sich in seinem Studium zu vervollkommen. Als er sich auf der Universität immatrikulieren lassen will, wird ihm gesagt: Sie können nicht ohne weiteres immatrikuliert werden, man muß erst genau untersuchen, ob Sie politisch zuverlässig sind. Darüber natürlich große Entrüstung, aber alles Protestieren hilft nichts, und es wird ein Verfahren gegen ihn eingeleitet.

Kein Tage nach der Anmeldung bekommt er die Erlaubnis, die Vorlesungen zu besuchen. Der Rektor der Universität hat zwar in einer Verächtigung an den „Vorwärts“ behauptet, der Betreffende habe überhaupt keinen Paß gehabt. Aber nach den Erkundigungen, die der „Vorwärts“ darauf hat einziehen lassen, hält der Russe alles aufrecht, was behauptet war. Sein Paß ist in drei Sprachen — russisch, deutsch, französisch — abgefaßt. Ich betrachte dies Verfahren einer deutschen Universität als einfach skandalös. Das ist ein Zustand, der auf die Dauer geradezu unerträglich wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) und uns vor dem Auslande in unerhörter Weise bloßstellt. In der Schweiz, in Belgien, in England und Frankreich gibt es hunderte von russischen Studenten; in keinem einzigen dieser Länder wird ihnen auch nur entfernt das zugemutet, wie in Deutschland. Man sollte es nicht für möglich halten, daß derartige trotz all der Debatten, die wir hier gehabt haben, vorkommen kann, am allerwenigsten aber, daß die Universitätsbehörde selbst diese jammervolle Rolle spielt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), daß sie nichts weiter sind als die

Handlanger der russischen Polizeibeamten.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und dann die deutsche Presse! Was sagt sie zu all diesem? Sie schweigt oder entrüsst

sich kaum ein wenig. Wir haben seit Jahrzehnten im Kampfe mit dem Liberalismus gestanden, aber ich muß sagen, wenn ich die heutige Haltung des Liberalismus sehe, so wächst meine Achtung vor den früheren Liberalen stark. Die Schar hat z. B. ein Freischieße die Fügbarkeit Friedrich Wilhelm III. gegenüber Nikolaus I. gezeigelt. Heute aber machen sich deutsche Staatsmänner zu Handlangern eines Nikolaus II. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Selbst ein Prinz von Preußen sagte anfangs der fünfziger Jahre, daß das russische Gold bis in die Vorzimmer der Könige komme. In der Tat, das russische Gold hat stets eine große Rolle gespielt. Und man kann wohl auch behaupten, daß bei diesen Vorgängen der russische Rubel nicht unbeteiligt ist.

Und dann die

Schmach des Königsberger Prozesses.

Wir haben hier hören müssen, wie der Reichsanwalt, der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, die Minister des Innern und der Justiz das Verfahren der Königsberger Behörden auf das energischste verteidigt haben. Wir haben gehört, wie Männer aus diesem Hause aufgetreten sind, die ebenfalls dieses Verfahren rechtfertigten. Und nun endlich, nach unendlichen Wochen, nachdem die Angeklagten viele Monate in Untersuchungshaft gelegen hatten, da erleben wir eine Klamage, so unsterblich, wie sie noch niemals ein Staat, der im Interesse eines fremden Staates gegen seine eigenen Staatsangehörigen Prozesse führt, erlebt hat, eine juristische und moralische Niederlage der allerunerhörtesten Art. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Da stellt es sich heraus, daß den deutschen Behörden von einem russischen Konsul gefälschte Abschriften russischer Gesetze vorgelegt sind, daß eine Reihe maßgebender Gesetzesstellen überhaupt nicht mitgeteilt sind, und daß der Justizminister von Preußen selbst, sowie der Staatsanwalt, der den Prozeß führt, die Richter, die gerichtet haben, nicht die geringste Ahnung haben, ob für Straftatbestände wegen Majestätsbeleidigungen die Gegenseitigkeit gewährleistet ist. Die vollständige Unwissenheit des ersten preussischen Justizbeamten allen diesen Dingen gegenüber! In jedem anderen Lande wäre nach Schluß des Prozesses der Justizminister mit Schimpf und Schande von seinem Posten gejagt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber bei uns: je schlimmer er es treibt — nun erst recht. Was ein Justizminister in Deutschland darf, das hat ja der Prozeß Ruffrat bewiesen. Das sind Dinge, die das Ansehen Deutschlands in einer Weise in der ganzen Welt bloßstellen, wie es die schärfste Kritik nicht vermag. Ich war diesen Sommer wie gewöhnlich in der Schweiz und habe beobachtet, mit welcher Empörung man die Aussagen des Professor Reupner verfolgte, man hatte es nicht für möglich gehalten, daß solche Zustände in einem europäischen Staate existierten. Diese Mitteilungen haben dem Ansehen Rußlands in der ganzen zivilisierten Welt auf das stärksterliche geschadet. Aber wir sind lebenswürdig, wir sind entgegenkommend und freundlich. Da passiert es, daß der russische Kaiser einige 20 Kilometer von der russischen Grenze eine Heerschau hält. Was geschieht? Da wird der Oberpräsident von Ostpreußen, der Generalkommandierende des ersten Armeekorps, herüber nach Rußland geschickt, um den russischen Soldaten vorbei und verteilt unter sie silberne Zweimarkstücke. (Weiterkeit! bei den Sozialdemokraten.) Es kommt wirklich bald so weit,

daß wir uns als Deutsche schämen müssen.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ein russischer Dampfer passiert, allen Verträgen zuwider, die Darbanellen, hält einen deutschen Postdampfer an und nimmt ihm die Briefsendungen ab. Das war der reinste Meeräuberstreich. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber es geschieht nichts. Als dagegen seinerzeit ein deutscher Dampfer während des Boerenkrieges in lange nicht so plumper, brutaler Weise von einem englischen Schiffe angegriffen wurde, welcher Horn in der ganzen deutschen Presse! Was für ein Haß! Der Reichsanwalt wurde interpelliert von den Antisemiten, was er dieser frechen Handlungsweise der Engländer gegenüber zu tun gedente. Aber Rußland gegenüber? Ja, Rußland, das ist ganz etwas anderes. Er ist unser guter, lieber Freund, den man auf jede Weise zu unterstützen suchen muß. Und dann, als die famose Flotte des Admirals Roschdestwenski

ein deutsches Schiff in den Grund bohrte,

in der deutschen Presse blieb über allen Biffeln Ruhe: Der Herr Reichsanwalt wird schon Bemühtung fordern.

Bei einer so freundschaftlichen Politik gegenüber einem derartig reaktionären Staat, ist es selbstverständlich, daß auch unsere innere Politik mit der äußeren vollkommen harmonisiert. Ich kann mich hier nicht auf Einzelheiten einlassen, das wird bei den verschiedensten Stats geschehen. Was sind im Laufe dieses Jahres für eine Menge von Fällen vorgekommen, die man einfach als

Urteile harter Klassenjustiz

bezeichnen muß. Da werden auf der einen Seite Leute, die beim Streik geringfügige Gewaltthaten verübt haben, zu jahrelangen Zuchthausstrafen wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, wegen Landfriedensbruchs, verurteilt; auf der anderen Seite werden Böglinge einer Hochschule, die die ärgsten Exzesse verüben, die man unvorstellbar als Landfriedensbruch bezeichnen kann, von den Richtern mit einigen hundert Mark Geldstrafe belegt. Was für Dinge sind vorgekommen im Prozeß Schulz-Komeid! Wenn ein Sozialdemokrat an Stelle des Grafen Mirbach die Aussage abgegeben hätte, daß er über 350 000 Mark quittiert habe, sie aber nicht empfangen habe und auch nicht wisse, wo sie geblieben seien, — der Sozialdemokrat wäre sicher wegen Meineides angeklagt worden. — (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) wie jetzt im Prozeß Ruffrat der Richter, der gleich abgeführt wurde — aber Graf Mirbach quittiert über 350 000 Mark und weiß nicht, wo sie geblieben. — Der Staatsanwalt glaubt es, die Richter glauben es. — Arme Leute sind um Millionen betrogen, die Kränen der Wittwen und Waisen hängen an dem Gelde, wie der Staatsanwalt sagt, — aber das Vermögen der Kaiserin ist bis zum letzten Pfennig intakt geblieben! — Und über die 350 000 M. weiß Herr v. Mirbach nichts. — Das ist derselbe Mann, der das Christentum kultiviert, wo er immer nur kann, der einen Kirchenbau nach dem anderen ins Leben ruft. 200 Mark sind das Minimum, das er für solche Zwecke fordert. Wenn Christus heute noch einmal käme, so würde er den Mann, wie damals die Wehler und Händler, aus dem Tempel treiben. (Sehr gut! links.) Wenn man derartige Dinge Tag für Tag in den verschiedensten Variationen hört und dann gesagt wird: Die Religion muß dem Volke erhalten werden! — dann dürfen Sie es nicht übel nehmen, wenn wir sagen: Ach, schweig doch! Was Ihr wollt, das ist doch alles nur

elende, erbärmliche Heuchelei!

Da baut Ihr Prunkkirchen, wie sie Euer Heiland sich niemals hätte gefallen lassen, opfert Millionen dafür, und auf der anderen Seite muß der Superintendent Braun in Königsberg für kranke Kinder und arme Sieche eine Weihnachtsgabe durch einen Ausruf erbitten. Vor einigen Tagen hat hier in Berlin ein Arzt einen Vortrag gehalten, der einen Verein gründen wollte, damit allen armen Kindern, die zur Schule gehen, vorher Frühstück gewährt werde. Da wurde konstatiert, daß in Berlin tausende armer Proletarierkinder Tag für Tag in die Schule gehen müssen ohne Frühstück! Das ist Rot, das ist Elend und Jammer, da sollte eingeseht werden, da sollte gegeben werden, da sollten die Milliarden, welche in der Tat Christen sein wollen, endlich einmal ihren Beutel aufmachen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) — Wo bleibe die Verwirklichung des Programms des Reichsanwalts? Gleichberechtigung der Arbeiter mit den anderen Klassen, selbstverständlich nicht bloß soziale, sondern auch politische Gleichberechtigung? Daran denkt man nicht. Das Wort hörten wir vor zwei Jahren, wir haben es vor 15 Jahren aus dem Munde des deutschen Kaisers gehört — es sind Worte geblieben, bis heute läßt die Gleichberechtigung der deutschen Arbeiter auf sich warten. Wie steht es mit dem Wort des Kaisers: die Staatsverwaltungen sollen Arbeitervereine sein? Das ist der

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die deutschen Arbeiter in Staatsbetrieben haben keine Vereins- und Versammlungsfreiheit, kein Koalitionsrecht. In jenem Prozess handelte es sich nicht um Sozialdemokraten, sondern um Zentrumsarbeiter. Aber auch diese dürfen nicht die Zeitung lesen, die sie lesen wollten, sie dürfen nicht dem Verein angehören, dem sie angehören wollten, kurz, die einfachsten Grundrechte, die heute schon die Arbeiter haben, werden in der Tat mit Füßen getreten. Das sind Zustände in dem Gegenwartsstaat des Grafen Bülow. Er braucht sich über den Zukunftsstaat nicht den Kopf zu zerbrechen. Die heutigen Zustände sind schmachvoller Art! Wo bleibt das Genossenschaftsrecht für den Staatsarbeiter? Der preussische Eisenbahnminister hat einen Erlass veröffentlicht, worin er anspricht, daß kein Eisenbahn-Arbeiter und Beamter einem Konsumverein angehören dürfe. Wenn Sie den Staatsarbeitern keine Rechtsgleichheit gewähren, dann sprechen Sie es wenigstens offen aus! Haben Sie wenigstens den Mut dazu! Sagen Sie ihm, daß er kein Vereins-, kein Versammlungs-, kein Koalitions-, kein Genossenschaftsrecht besitzt! Sagen Sie das, damit alle Staatsarbeiter wissen, damit die ganze Welt weiß, wie es mit der Rechtsgleichheit bei uns in Deutschland steht! (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Wo bleibt das längst verheißene deutsche Vereins- und Versammlungsrecht? Wo bleibt die Sicherung des Koalitionsrechtes? Wie es damit steht, haben wir erst jüngst wieder im Saarrevier erlebt. Dort ist selbst die katholische Presse, die sogenannte Dabba-Presse, den Herren unbequem. Und wie steht es mit dem Rechte der Arbeiter auf eine gesetzliche Vertretung ihrer Interessen? Wir haben Gewerbe-, Handels-, Handwerker- und Landwirtschaftskammern, aber noch immer fehlt es für die Arbeiter an einer ähnlichen Einrichtung. So sehen wir überall, wohin wir auch blicken,

nur Rückwärts und nirgends ein Vorwärts.

Würden nicht hier und da kleine Reformen in den Einzelstaaten eingeführt werden, im Deutschen Reich wäre überhaupt nichts vom Fortschritt zu merken. Sie werden begreifen, daß angesichts dieser Zustände die Unzufriedenheit in der breiten Masse wächst. In den oberen Schichten aber vermehrt sich die Herzlichkeit, das Strebertum, die Charakterlosigkeit, die Heuchelei, die Feigheit, die Untertänigkeit in erschreckendem Maße. Es gilt das alte Wort: man wagt nicht mehr zu sagen, was man denkt. Angesichts dieser Charakterlosigkeit und Liebedienerei ist es kein Wunder, wenn der obersten Stelle der Himmel voller Geigen hängt. Täglich hören wir von Denkmalsentstellungen, Kircheneinweihungen, von Festessen, Jubiläen und Feiernlichkeiten, so daß Deutschland dem Auslande wie ein einziges großes Festmahl erscheint. (Große Unruhe rechts.) Deutschland in der Welt voran! verstandene der Reichsanzler. Wäre es nicht vorangehen in militärischen und Marineleistungen, sondern vorangehen in der Freiheit, in der Hebung des Volkswohlfühls, in dem Kampfe für alles, was edel, groß und schön ist. Das sollte unsere Aufgabe sein. Wenn Sie diesen Weg wandeln, so folgen wir Ihnen nach, wenn Sie es aber nicht tun, so bekämpfen wir Sie! (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Reichsanzler Graf Bülow:

Meine Herren! Was der Herr Abg. Bebel soeben über Jena gesagt hat, daß das deutsche Volk Anlaß hätte, das Jubiläum von Jena zu feiern, hat mich nicht wundergenommen. Es stimmt ja dem Sinne nach mit dem überein, was er auf dem sozialdemokratischen internationalen Parteitag (Weiterleit) in Amsterdam über Seban gesagt haben soll (Sehr richtig!), daß er sich wohl gefallen lassen würde, wenn wir auch einmal ein Sedan erleben. Der Abg. Bebel hat weiter gemeint, die Feuchte eines großen europäischen Krieges würde in erster Linie die Sozialdemokratie davontragen. Diese Auffassung halte ich für richtig. Und das ist ein Grund mehr, warum die Regierungen aller großen Länder, wie ich hoffe, festhalten an ihrer jetzigen guten und besonnenen Friedenspolitik. Das ist aber wohl auch der innere Grund für die Art und Weise, wie die Sozialdemokratie sich zu dem ostasiatischen Kriege stellt. Ich habe schon vergangenes Frühjahr hier einen Aufsatz vorgelesen eines der eklektesten Köpfe der sozialdemokratischen Partei, einer Hauptfeder der Sozialdemokratie, des Herrn Kautsky, wo eingehend dargelegt war, die Sozialdemokratie müsse den gegenwärtigen ostasiatischen Krieg benutzen, um überall durch Eindringen der Sozialdemokratie die Diktatur des internationalen Proletariats vorzubereiten. Die Sozialdemokratie will ja gar nicht, daß wir dem ostasiatischen Kriege gegenüber neutral bleiben, in Wirklichkeit möchte die Sozialdemokratie uns gegen Rußland verhalten. Wenn die deutsche Sozialdemokratie wirklich sich neutral gegenüber dem ostasiatischen Kriege halten wollte, so würde der Führer in der Partei sich nicht gegen Rußland in solchen Angriffen ergehen, wie er es eben getan hat. Von einer solchen revolutionären Einmischung in die inneren Verhältnisse anderer Länder (Woh! bei den Sozialdemokraten) wollen wir gar nichts wissen; wir haben gar nicht das Recht, uns in diese inneren Verhältnisse einzumischen, die gehen uns gar nichts an (Sehr richtig! rechts und in der Mitte) ebensowenig wie etwa die Ruffen unsere inneren Verhältnisse angehen. Wenn wir uns die Einmischung anderer Völker in unsere inneren Angelegenheiten verdienen, haben wir nicht das Recht, anderen Völkern die Fenster einzuschmeißen. Wenn übrigens der Abg. Bebel sich gegen die russische Autokratie echauffert, so spottet er seiner selbst und weiß nicht wie. Die Art und Weise, wie der Abg. Bebel seine eigene Partei leitet, steht ungefähr auf der Höhe, wie er sie sich vom östlichen Rußland vorstellt. Der Grad von Freiheit, die Ordnung der Dinge, die er herbeiführen möchte und wollte bei uns, die Zukunftsgesellschaft, die er bei uns etablieren möchte, würde jede Despotie in den Schatten bringen. Werden Sie (zum Abg. Bebel gewandt) erst wirklich liberal, begreifen Sie erst selbst das Wesen wahrer Freiheit, bevor Sie unter Störung unserer internationalen Beziehungen die wahre Freiheit importieren wollen. (Sehr richtig!)

Rum ist Herr Bebel auf die Zwischenfälle gekommen, die sich im vorigen Sommer durch die Ausbringung einiger Handels-schiffe ereignet haben, und vor einigen Wochen durch die Auf-bringung des Geestemünder Fischdampfers „Sonntag“. Sobald die ersten Nachrichten eintrafen, haben wir sofort eingegriffen. Ich freue mich, sagen zu können, daß die russische Regierung sofort unseren berechtigten Forderungen völlig nachgegeben ist. Auf diese Weise ist es möglich gewesen, diese Zwischenfälle glatt und leicht aus der Welt zu schaffen. Sie wissen, meine Herren, daß die Fragen des Seerechts und des Völkerrechts, um die es sich dabei handelt, sehr strittiger, verwickelter Natur sind. Um so rathamer erschien es mir, den Versuch zu machen, in jedem einzelnen Falle diese Zwischenfälle auf diplomatischem Wege aus der Welt zu schaffen. Das war freilich nicht nach dem Sinn mancher Leute, die gerade bei diesem Anlaß ein besonders forsches Vorgehen von uns verlangten, namentlich im sozialdemokratischen Lager zeigte sich damals — das zitterte ja noch in der Rede des Herrn Abgeordneten Bebel nach — eine Sehnsucht nach der gepanzeren Faust (Hört! hört!). Die Ihnen doch eigentlich sonst nicht sympathisch ist. Als nun der Geestemünder Fischdampfer „Sonntag“ beschossen wurde — da muß ich eine kleine Parenthese eröffnen; ich konstatiere hier an der Hand der mir vorgelegten species facti, daß an Bord des „Sonntag“ niemand verletzt worden ist, daß der Dampfer selbst unbeschädigt geblieben ist, nur ein Tau ist zerbrochen, man weiß aber nicht, ob infolge eines Schusses, und der Kadaver, den die Reederei beansprucht, wird, sage und höre, auf 3000 Mark berechnet, der Landrat in Geestemünde glaubt aber, daß eine Entschädigung von 1500—2000 Mark ausreichen würde — also als sich dieses Ereignis zutrug, da wurde der Lärm im sozialdemokratischen Lager ganz fürchterlich. Herr Bebel hat eben gesagt: über allen Bispeln ist Ruh! — Na, ich danke! (Weiterleit.) Ich habe mir hier die Auslegungen seines Moniteurs, des leitenden Blattes

der sozialdemokratischen Partei „Vorwärts“ vorlesen lassen, da hieß es, sobald die erste Nachricht über die Beschädigung des „Sonntag“ eingetroffen war, als ich noch gar nicht die Möglichkeit gehabt hatte, irgend welche Schritte zu unternehmen: Die deutsche Regierung nimmt sich ungeheuer viel Zeit, um auch nur die Tatsache des frechen Ruffenstreiches festzustellen. Wenn sie in dem gleichen Schneekentempo die Sache verfolgt, wird sie lange Zeit brauchen, um mit einer Säuberung nach Rußland heranzutreten.“ Weiter hieß es in einem anderen Artikel: „Was speziell Deutschland anlangt, so muß mit dem größten Nachdruck gefordert werden, daß Deutschland erstens zu der allgemeinen Verletzung des Völkerrechts schleunig Stellung nimmt und daß es zweitens eine ausführliche Aufklärung über jenen aus Geestemünde gemeldeten Fall erstrebt. Jedes Schweigen muß den Eindruck erwecken, als ob Deutschland den unfähigsten schmachhaften Ruffenstreichen noch einen neuen, den allererschämlichsten, hinzufügen wolle. Einerlei wie Graf Bülow und seine Leute über das Völkerrecht und nationale Würde denken mögen — das deutsche Volk hat zu verlangen, daß die Regierung sich nicht länger der Berachtung anderer Nationen preisgibt.“ (Hört! hört!) Die radikale Presse sekundierte in diesem Falle der sozialdemokratischen. Die „Volkzeitung“ brachte einen überaus schneidigen Leitartikel unter der Ueberschrift: „Bülow heraus!“ (Große Heiterkeit.) Es hieß da: „Was wird der Reichsanzler tun, um für dieses, allem Völkerrecht höhnsprechende, an die Praxis der Marokkanischen Seeräuber erinnernde Gebahren Genugthuung zu erlangen?“ Selbst das „Berliner Tageblatt“, das in auswärtigen Fragen sonst verständlich ist, wurde ganz wild. Es schrieb: „Doffentlich zeigt unsere Regierung diesmal, daß sie von den Ruffen sich ebenso wenig die Butter vom Brot nehmen läßt, wie das Kabinett von St. James.“ (Warum eigentlich, meine Herren? Ich finde es doch gerade merkwürdig!) Als wir vor zwei Jahren den Marokkanern auf die Finger klopfen, weil sie deutsche Schiffe gekapert hatten, protestierten Sie (zu den Sozialdemokraten.) Sie lärmten, als wir in Wahrung völkerrechtlicher geschädigter deutscher Interessen in Venezuela einschritten, Sie schrien wie besessen, (große Heiterkeit) als wir die Ermordung unschuldiger deutscher Missionare und des deutschen Botschaften durch die chinesischen Boxer nicht dulden wollten — Sie verhielten sich ruhig, als die Pereros armen deutschen Farmern den Hals abschneideten, Sie wünschten, daß wir die Pereros möglichst in Frieden ließen und das Pereroland wieder räumten, aber bei Zwischenfällen, wie sie Neentzen gegenüber im Seetricig kaum zu vermeiden sind, trotz der augenwärtigen Bereitwilligkeit der russischen Regierung, uns jede Genugthuung zu gewähren, und obwohl die anderen Mächte, die sich in derselben Lage befanden wie wir, diesen Zwischenfall ganz persönlich nahmen, wollen Sie, daß wir sofort mit Leder ziehen sollen. (Abg. Bebel ruff: Nein!) Warten Sie nur ab, Herr Bebel! Als unser Korrektes und verständiges Vorgehen von Erfolg gekrönt war, da sand der „Vorwärts“, daß die Genugthuung, die wir uns verschafft hätten, außerhalb jeder Kritik läge. Aber selbst die Engländer waren damals der Sozialdemokratie nicht so sehr genug! (Hört! hört!) Als zur Befriedigung aller Leute der Zwischenfall der Doggerbank seinen akuten Charakter verloren hatte, da schrieb der „Vorwärts“ — die Stelle habe ich mir auch vorlesen lassen —: Der jetzige Ausgang des Konfliktes ist aber für England keineswegs so rühmlich, wie es anfangs den Anschein hatte. England hätte unter diesen Umständen trotz aller Säbelraseln ziemlich klein beigetragen, und daselbe sozialdemokratische Blatt, das so oft behauptet hat, Kriege und Konflikte gingen bloß hervor aus der gegenwärtigen Ordnung der Dinge, aus unserer heutigen bürgerlichen Gesellschaftsordnung, das so oft erklärt hat, im Zukunftswelt, in der Zukunftswelt würde es keinen Krieg und keine Konflikte mehr geben — ah, Herr Bebel, was haben Sie darüber für nette Sachen geschrieben (Große Heiterkeit), was habe ich in Ihrer „Frau“ für nette Sachen gelesen über das himmlische Dasein, das dereinst auf Erden unter Ihrer Leitung hereinbrechen würde (Große Heiterkeit) —, also dieser selbe „Vorwärts“ schrieb, als wiederum zur Genugthuung aller vernünftigen Leute der Hüller Zwischenfall einem Schiedsgericht unterbreitet wurde: Noch unwahrscheinlicher dünkt uns die Petersburger Meldung, daß die englische Regierung der russischen den Vorschlag gemacht habe, den Zwischenfall einem Schiedsgericht gemäß den Haager Bestimmungen zu unterbreiten. Würde sich England auf eine solche Verschleppung des Falles einlassen, so hätte es unstreitig an Prestige unendlich verloren. Wir zweifeln nicht daran, daß England sich vollständig Genugthuung verschaffen könnte, wenn es nur Rußland seinen unbeugbaren Willen zeigt. Es braucht durchaus nicht das belästigende Geschwader in den Grund zu bohren, denn die ersten scharfen Schüsse würden Rußland zur Nachgiebigkeit zwingen. England hat jetzt die beste Gelegenheit, zu zeigen, ob es wirklich auch mit einer großen Macht anzubinden wagt, oder ob es gleich anderen Staaten auch nur den Heldenmut besitzt, gegen winzige Kleinstaatchen brunnbarberend vom Leder zu ziehen. — Das, meine Herren, ist schon ein recht lössartiger Versuch, und der erklärt wahrscheinlich, weshalb während und nach dem Hüller Zwischenfall die Nachricht aufstande, wir suchten Rußland und England zu verheizen. Wir, d. h. die vernünftigen Leute, die große Mehrheit des hohen Hauses (Heiterkeit), haben es nicht getan, aber andere Leute haben es versucht. (Sehr richtig!) Der Gipfelpunkt, meine Herren, aber dieser ganzen Kampagne war, daß bei dem Hüller Zwischenfall, bei dem wir gar nicht beteiligt waren, der uns gar nichts anging, der „Vorwärts“ uns im Namen der sozialdemokratischen Partei aufforderte, sofort einen energischen Protest gegen Rußland zu erlassen. Damals schrieb er, der Fall mit der englischen Fischersflotte hätte den Konflikt zu einer internationalen Frage machen müssen, wären doch alle Nationen gleichmäßig daran interessiert, daß den Ruffen ihr Zubüster-Handwerk so reich und gründlich wie möglich gelegt werde. Nachdem aber mehrere Fälle hinzugekommen sind und aller Wahrscheinlichkeit nach noch ein deutsches Fahrzeug von russischen Schiffen bombardiert worden ist, bedeutet es die größtliche Mißachtung des Völkerrechts, daß nicht sofort alle, auch die unbeteiligten Staaten — also auch wir — gegen das Vorgehen der Ruffen gegen ihren Protest erhoben bezin, den Protest Englands zu ihrem eigenen machen. Rum, meine Herren, ich hoffe, daß Sie diese Reizbarkeit ihres Rationalgefühls auch bei anderen Gelegenheiten zeigen werden. (Sehr gut! rechts und Heiterkeit.)

Ich verstehe nicht, wie unter solchen Umständen der Abg. Bebel nicht mit beiden Händen für die Forderungen meines verehrten Kollegen, des Kriegsaministers v. Einem, gestimmt hat. Rum, meine Herren, hat Herr Bebel auch gesprochen von unserer angeblichen Würdelosigkeit — das war, glaube ich, der Ausdruck, den er brauchte, er liebt ja die starken Worte —, von unserem Mangel an Selbstständigkeit gegenüber Rußland. Davon ist gar keine Rede. Wir wollen uns aber auch nicht von ihm mit Rußland brouillieren lassen. Angriffe, wie sie Herr Bebel gegen Rußland gerichtet hat, sind doppelt bedauerlich während eines Krieges. Dann hat Herr Bebel auch berührt den Königsberger Prozess und die Voraussetzungen, unter denen dieser Prozess eingeleitet worden ist. Ueber den Gang und über die Modalität dieses Prozesses wird sich der preussische Justizminister an zuständiger Stelle aussprechen. (Woh! bei den Sozialdemokraten.) Ich möchte hier das folgende sagen: Die Kritik, die an dem Prozesse geübt worden ist, bewegt sich auf dem Gebiete der Persönlichkeit der juristischen Auffassung. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Wenn Fehler begangen worden sind, so liegen sie auf dem Gebiete der juristischen Meinungsverschiedenheiten (Widerspruch bei den Sozialdemokraten), auf dem Gebiete der juristischen Theorie. Es handelt sich in diesem Prozesse aber nicht um theoretische Fragen, nicht um juristische Fragen, sondern um die in Königsberg festgestellte Tatsache, daß die deutsche Sozialdemokratie mit Bewußtsein daran arbeitet, die in Rußland bestehende Ordnung der Dinge umzustürzen (Sehr richtig! rechts. Lärm bei den Soz.), um die in Königsberg festgestellte Tatsache, daß die deutschen Sozialdemokraten zu diesem Zwecke Schriften revolutionären, terroristischen, anarchoischen Inhalts (Lärm bei den Sozialdemokraten) nach Rußland verbreitet hatten. Wenn in Königsberg keine Beurteilung wegen Hochverrats

erfolgt ist, so geschah das aus formalen juristischen Gründen. Die Verhandlungen in Königsberg haben keinen Zweifel über die Schuld der Angeklagten nach dieser Richtung gelassen. Sie haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß die deutsche Sozialdemokratie mit Bewußtsein Tendenzen verfolgt, und eine Tätigkeit entfaltet, die, wenn sie ungehindert vor sich gingen, unter Verhättnis zu Rußland schädigen und beeinträchtigen würden. Eine sozialdemokratische Volksversammlung in Königsberg nahm folgende Resolution an: Die heute tagende öffentliche Volksversammlung spricht unter dem Eindruck der durch die Russenprozedur vor aller Welt aufgedeckten barbarischen Zustände des Parisismus ihnen um die Freiheit kämpfenden russischen Brüdern von neuem die unerfütterliche Sympathie aus und erklärt, ihnen gegenüber die Pflicht internationaler Solidarität unbeeinträchtigt zu erfüllen zu wollen bis auch Rußland der westeuropäischen Kultur erschlossen wird und im Geiste eines modernen Rechtsstaates umgewandelt sein wird. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) In einer Rede äußerte Herr Diebitsch am 30. Juni über die Ermordung des russischen Ministers Plehwe: Gestern eilte die Kunde durch die Stadt, daß der Minister v. Plehwe tot sei, daß der Muth und von Wilna — Minuten-langer, tosender Beifall — gerecht gerichtet worden ist — (Hört! hört!) —. Der Attentäter von gestern ist ebenso mutig gewesen wie der vor wenig Tagen in Finnland. Auch hier hat der Attentäter das eigene Leben aufs Spiel gesetzt. Er wollte das Volk vom Tyrannen befreien, das war Tills Gefüh. Ein ehrendes Gedenken ist diesen Helden sicher; es sind edle Menschen, die die Bezeichnung „Helden“ verdienen. — Da wollen Sie bestreiten, meine Herren, daß Sie zu feindlichen Beziehungen mit Rußland treiben, da wollen Sie bestreiten, daß, wenn Sie das Gest in die Hand bekämen, wenn Sie machen könnten, was Sie wollten, Sie uns in einen Krieg mit der russischen Regierung verwickeln würden. — Und wohl gemerkt, nachdem Sie unser Heer wehrlos gemacht haben durch Einführung Ihres Mißsystems und alles möglichem.

Meine Herren! Rum ist der Abg. Bebel auch gar nicht einverstanden damit, daß ich einen englischen Journalisten empfangen habe. Ich möchte dabei auf zweierlei hinweisen, einerseits darauf, daß ich nicht glaube, irgend etwas gesagt zu haben, was für das deutsche Publikum etwas Neues wäre. Wenn aber Herr Bebel weiter gesagt hat, ich hätte diese Auseinandersetzung im Reichstag machen müssen, so glaube ich, daß es wenige Minister des Reiches gibt, die sich so oft und so eingehend über auswärtige Politik aussprechen wie ich. (Beifall.) Meine Herren, von verschiedenen Seiten ist auch die Lage der Dinge in Südwestafrika berührt worden. Ich habe gesagt, daß wir nicht daran dächten, einen Fußbreit des Landes aufzugeben, auf dem deutsches Blut geflossen ist. Und wenn der Abg. Bebel es zuerst als einen Fehler der gegenwärtigen deutschen Politik bezeichnet hat, da zu bleiben, wo wir sind, so glaube ich, daß die große Mehrheit dieses hohen Hauses und des deutschen Volkes gerade der entgegengelegten Ansicht ist. (Sehr richtig!) Ich habe mich bereit erklärt, die volle Verantwortung zu übernehmen für alle Truppenbewegungen, die behufs rascher Niederwerfung des Rußlandes von zuständiger militärischer Seite als notwendig erklärt werden würde, ebenso für die Kosten, die aus diesen Maßnahmen zur Besämpfung des Aufstandes hervorgehen würden. Wenn wir dieses hohe Haus zu diesem Zwecke nicht im Sommer einberufen haben, so geschah es einerseits, weil damals, auch im Frühjahr, die Lage der Dinge in Südwestafrika sich nicht übersehen ließ und weil andererseits nach der Haltung, die dieses Haus in dieser Frage bisher eingenommen hatte, wir uns der Erwartung hingeben konnten, daß es diejenigen Maßnahmen billigen würde, die wir getroffen haben, um Südwestafrika für Deutschland zu erhalten. Nach diesen meinen Erklärungen sind wir verfahren. Sehr rühmlich ist das Verhalten derjenigen, die freiwillig sich zum Kriege dienstbereit fanden. Ich danke dem Herrn Abg. Spahn für die Art und Weise, wie er unserer in Afrika fechtenden Truppen gedacht hat. Der Widerstand der Hereros scheint gebrochen dank vor allem der Energie unserer Truppen, die sich nach jedem Besat dem Heinde wieder an die Fesseln hesteten. Allerdings ist unseren Truppen eine neue und schwere Aufgabe gestellt worden und ein neuer, schwerer Schlag hat Südwestafrika getroffen durch den Aufstand der Witbois und anderer Hottentottenstämme. Eins aber möchte ich ausdrücklich sagen: wir sind weder so grausam, noch sind wir so töricht, die einzige Möglichkeit für die Wiederherstellung geordneter Zustände darin zu erblicken, daß die jetzt aus den Wästen des Sandfeldes hervorströmenden, halbverhungerten und verdursteten Hererobanden erbarmungslos niedergemetzelt werden. Davon kann keine Rede sein. (Schluß im Hauptblatt.)

Eingegangene Druckchriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieß Verlag) ist soeben das 10. Heft des 3. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes haben wir hervor: Reichstag und Sozialdemokratie. — Republik und Sozialdemokratie in Frankreich. II. Von R. Kautsky. — Die amerikanischen Wahlen und die Sozialisten. Von Hermann Schäfer. — Die Wohlthätigkeit der deutschen Einzelstaaten. Von Hans Waldow. — Literarische Rundschau: Max Aron, Der Bankrott des modernen Straßpolizisten und seine Reform. Von R. Sackel. — Hugo Ganz, Vor der Katastrophe. Von v. n. — Die öffentliche Bibliothek und Leshalle in Berlin. Von S. Weiss.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

„Der Arbeitsmarkt“, Halbmonatsschrift der Zentralkasse für Arbeitsmarkt-Berichte (Herausgeber: Dr. J. Jastrow, Berlin, Verlag von G. Reimer). Die als Organ des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise erscheinende Zeitschrift enthält in Nr. 5 des 3. Jahrganges unter anderem: Die Lage des Zentralvereins für Arbeitsnachweise in Berlin. Von Dr. A. Rothholz. — Allgemeines: Internationaler Arbeitsmarkt. — Amtliche Arbeitsmarkt-Berichterstattung in Spanien. — Bergbau: Ungünstige Lage im Kohlen-Bergbau. Verschlechterung des Absatzes im Stein- und Braunkohlen-Bergbau im dritten Quartal 1904. Günstigere Gestaltung im Braunkohlen-Bergbau in dieser Zeit. — Metalle und Maschinen: Zunahme der Arbeitslosigkeit im Maschinenbau, namentlich im Kesselbau. Ungünstige Lage im Dampf-turbinenbau. Flotte Verschärfung in den Lokomotivfabriken. Steigerung der Umsätze im Fahrzeug- und Automobilbau. Besserung des Beschäftigungs-grades in der Metallverarbeitung, besonders in Berlin. — Genusmittel: Steigerung der Einfuhr im Lederhandwerk. Besonders starker Import von Javanen. Zunahme der deutschen Javanenfabrikation. Abnahme des Javanenexportes nach Großbritannien, Südamerika und Australien. — Statistisches Monatsmaterial: Internationale Streikstatistik. — Orientierung. — Haushaltungskosten. Konsum: Lebensmittelpreise im November. — Verwaltung der Arbeitsnachweise: Jahresermittlung und Arbeitsnachweise. — Arbeitsbüros (bourses du travail) in Frankreich. — Arbeitsnachweisungs-Bureau in New York. — Arbeitslosen-Versorge: Bewegung der Arbeitslosigkeit in Deutschland. — Arbeitslosen-Versorge in Gent. — Mitteilungen aus deutschen Arbeitsnachweise-Verbänden: a) Amtliche Bekanntmachung: Verband deutscher Arbeitsnachweise. Beitritts-Erklärungen. b) Sonstige Mitteilungen: Verband deutscher Arbeitsnachweise.

„Das Gewerbegericht“, Monatschrift des Verbandes Deutscher Gewerbe-Bezirke. Herausgeber: Dr. Jastrow (Griewatzweg, Stadtrat), Charlottenburg-Berlin, Dr. Fleck (Stadtrat), Frankfurt a. M. (Verlag von Georg Reimer in Berlin). Die Zeitschrift enthält in Nr. 3 des 10. Jahrganges außer der Rechtsprechung in deutschen Gewerbe- und Berufungsgerichten (Lebe, Seitz, Schöneberg, Korkstraße, Dortmund, anderen deutschen Gerichten Reichsgericht, Amtsgericht Ainteln) u. a.: Der Stand der Vorbereitungen für die Kaufmannsgerichte. — Die rechtliche Errichtung der Kaufmannsgerichte. I. Von H. Roth; II. Von Dr. Baum, Rechtsanwalt am Kammergericht. — Zwei Streitfragen aus dem Kaufmannsgerichts-Gesetz. Von Dr. Ritter. Rat in der Hamburgischen Justizverwaltung. — Verfassung und Verfahren: Kolonialflaggen wegen Gewerbegerichtsstellen. — Die Vorbildung der Gewerbegerichtsrichter. Von Dr. Lappe. — Recht des Arbeitsvertrages: Bestimmung des preussischen Justizministers über Vergütung bei kurzer Verbindung. — Mitteilungen aus Kaufmannsgerichte: Gemeinliche und Kreis-Kaufmannsgerichte. — Kaufmannsgerichte in kleineren Orten. — Ausschluß der Kaufmannsgerichte. — Literatur: Haas, Kommentar zum Kaufmannsgericht. — Ruffa, Das Kaufmannsgerichts-Gesetz. — v. Schulz, Reichsgericht betr. Kaufmannsgerichte. — Lipinski, Recht und Redizweg der Handlungsbüchlein. — Verbandsangelegenheiten: An-meldungen zur Tagesordnung des nächsten Verbandstages.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Heute Dienstag, abends 7 1/2 Uhr, in den Kaminhallen, Kommandantenstraße 20: Versammlung des Wahlvereins. Genosse Reichstags-Abgeordneter Schöpflin spricht über „Politische und wirtschaftliche Zeit- und Streitfragen.“ Genossen! Agitiert für zahlreichen Besuch dieser Versammlung. Gäste haben Zutritt. Der Vorstand.

Sechster Wahlkreis. Heute abend findet ein Extrahabend statt, dessen Besuch den Mitgliedern zur besonderen Pflicht gemacht wird. Der Vorstand.

Charlottenburg. Donnerstag veranstaltet die als Rezitatorin rühmlichst bekannte Genossin Frau Steinbach aus Hamburg im Volkshaus, Postenstr. 3, eine Vorlesung von Gerhart Hauptmanns sozialer Jugenddrama: „Vor Sonnenaufgang.“ Der Eintrittspreis beträgt nur 10 Pfennig.

Ober-Schönevide. Heute abend 8 1/2 Uhr spricht in der im Schlosspark Wilhelmshof stattfindenden Volksversammlung Gemeindevorsteher Gronow über seine Tätigkeit im Reichsparlament. Besonders wird der Antrag der Katholiken auf Errichtung einer besonderen Schule berücksichtigt werden.

Pankow. Die Frauen und Mädchen von Pankow und Schönhofen werden auf die am Donnerstag, den 8. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Kierleschen Lokal, Berlinstraße, stattfindende Versammlung, in welcher ein Vortrag über: „Frauenkrankheiten“ gehalten wird, aufmerksam gemacht. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Wilhelmsruh. Dienstag findet Diskutierabend des Wahlvereins bei Willmeroth statt.

Kowawes. Der sozialdemokratische Wahlverein hält am nächsten Mittwoch bei Otto Nieme, Ballstraße, eine Versammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Geschäftliches. 2. Vortrag des Genossen Schubert-Berlin über: „Die preussische Volksschule eine Klassen- und Berufsschule.“ 3. Berichterstattung von der Generalversammlung des Zentral-Wahlvereins. 4. Kommunale Angelegenheiten. 5. Verschiedenes.

Lokales.

Curt Freudenberg †

Einer unserer Besten ist dahingegangen. Der Arzt Dr. Curt Freudenberg ist gestern morgen hier an Lungentuberkulose gestorben. Im blühendsten Alter; nur siebenunddreißig Jahre hat das Schicksal dem tapferen, tüchtigen Manne gegönnt. Der den in seinem ärztlichen Berufe wie als Parteigenossen gleich hervortragenden Kämpfer gekannt hat, wird mit und von der tragischen Vorfahrt tief erschüttert sein. Curt Freudenberg gehörte jenem nicht allzugroßen Kreise von Akademikern an, die der Sache des Sozialismus mehr entgegenbrachten als bloße Begeisterung. Als Arzt hatte er das menschliche Elend schauen gelernt, hatte er erfahren, unter welcher Hülle von Schmutz und Jammer tausend gute Kerne erstickt werden; und sein erster Entschluß war nach solcher Erkenntnis, nicht nur mit Worten, sondern durch die ausopferungsfähige Tat einzugreifen. Er zeigte Freunden und Feinden, wie man praktischen Sozialismus treiben soll; und seine Unermüdbarkeit nötigte vor allem denen einen hohen Respekt ab, die dachten, daß der Mann, der Tag und Nacht in vielfältigem Wirken ausging, mit dem Todeskeime im Herzen an der Beseitigung des menschlichen Elends arbeitete. Schon seit Jahren war Freudenberg lungenleidend; und es ist nicht zu viel gesagt, daß er bei etwas mehr Schonung sein Leben hätte verlängern können.

Schon längst, bevor Freudenberg im Herbst 1900 als Vertreter des 40. Wahlbezirks dritter Abteilung ins Rathaus einzog, war er als Versammlungsreferent wie als eifriger Mitarbeiter unseres Blattes für die Partei tätig. In seiner Eigenschaft als Stadtverordneter wußte er dann mit seltenem Scharfblick in das vielgestaltige Kommunalleben Berlins einzudringen, und wenig Gebiete gab es hier, in denen er sich nicht betätigte. Er wirkte in der Wasserhausverwaltung; in der Wohnungsfrage und in der zurzeit wieder aktuellen Frage, wie die Säuglingssterblichkeit zu vermindern ist, trat er mit praktischen Vorschlägen hervor; eine eifrige Tätigkeit entfaltete er ferner im Krankenhauswesen. So aufreibend diese Wirksamkeit an sich schon war, wurde sie doch Jahre hindurch überboten von der Tätigkeit, die Freudenberg in der Angelegenheit des Apothekenboykotts im Interesse der Arbeiterschaft ausübte. Wenn dieser außerordentlich wichtige Kampf nach einer Dauer von 26 Monaten um die Mitte des vorigen Jahres zu einem für die Krankenkassen befriedigenden Ende führte, so hat die Bevölkerung Berlins dies zum wesentlichen der umsichtigen Leitung unseres verstorbenen Freundes zu danken.

Während Freudenberg so in das öffentliche Leben der Reichshauptstadt fördernd eingriff und überdies in seinem aufreibenden Beruf als Frauenarzt tätig war, wuchs der Keim der Krankheit, den er seit Jahren in sich trug, in bedrohlichem Maße. Im Herbst 1902 schon war er genötigt, sein Wirken zu unterbrechen und in einem Lande, das Lungenleidenden schon vielfach Linderung verschafft hat, Heilung zu suchen. Er ging nach Ägypten und lehrte von dort nach einem Aufenthalt von sechs Monaten wieder nach Berlin zurück; nach seiner Meinung wesentlich gebessert. Doch trotz dieser Meinung ihn wie schon manchen seiner Leidensgefährten. Zu Beginn dieses Jahres kam er nach langen Kämpfen zu dem Entschluß, Berlin für geraume Zeit Lebensort zu sagen. Er gab Praxis und Hauswesen auf, legte sein Stadtverordneten-Mandat nieder und ging wieder nach Kairo, um sich dort als Arzt niederzulassen. Ein längerer Aufenthalt unter dem dortigen Klima, so glaubte er, würde ihm Heilung bringen. Eine eifrige Korrespondenz mit seinen hiesigen Freunden gab Zeugnis davon, daß er am öffentlichen Leben seiner Heimat auch in der Fremde eifrigen Anteil nahm, und ließ die Hoffnung aufkommen, daß sein Gesundheitszustand sich erträglich gestalte. Diese Hoffnung täuschte bitter. Als todkrankter Mann kehrte er im Oktober nach Berlin zurück. Eine Heilanstalt in Schlachtensee nahm ihn auf; vor einigen Wochen vertauschte er diesen Aufenthalt mit dem Sanatorium des Herrn Dr. Girsch in der Königgräberstr. 105. Am Sonntag fühlte er sich zwar sehr schwach, doch nahm er im Gespräch mit seinen Gesandten an den Zeitereignissen noch lebendigen Anteil und las in der Nacht noch mit Eifer seine Zeitung. Montag morgen gegen 10 Uhr erlöste ein sanfter Tod ihn von seinen Qualen.

Freudenberg ist ein Berliner Kind; er ward geboren am 13. März 1867. Gleich einem seiner älteren Brüder studierte

er Medizin und ließ sich vor etwa 10 Jahren hier in der Dranienstraße als Frauenarzt nieder. Auch wer ihn als politischen Gegner sowie aus seiner nichtöffentlichen Wirksamkeit kennen gelernt hat, wird seinem freundlichen, hilfsbereiten Wesen Anerkennung zollen. Die Berliner Sozialdemokratie hat in Curt Freudenberg aber einen Mann verloren, der wie selten ein anderer an Talent und Opfermut vorbildlich ist. Sein Leidenbegängnis wird Zeugnis ablegen von der Liebe und Anhänglichkeit, mit der die reichshauptstädtische Arbeiterschaft einen solchen Vorkämpfer zu ehren weiß.

Zum Städtetag. Am Montag abend fand im Rathaus eine Vorkonferenz statt, an der der Oberbürgermeister Kirchner und verschiedene Vorstandsmitglieder teilnahmen. Auf der Tagesordnung stehen zwei Punkte von allgemeinem großen Interesse. Der preussische Gesandtschaftsbericht zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse, der den Gemeinden eine Menge neuer Aufgaben zuweist, und dann die Stellungnahme der Gemeinden zu den Erlassen des Kultusministers bezugl. des Provinzial-Schulkollegiums über die Benutzung von Elementarschulräumen, Kulan usw. Beide Materien werden zu interessanten Erörterungen Anlaß bieten.

Mit dem Ortsstatut für das Kaufmannsgericht hatte sich Montag abend der zur Beratung der Angelegenheit eingeleitete Ausschuss zu beschäftigen. Von einer Generaldiskussion wurde Abstand genommen, es wurde sofort zur Beratung der einzelnen Paragraphen geschritten. Zu einer langen Diskussion kam es beim § 7. Hierzu lagen eine Reihe von Anträgen vor, die die Vorsitzenden der Gewerbevereine resp. die Kammerpräsidenten von vornherein ausgeschlossen haben wollten von der Leitung der Kammer des Kaufmannsgerichts. Es sollen auch ordentliche Richter und Rechtsanwälte herangezogen werden können. Unsere Genossen stellten folgenden Antrag hierzu: „So lange am Orte des Kaufmannsgerichts ein auf Grund des § 1 oder des § 2 des Gewerbevereins-Gesetzes errichtetes Gewerbegericht besteht, sind in der Regel dessen erster Vorsitzender, sofern auf ihn die in beiden vorstehenden Absätzen bezeichneten Voraussetzungen zutreffen, zugleich zum ersten Vorsitzenden und zum stellvertretenden Vorsitzenden des Kaufmannsgerichts zu bestellen.“ Dieser Zusatzantrag wurde angenommen, während alle übrigen Anträge abgelehnt wurden. Am 8 1/2 Uhr vertagte sich der Ausschuss.

Vom Scheunenviertel. Der Magistrat hat den Ankauf von elf Grundstücken des Scheunenviertels zum Preise von rund 1 150 000 Mark beschlossen und ersucht die Stadtverordneten-Versammlung um ihre Zustimmung. Da vor kurzem schon drei Häuser angekauft sind, so werden 14 Grundstücke in den Besitz des Magistrats gelangen. Verhandlungen wegen Ankaufs von 12 Grundstücken sind eben noch. Falls auch diese Erfolg haben, müssen noch 91, eventuell im Enteignungsverfahren, erworben werden. Gleichzeitig ersucht der Magistrat die Versammlung um ihre Zustimmung zu dem Ankauf des Grundstücks Alexanderstr. 12a, das 700 000 Mark kosten soll. Dieses Grundstück wird zur Durchziehung der Magazinstrasse nach der Dirschensstraße und zur Verbreiterung der Alexanderstraße gebraucht. Die sogenannte Bäderzeile soll kasziert werden.

„Die Zerrüttung des Protestantismus“ wird in dem 10. Kapitel des Werkes „Wider die Pfaffenbrüder“ behandelt. Der Verfasser legt in diesem Kapitel dar, wie die Haupt der deutschen Fürsten der eigentliche Hebel der Reformation gewesen ist und wie mit der Konfiskation der katholischen Kirchengüter zugleich auch das Interesse der Fürsten an der Reformation erlosch. An der Willigung der Doppelhebe Philipps von Hessen durch Luther und seine Freunde bringt er den Nachweis der Bedienstetheit der protestantischen Geistlichkeit. Die Illustrationen des Werkes sind dem textlichen Inhalt angepaßt. Jede Lieferung des Werkes kostet 20 Pf. und kann noch von Heft 1 an durch alle Parteibuchhandlungen und von jedem Kolporteur nachbezogen werden. In Berlin werden die Hefte von den Parteispeditionen, sowie von jedem Zeitungsdepot geliefert. Der Verlag bittet die Genossen um rege Agitation für dieses Unternehmen.

Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk bringt die illustrierte Wochenchrift „In freien Stunden“, von der soeben Heft 49 ausgegeben wird. Dieses Heft enthält die Fortsetzung des Romans: „Der Jesuit“ von C. Spindler und den Anfang einer Novelle von R. Hartmann: „Die Ausgestoßenen“. Es ist die Leidensgeschichte eines jungen Ehepaars. Der Mann, ein ehemaliger Pastor, hat die Tochter eines Scharfrichters geheiratet und wird nun nebst seiner Frau vom Vorurteil der Welt verfolgt und mit Grauen von der guten Gesellschaft gedächt. Eine feinsinnige Darstellung von der Blindheit gefühlloser Loren, aber auch von der Kraft wahrhafter Herzensneigung, die sich allen Hindernissen zum Trotz siegreich durchsetzt. Die Hefte erscheinen wöchentlich für je 10 Pf. und können durch alle Parteibuchhandlungen und Kolporteurs, in Berlin von den Parteispeditionen und sonstigen Zeitungsdepots bezogen werden. Mit dem 1. Januar beginnt ein neues Abonnement, auf das wir die Parteigenossen und Freunde aufmerksam machen.

„Entweihung von Schulräumen.“

Dies anläßlich des Berliner Schulkonflikts vielgebrauchte Schlagwort erinnert lebhaft an Vorkommnisse in der 135./137. Gemeindefschule, die beim Friedrichshain liegt. Jahreslang diente die Turnhalle dieser Doppelschule am 18. März einer fliegenden Polizeiwache als Unterkunft. Und zwar ging es ganz gemütlich dort zu. Kästen Bier, geliefert vom Böhmischen Brauhaus, waren zur Stelle, und die Hüter des Befehles durften in den heiligen Hallen vergnügt ihr Zigarren rauchen. Der Turnunterricht fiel einfach aus. Als der „Vorwärts“ auf dies idyllische Treiben vergangenes Jahr hinwies, muß das wohl den maßgebenden Herren doch zu einigen Bedenken Anlaß gegeben haben. Denn in diesem Jahre ließ man in der Halle turnen. Indessen blieb die fliegende Polizeiwache nicht fort. Man nahm diesmal — die Kula in Bemütung. Sonst aber war's wie früher. Bier und Zigarren sollen auch diesmal geschmeckt haben. Wir möchten uns nun die bescheidene Anfrage erlauben, wer die Benutzung der Kula und früher der Turnhalle zu dem schulfremden Zweck angeordnet und gebilligt hat? Und ferner: Ist die königliche preussische Polizei ein Institut von Pädagogen? Oder für Pädagogen?

Der große Unbekannte gefunden. Daß es den großen „Unbekannten“ doch auch wirklich geben kann, erfährt die Kriminalpolizei am Sonnabend durch einen sonderbaren Zufall. In der Invalidenstraße verlor ein Mann Güte für 10 Pf. das Stück. Er hatte einen ganzen Korb voll, wohl 60 bis 70 Güte, und gar keine schlechten. Von einem Polizeibeamten zur Rede gestellt, wie er diese Güte für 10 Pf. verkaufen könne und wo er sie her habe, berief er sich auf einen „unbekannten Mann“. Da der Händler ein mehrfach bestraffter Mensch ist, so hielt man seine Angabe natürlich für eine Ausrede und glaubte sicher einen Einbrecher gefaßt zu haben. Nun führte aber der Händler die Beamten nach einem Haus in der Bergstraße und stellte ihnen seinen Mann, den er recht gut, nur nicht dem Namen nach kannte, dem er aber beim „Waden“ geduldet hatte, vor. Der entpuppte sich nun aber auch als ein Einbrecher und dennoch war der Handel legal. Der „Unbekannte“ hatte nämlich die Güte vor zwei Jahren

bei einer „Pleite“ für 20 Pf. das Stück gekauft und sie seinem Helfer beim Rücken statt baren Geldes, das ihm fehlte, zum Lohn gegeben.

Das Verschwinden des Landgerichtsrats Paul Hoffmann ist immer noch nicht aufgeklärt. Die Vermutung, daß ein im Landwehlfanal am Lützowufer aufgestiegener Regenschirm mit dem Verschwinden des H. in Verbindung stehe, hat sich nicht bestätigt. Es ist vielmehr festgestellt, daß Hoffmann auf seinem Heimwege überhaupt keinen Regenschirm bei sich trug. Es wird jedoch angenommen, daß der Verschwinden durch einen Sturz ins Wasser seinen Tod gefunden hat. Allem Anschein nach ist er in der Dunkelheit über die niedrige Eiseneinfriedigung gestolpert und hat dann beim Auffischen die Richtung verwechselt, so daß er anstatt nach der Straße hin direkt auf das Wasser losging. Er war ohnehin sehr kurzfristig und trug einen Regenschirm. Er war ohnehin sehr kurzfristig und trug einen Regenschirm. Er war ohnehin sehr kurzfristig und trug einen Regenschirm.

Anfall eines Majors. Gestern früh um 9 Uhr stürzte in der Tiergartenstraße infolge Durchgehens seines Pferdes der Major im Großen Generalstab Robert v. Crüger, Adenbachtstraße 5 wohnhaft. Schwer verletzt wurde der Major nach dem Elisabeth-Krankenhaus geschafft.

Neben das Schicksal der Mausefallenhändler brachten wir vor acht Tagen einen Artikel, in der auch die Mitteilungen einer Zeitungskorrespondenz erwähnt wurden. Der darin genannte Herr Jakob Eck, Grünhauserstr. 51, teilt uns jetzt mit, daß er keine jungen Leute unter 16 Jahren beschäftigt habe; der Menschenschlag, um den es sich handele, sei durchweg von gedrungener Statur, und so sei wohl der Jertum entstanden. Seine Händler hätten kein Verkaufsprenum und erhielten außer Kost, Logis und Wäsche 10,50 M. wöchentlich. Sie schliefen nicht in Gerichten, sondern in Betten. Ihre Arbeitszeit teilten sich die Leute selbst ein; gekleidet gingen sie so gut als anständig. Auch nach dieser „Verichtigung“ wird es wohl so leicht keinem nach den Wohlthaten der Mausefallenhändler gelüsten.

Die Stephans-Kirche auf dem Gesundbrunnen ist vorgestern in Gegenwart des Kaisers eingeweiht worden. Fünf Orden etc. wurden bei dieser Gelegenheit verteilt.

Als „russische Studenten“ machen zwei Diebe hiesige Pensionate unsicher. Am Lützowplatz erzählten sie der Inhaberin, sie hätten sich soeben an der hiesigen Universität einschreiben lassen und suchten nun ein Zimmer mit Verköstigung. Während die Frau sie durch ihre Räume führte, um ihnen die verfügbaren zu zeigen, führte der eine ausschließlich das Wort, der zweite ging schweigend nebenher. Nachdem ein passendes Zimmer gefunden war, zog der schweigsame junge Mann plötzlich seine Uhr und empfahl sich mit dem Bemerkten, daß er sich keine Minute mehr aufhalten dürfe, um nicht ein Kolleg zu verärgern. Gleich darauf ging auch der gesprächige Kommilitone mit dem Versprechen, zu einer bestimmten Vereinbarung aller Einzelheiten am nächsten Tage wiederzukommen zu wollen. Die auffallende Eile erregte doch den Verdacht der Pensionatin, freilich zu spät. Als sie ihre Zimmer noch einmal durchsah, entdeckte sie, daß die angeblichen russischen Studenten von einem Tische ein Portemonnaie mit 130 M. mitgenommen hatten. Die weiteren Ermittlungen ergaben, daß die Diebe schon vorher mehrere Pensionate unter demselben Vorwand besucht, aber nichts mitgenommen hatten, weil sie nichts fanden. Beide sind etwa 25 Jahre alt, mittelgroß und blond. Der eine hat einen kräftigen, der andere nur einen Anflug von blondem Schnurrbart, der eine ein rundes Gesicht, der andere ein längliches blaßes Gesicht. Einer trägt ein buntkariertes Halsstück und einen dunklen, der andere einen staubgrauen Winterüberzieher, beide einen schwarzen weichen Hut. Wo die Schwindler wohnen, weiß man noch nicht. Vielleicht haben sie irgendwo in einem Pensionat ein Zimmer genommen, um bei Gelegenheit andere Mieter zu bestehlen.

Selbstmordversuch eines Staatsrats. Durch einen Sturz aus dem Fenster verlor sich der 75 Jahre alte russische Staatsrat a. D. Andrej Turel, Antikwärl. 13, das Leben zu nehmen. Turel lebte seit sechs Jahren in Berlin. Seit April schwer augenleidend, konnte er im vergangenen Sommer nicht wie sonst sein Landhaus in Tivol aufsuchen. Das Leiden machte den alten Herrn nervenkrank. Wiederholt hatte er Fieberanfälle. Zwei Wächter wachten abwechselnd bei ihm. Gestern vormittag sah er allein am Frühstückstisch, während seine Gattin und das Dienstmädchen in Nebenräumen beschäftigt waren. Da schickte er den Wächter fort, ihm ein Glas Bier zu holen. Kaum hatte dieser den Rücken gewandt, so öffnete Turel ein Fenster und stürzte sich, wahrscheinlich in einem Fieberanfall, aus dem ersten Stock auf den Bürgersteig hinab. Zwei Ärzte stellten innere und Kopfverletzungen fest. Nachmittags verschlechterte sich sein Zustand so, daß sie den Verletzten in ein Krankenhaus bringen ließen.

Einen schrecklichen Tod fand Sonntag morgen der 22 Jahre alte Gondlungsgehilfe Georg Krohn, der Sohn eines Malermeisters aus der Weidenburgerstr. 50. Der junge Mann, der bei seinen Eltern im vierten Stockwerk des Vorderhauses wohnt, beschäftigte sich viel mit Sprachstudien und Lektüre. Er besprach die lateinische, französische und englische Sprache. Über die Nebenarbeit machte ihn so nervös, daß er schon seit vier Wochen in ärztlicher Behandlung war. Er brütete viel vor sich hin und führte zuweilen Reden, die auf Verfolgungswahnsinn schließen ließen. In der Nacht zum Sonntag machte sein Vater an seinem Bett. Um 6 1/2 Uhr legte er sich hin, um einen Augenblick zu schlafen. Eine Viertelstunde später wachte ihn der Ruf seines Sohnes: „Vater, hilf mir, sie kommen!“ Als er die Augen aufschlug, sah er den Kranken bei dem der Verfolgungswahn ausbrach zum Ausdruck gekommen war, im Hemd am offenen Fenster stehen. In demselben Augenblick, als der Vater zusprang, um ihn mit den Armen zu fassen, stürzte sich der Sohn vor seinen Augen auf die Straße hinab. Der Unglückliche fiel mit der rechten Körperseite auf eine spitze Stange des eisernen Vorgartengitters. Die Stange drang ihm so tief in den Körper ein, daß er daran hängen blieb, obwohl sie sich unter der Wucht des Körpers umbog. Auch am Kopfe zog er sich durch Anstoßen an das Gitter bedeutende Verletzungen zu. Die Eltern, die ihm nachstellten, und Leute, die des Weges kamen, befreiten den Schwerverletzten aus seiner entsetzlichen Lage, und Hausgenossen trugen ihn in die Wohnung hinauf. Hier starb er unter den Händen zweier Ärzte, die aus der nächsten Nachbarschaft sofort erschienen.

Einen unangenehmen Verlust hat der Maurer Otto Schneider, Schönhauser Allee 134, I. Stfl. 4 Tr., wohnhaft, am Sonntag vormittag gehabt. Ihm gingen mit einem Mitgliedsbuch 67 Verbandsmarken verloren, die für den Finder seinen Wert haben, dem Verlierer aber ersetzt werden müssen. Der Finder wird gebeten, die Marken bei Schneider abzuliefern.

Beuge gefaßt. Im Dezember 1903, dem letzten Sonntag vor dem Weihnachtstage, abends zwischen 7 und 8 Uhr, fiel der 8 Jahre alte Anabe Hans, Sohn des Kaufmanns Leub, Spandauerstr. 3/4, 1 Treppe, auf dem Neuen Markt durch Anspringen eines Hundes so heftig auf den Hinterkopf, daß er einen Schädelbruch und eine schwere Gehirnerschütterung davontrug. Der Sanft des Arztes und aufopferndster Pflege gelang es glücklicherweise, das Kind dem Tode zu entreißen. Ein Herr, der sich Kessler nannte, brachte den Anaben in bewußtlosem Zustande seinen Eltern, die, aufs tiefste erschrocken, in der Verärgerung vergaßen, Herrn K. nach seiner Wohnung zu fragen. Jetzt ist seine Aussage von allgrößter Wichtigkeit und daher wird er, der sich des Anaben so menschenfreundlich annahm, wenn ihm diese Zeilen zu Gesicht kommen, höflich ersucht, doch seine Wohnung dem Einsender dieses und Vater des Anaben, Kaufmann Leub, Landwehrstr. 27, 2 Tr., gefl. mitteilen zu wollen.

Die Kunst im neueren Buchdruck.

Aus Anlaß des 25-jährigen Bestehens der Berliner Typographischen Gesellschaft hat die Leitung des königlichen Kunstgewerbe-Museums eine Ausstellung von Druckerzeugnissen neuerer Zeit veranstaltet. Die im Lichtloche des Museums untergebrachte Ausstellung enthält eine große Zahl künstlerisch ausgestatteter Bücher und merkwürdiger Druckarbeiten aus den hervorragendsten Offizinen Deutschlands und des Auslandes. Unter den Erzeugnissen des Kunstbuchdrucks nehmen die ausgestellten Arbeiten der Reichsdruckerei (die Kataloge der Ausstellungen von Paris, St. Louis und einige Prachtwerke u. v. a.) einen hervorragenden Platz ein. Selbstverständlich sind die ausgestellten Arbeiten der übrigen, den Kunstdruck pflegenden Berliner, Leipziger, Münchener usw. Firmen äußerst beachtenswert. Einen eigenartigen Eindruck machen besonders die neueren englischen Arbeiten, die unter dem Einfluß von Künstlern wie Walter Crane u. a. entstanden sind. Frankreich sowie auch die übrigen Länder sind mit hervorragenden Arbeiten vertreten. Die im Buchgewerbe seltene ausgestellten Arbeiten bieten im Gegensatz zu vorgenannter Ausstellung einen Ueberblick über die Satz- und Drucktechnik des letzten Vierteljahrhunderts. Am feinsten geschmückter Buchgewerbe saal in der Friedrichstraße 231 fand am Sonntagvormittag im Beisein von Vertretern der Handwerkerlehre, des Kunstgewerbe-Museums, Delegierten auswärtiger Gesellschaften usw. der eigentliche Festakt und die Ehrung der Jubilare statt. Die von der Berliner Typographischen Gesellschaft herausgegebene Gedächtnischrift, im Format und nach Art des „Tag“ zweifach hergestellt, enthält eine Reihe interessanter Artikel über die Entwicklung des gesamten Druckgewerbes in den letzten 25 Jahren. Besonders interessant sind die Mitteilungen über die Einführung der Rotationsmaschine. Es ist ein gewaltiger technischer Fortschritt seit Einführung der ersten Rotationsmaschine für acht Seiten („Voss. Btg.“ im Jahre 1873) mit 8000 unaufgeschrittenen Exemplaren pro Stunde bis zur modernen Dreibecken-Rotationsmaschine für 48 Seiten mit 12000 zweimal gefalteten Exemplaren, wie sie zum Druck des „Vorwärts“ benutzt wird.

Ueber Weihnachtslieder spricht heute abend Prof. Th. Krause in der Aula des Friedrich-Werderschen Gymnasiums, Dorotheenstr. 13/14. Der Eintritt zu dieser von der Vereinigung „Die Kunst im Leben des Kindes“ getroffenen Veranstaltung, in der auch ein Anabenschor singen wird, kostet für Nichtmitglieder 50 Pf.

Das Carl-Weiß-Theater ist in diesem Jahre mehr denn je vom Unglück verfolgt. Die Spielzeit setzte ein mit dem Wirken der Deutschen Volksbühne, das in wenig Wochen ein gar schmähliches Ende nahm und für die engagierten Künstler Glend und bittere Enttäuschungen im Gefolge hatte. Der Nachfolger des Herrn Weiß, Herr Direktor Fischer, übernahm dann selber wieder die Leitung des Theaters, das von dem Zwischenfall insofern wenigstens äußerlich profitiert hatte, als der Zuschauerraum in eine anständige Verfassung gebracht worden war. Mit der Bühne mußte Herr Fischer aber nichts Besseres anzufangen, als sie nach den bisher üblich gewesenen Prinzipien zu leiten. Die erste selbständige Tat bestand in der Dramatisierung eines „Lokal-Anzeiger“-Romans; ein Mittel, das auch in früheren Jahren zuweilen aus der Verlegenheit retten mußte. Dann kam am Sonnabend ein Stück auf die Bühne, das die Direktion selber als Sensationsdramma bezeichnete. „Die Diamanten des Sultans“ heißt das nach einem englischen Schredenroman zurechtgezeichnete Werk, in dem die Abenteuer eines unschuldig gefangen gehaltenen Menschen in einer Sprache zur Kenntnis des Publikums gebracht werden, die noch schrecklicher ist als die Handlung selbst. Die nicht allzu zahlreich versammelten Gäste folgten dem dramatisierten Verbrechen - Roman ohne sonderliches Interesse. Wann werden für die einzige Kunststätte im äußersten Osten bessere Tage hereinbrechen?

Theater. Im Deutschen Theater wird am Donnerstag, den 8. d. M., Bernard Shaw's Komödie „Helden“ (übertragen von Siegfried Trebitsch) zum ersten Male aufgeführt. — Im Velle-Alliance-Theater bleibt das mit großem Beifall aufgenommene Ottomeresche Werk „Harte u. Co.“ auf dem Abend-Repertoire. Die nächste Kindervorstellung findet Mittwoch nachmittag statt; zur Aufführung gelangt wiederum „Frau Holle“. Am nächsten Sonntag nachmittag geht „Die Waise von Lowood“ in Szene. Im Thalia-Theater rüflet man sich zur 100. Aufführung der Repertioffise „Der Weidkönig“; die nächste Aufführung von „Rar und Morig“ findet Sonnabend, den 10. Dezember, nachmittags statt. „Charleys Tante“ geht Sonntag nachmittag wiederum in Szene. — Central-Theater. Die Direktion hat von jetzt ab die Einrichtung getroffen, daß jeden Dienstag Vorstellungen zu ermäßigten Preisen stattfinden. Heute, Dienstag, wird zu ermäßigten Preisen „Das süße Mädel“, Operette in 3 Akten von Heinrich Reinhard zur Aufführung gelangen. — Im Schiller-Theater O. (Wallner-Theater) geht heute, Dienstag, Angengrubers Weihnachtskomödie „Heim gefunden“ zum erstenmal in Szene. Die Hauptrollen sind folgendermaßen besetzt: Dr. Arthur Hammer; Karl Dapper; Hermine; Betty Ullrich; Aloine; Eth. Hier; Thomas Hammer; Bernhard Herrmann; die alte Hammer; Agnes Werner; Föhnlein; Franz Nolan; Schrauber; Arthur Hellner; Florian; Max Patteg; Frau Kahl; Hermine Schumowka. Die Regie des Stückes führt Max Patteg. National-Theater. In der heutigen Festvorstellung wird neben den Gästen von der kgl. Hofoper, Frau Marie Göge und Herr Robert Philipp, noch Frau Elise Eichbaum-Deutloff als Baronin gastieren. — Mittwoch wird Franzeschina Prevost als Rosine im „Barbier von Sevilla“ auftreten und hierauf noch die Wahnsinnszene aus „Lucia von Lammermoor“ zur Darstellung bringen. — Im Residenz-Theater wird in der morgen Mittwoch zum erstenmal in Szene gehenden Komödie: „Herkules spielen“ (Les Dragees d'Hercule), Schwan in 3 Akten von Paul Vilhaid und Maurice Hennequin, deutsch von Max Schönau, in größeren Rollen besetzt: Felicie Callaly, Hermine Körner, Mira Krause, Martha Reichardt, Elsa Waldmann, Vera Witt, Richard Alexander, Ernst Bach, Karl Fren, Richard Georg, Eduard Kessler, Karl Leisner, Hermann Seidenes u. a. m.

Charlottenburg.

Das Charlottenburger Kaufmannsgericht. Nachdem das Ortsstatut betreffend das Kaufmannsgericht zu Charlottenburg vom Bezirksausschuß genehmigt ist, hat der Magistrat nunmehr den Wahltermin auf Freitag, den 6. Januar 1905, von 11—2 und 5—8 Uhr anberaumt. Es sind 24 Wähler, und zwar 12 Kaufleute und 12 Handlungsgehilfen zu wählen. Die Wähler aus dem Kreise der Kaufleute werden von den Kaufleuten, die Wähler aus dem Kreise der Handlungsgehilfen von den Handlungsgehilfen auf die Dauer von 3 Jahren gewählt. Ihre Wahl erfolgt nach den Grundbüchern der Verhältniswahl unter Beschränkung der Stimmabgabe auf Vorschlagslisten in der Art, daß nur für unveränderte Vorschlagslisten gestimmt werden darf. Gemäß Artikel 16 des Statuts werden die Beisitzigen aufgeführt, bis spätestens den 23. Dezember 1904 Vorschlagslisten der zu wählenden Wähler, getrennt für Kaufleute und Handlungsgehilfen, beim Magistrat (Stelle VI) einzureichen. Später eingehende Listen sind unzulässig. Jede Vorschlagsliste darf höchstens 12 Namen enthalten. Sie muß von mindestens 20 Wahlberechtigten der betreffenden Gattung mit Vor- und Zunamen, Beruf und Wohnung unterschrieben sein und ebenso einen in gleicher Weise bezeichneten, für etwaige weitere Verhandlungen bevollmächtigten Vertreter angeben. Zur Ausübung des Wahlrechts sind 8 Wahlbezirke gebildet, welche mit den Wahlbezirken der dritten Abteilung für die Stadtverordneten-Versammlung zusammenfallen.

Schöneberg.

Wie's gemacht wird. Man schreibt uns: Wie recht wir feinerzeit mit der Ansicht hatten, daß bei der Randsteiniederlegung des Stadt. Treuebrödt im achten Bezirk und der Annahme für ein dankbares Mandat im neunten Bezirk gewisse Absichten abgelehnt zu haben schienen, beweist die Auffstellung des früheren Stadtverordneten Valentin Fröhlich im erstgenannten Bezirk der zweiten Abteilung. Bekanntlich war dieser Herr bei den Ergänzungswahlen im vorigen Bezirk gegen unseren Parteigenossen D. H. unterlegen, und wenn er

uns auch noch sympathischer erschien als mancher seiner bürgerlichen Kollegen, so war es doch auffällig, daß man auf diese Weise einem früheren Stadtverordneten den Wiedereinzug ins Stadtparlament die Wege geebnet hat. Daß es indes trotzdem nicht an Gegnern dieser Kandidatur fehlt, beweist, daß in der betreffenden Wählerversammlung, die sich mit der Kandidatenaufstellung beschäftigte, der Gegner des Herrn Fröhlich, ein Kaufmann Buchholz, eine ansehnliche Stimmenmehrheit erhielt, und viele wollen nun auch, wie wir hören, an ihrem Kandidaten festhalten. Die Angelegenheit wirft immerhin ein eigenartliches Licht auf die Art und Weise, wie man wieder „Stadtver.“ werden kann.

Ueber die Wiedereinführung unseres Genossen Wollermann ins Stadtparlament verläutet bis jetzt immer noch nichts. Trotzdem nun bereits 14 Tage verfloßen sind, seit der Bezirksausschuß als Abgabe-Antrag unsern Antrag auf Gültigkeitsbeschränkung des Stadtverordneten-Randbais nachgelommen ist, scheint man in den maßgebenden Kreisen noch nicht daran zu denken, sich wenigstens über „weitere Schritte“ auszusprechen. Oder sollte die Begründung des Erkenntnisses so ungewöhnlich lange Zeit erfordern?

Nizdorf.

Vom städtischen Arbeitsnachweis verlangten im Monat November 182 Arbeiter insgesamt 319 Personen zur Beschäftigung und zwar: 33 Handwerker, 5 Fabrikarbeiter, 211 ungelernete Arbeiter, 10 Dienstmädchen, 11 Fabrikarbeiterinnen, 25 ungelernete Arbeiterinnen und 14 jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren. Beschäftigung gesucht wurde von 545 Personen, nämlich 60 Handwerkern, 42 Fabrikarbeitern, 33 ungelerneten Arbeitern, 11 Dienstmädchen, 31 Fabrikarbeiterinnen, 26 ungelernete Arbeiterinnen und 45 jugendlichen Arbeitern unter 16 Jahren. Davon erhielten Beschäftigung nachgewiesen: 29 Handwerker, 5 Fabrikarbeiter, 208 ungelernete Arbeiter, 7 Dienstmädchen, 11 Fabrikarbeiterinnen, 20 ungelernete Arbeiterinnen und 14 jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren, insgesamt 301 Personen.

Notawes.

Der Rechnungsabluß unserer Gemeindefasse für das Jahr 1903 weist eine Gesamteinnahme von 171 879,50 M. auf und eine Gesamtausgabe von 172 318,16 M., mithin eine Mehrausgabe von 438,66 M. Somit hat der Ort trotz der außerordentlich hohen Steuern einerseits und der größten Beschränkung in den Ausgaben andererseits mit einem Defizit zu rechnen. Da nun der Gemeinde in den nächsten Jahren für Einführung der Kanalisation, Straßensanierungen usw. ganz bedeutende Ausgaben bevorstehen, ist es erforderlich, daß sich endlich auch beim Gemeindevorstand die Erkenntnis Bahn gebrochen hat, daß so nicht weitergemirakelt werden kann, wenn die Gemeinde nicht gänzlich der Verarmung verfallen soll, worauf unsererseits schon bei der Erörterung hingewiesen wurde. Aus dieser Erwägung heraus machte der Amtsvorsteher in der nächstfolgenden Sitzung der letzten Gemeindevorstanderversammlung den Vorschlag, für unsern Ort eine Grundsteuer einzuführen. Da dieser Punkt nicht auf der Tagesordnung stand, konnte ein definitiver Beschluß nicht gefaßt werden, doch bewilligte die Vertretung dem Gemeindevorstand eine Summe von 300 M. zur Beschaffung der nötigen Grundbuchauszüge vom Katasteramt. Damit wäre der erste Schritt getan zu einer vernünftigeren und gerechteren Heranziehung des Grundbesitzes zu den Gemeindefassen. Hoffentlich werden bei der demnächstigen öffentlichen Beratung über diesen Punkt die bürgerlichen Vertreter die nötige Einsicht besitzen und dem Projekt ihre Zustimmung geben, damit der Gemeinde eine Einnahmequelle erschlossen wird, welche es derselben ermöglicht, ohne Schaden für die Gesamtheit den inneren Ausbau des Ortes in schnellerer Weise als bisher weiterzuführen.

Die erste gleislose Straßenbahn für Groß-Berlin ist dem Verkehr übergeben worden. Sie verkehrt zwischen dem Bahnhof Nieder-Schöneweide und der Ortschaft Johannisthal. Die den Omnibussen ähnlichen, elegant gebauten Personenvagen haben elektrischen Antrieb und beziehen ihre Kraft durch Kontaktböden aus Oberleitungsanlagen, die sich auf der Schaulose entlang ziehen. Bei den abgehaltenen Probefahrten, die bereits fahrplanmäßig durchgeführt wurden, bewährte sich die gleislose Straßenbahn, oder wie das neue Verkehrsmitel offiziell genannt wird, der gleislose elektrische Oberleitungsomnibus, recht gut. Die einzelnen Züge verkehren vorläufig in halbstündigen Abständen. Die Fahrtdauer beträgt acht Minuten bei einer normalen Geschwindigkeit von 14 Kilometer pro Stunde. Der Fahrpreis ist auf 10 Pf. festgesetzt.

Zu der Mitteilung aus Weiskensee, die von der Schiffschiffäre in der Familie Georgi handelte, teilt uns Herr Felix Georgi, der Sohn des Klempnermeisters, mit, daß er das Geschäft ohne Schulden übernommen und es auch ohne Schulden verkauft habe, und daß somit die Voraussetzungen für die erwähnte Handlung des Vaters nicht zuträfen.

In Ober-Schöneweide ist die Wahl unseres Parteigenossen Kaufholt feinerzeit für ungültig erklärt worden; dagegen hat die Gemeindevorstellung den Kandidaten der Katholiken, der ganze 49 Stimmen erhielt, jetzt für gewählt erklärt. Unsere Parteigenossen am Orte haben gegen dieses Verfahren Einspruch erhoben, da in solchen Fällen nach einem Urteil des Ober-Verwaltungsgerichts eine Neuwahl erforderlich ist.

Die Zukunft des Klosters Lehnin. Das alte Ritter- und Klostergut Lehnin ist feinerzeit dem Holzhändler Saran von zwei Potsdamer Industriellen abgekauft worden. Seitdem wurde es bis auf das Stammgut mit seinen historischen Bauwerken, die man nicht der Zerstörung preisgeben wollte, parzelliert. Jetzt hat der Restteil in dem Banker Max Abel aus Berlin seinen Käufer gefunden. Dem Berechnen nach ist beabsichtigt, das Grundstück dem Kaiser zur Verfügung zu stellen. Der Monarch ist bereits Besitzer des angrenzenden „Königsbaus“.

Parteilampf in der Provinz. Ein Massenprozeß, in welchem der freisinnige Reichstagskandidat Klaus Postel aus Alt-Thymen, Kreis Templin, die Hauptrolle spielt, gelangt am 8. Dezember vor der Strafkammer zu Prenzlau zur Verhandlung. 32 Personen aus Alt-Thymen haben auf der Anklagebank Platz zu nehmen. Bei der letzten Wahl besetzten sich im Kreise Templin die konservative und liberale Partei auf das schärfste und namentlich in Alt-Thymen schlugen die Wogen der Wahlbewegung besonders hoch. Der erstere Kandidat der Freisinnigen, Bauerngutbesitzer Klaus Postel, hatte im Orte einen großen Anhang. Seine Hauptgegner waren der Gemeindevorsteher Schildhauer, dessen Vorgänger Hermann Dahms und sein Bruder, Steuerheber F. Dahms, alle drei untereinander verfeindet. Gegen Postel wurde nun ein Flugblatt verbreitet, in dem er herabgewürdigt wurde. Dieses Flugblatt enthielt auch die spöttische Bemerkung, daß Postel während seiner Militärszeit es glücklich bis zum Offiziersbureau gebracht habe. Postel blieb die Antwort auf die gegnerischen Anzuspinnungen nicht schuldig und erhob namentlich in einer freisinnigen Wählerversammlung, die im März 1903 in Alt-Thymen stattfand, mehrfache Beschuldigungen gegen den Gemeindevorsteher Schildhauer und dessen beide Söhne. In der Debatte wurde von mehreren Gegnern hervorgerufen, daß in der Gemeinde jetzt eine vollständige Mißwirtschaft herrsche. Dem früheren Gemeindevorsteher Dahms wurden Diebstahlsfälle nachgesagt, die zu seiner Entlassung aus dem Vorsteheramt geführt hätten. Daneben ließen noch Beschuldigungen über Betrügereien, Entwidlungsvergehen usw. Wiederholt wiesen Redner darauf hin, daß der entlassene frühere Gemeindevorsteher noch heute Mitglied der Kreisynode, Kirchenältester und Schulvorsteher sei, trotz der begangenen Diebstahlsfälle. Die Versammlung genehmigte am Schluß einen Antrag, nach dem ein ausführlicher Bericht über den Verlauf der Versammlung und besonders über die erhobenen Beschuldigungen der Presse gegeben sollte. Dieser Bericht ist dann auch in einigen Zeitungen erschienen und zwar verberber mit den Unterchriften von 31 Kreisangehörigen von Alt-Thymen. Die Folge dieser Veröffentlichung war die Erhebung der Beleidigungsklage, die jetzt zur Verhandlung steht. Die meisten Angeklagten werden durch den Rechtsanwalt Walter Bahm-Verlin verteidigt.

Polizeischneidigkeit gegen Anarchisten.

In einem der kleinsten Schöffengerichts-Zimmer wurde gestern gegen zwölf Anarchisten wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz verhandelt. Angeklagt waren: der Schriftsteller Werner Karfunkelstein, Handlungsgehilfe Rudolf Lange, Korrektor Albert Jörnisch, Arbeiter Verthold Cahn, Postamentier Josef Stalinski, Schriftsteller Johannes Holzmann, Arbeiter Julius Grunwald, Schloßer Gustav Gladdasch, Maler Raphael Burchardt, Schankwirt Gustav Diesner, Schloßer Karl Schlagle, Stultateur Reinhold Röhr. — Karfunkelstein und Lange stehen außerdem noch unter der Anklage der Aufzorderung zum Widerstand gegen die Staatsgewalt. — Den Vorsitz führte Amtsgerichtsrat Wenzig, die Anklage vertrat Staatsanwalt Braut, als Verteidiger fungierten die Rechtsanwältinnen Viktor Fränkl und Dr. Halpert. — Es handelt sich um eine am 17. Mai in Franke's Restalen in der Sebastianstraße stattgefundene und polizeilich aufgelöste Volksversammlung. Der Angeklagte Karfunkelstein hatte in jener Versammlung den Vorsitz. Er behauptet, daß der überwachende Polizeibeamte zu einer Auflösung keine Betanlassung gehabt habe. Der Polizeileutnant Fröhlich sei bekannt dafür, daß er anarchische Versammlungen bei jeder sich bietenden Gelegenheit auflöse, und deshalb habe man mit aller Aufmerksamkeit die Bewegungen des Polizeileutnants verfolgt. Als der Referent die Worte gebrauchte: „Wir stehen auf dem Boden der Solidarität“, habe er bemerkt, daß sich der Polizeileutnant erheben wollte, und da sei er ihm zuvorgekommen und habe die Versammlung verläufig vertagt. Als dann Polizeileutnant Fröhlich die Auflösung der Versammlung erklärte, habe man in der Versammlung dies für ungesetzlich halten müssen, da der Beamte weder den Helm aufsetzte, noch angab, auf Grund welcher Paragraphen die Auflösung erfolge. Er (Angeklagter) habe der Versammlung erklärt, daß er die Auflösung für ungesetzlich halte, aber in seiner Weise den Anwesenden geraten, der polizeilichen Aufforderung keine Folge zu leisten. Im Gegenteil: er habe durch den Ruf: „Die Gänge frei halten!“ für freie Passage gesorgt. Die Versammlung sei ganz ruhig gewesen und habe den Saal verlassen. — Die übrigen Angeklagten gaben eine ähnliche Darstellung der Vorgänge. Der Angeklagte Lange bestritt noch entschieden, daß er zum Widerstand gegen die polizeiliche Anordnung aufgefordert habe. Die Versammlung habe sich etwa zum dritten Teile ruhig entfernt, die übrigen zögerten etwas und erst, als die in den Saal dringenden Schutzleute von dem Leutnant das Kommando „Schuppen runter!“ empfingen und damit die Gefahr bestand, daß Gewalt angewendet werden sollte, habe sich der Saal ganz geleert. — Dieser Darstellung widersprach Polizeileutnant Fröhlich entschieden. Vorstehend der Versammlung war Werner Daja, der nachher als Karfunkelstein festgehalten wurde. Das Thema des Abends war: „Was lehrt uns die heutige Arbeiterbewegung?“ Berichterstatter war der Angeklagte Stalinski. Der Zeuge behauptete, daß er schon die Auflösung ausgesprochen gehabt habe, als ihm der Angeklagte Karfunkelstein mit den Worten: „Die Versammlung ist vertagt!“ ins Wort gefallen sei. Er habe sofort laut und deutlich erklärt, daß diese Zwischenbemerkung gar keinen Einfluß ausüben könne. Die Tatsache, daß er in diesem Augenblick einen Helm nicht aufgehoben, sei ganz nebensächlich. Er habe dann den Helm aufgesetzt und seine Aufforderung, den Saal zu verlassen, mehrfach wiederholt. Karfunkelstein habe darauf seinerseits in die Versammlung hineingerufen: „Ich als Vertreter des preussischen Versammlungsrechts erkläre die Auflösung für ungesetzlich! Sihen bleiben!“ Er, der Zeuge, habe seine Aufforderung mindestens sechsmal wiederholt, man habe ihn aber ausgelacht und verhöhnt und er habe sich alle möglichen Zurufe gefallen lassen müssen. Karfunkelstein habe sogar die Tür schließen lassen und erklärt, daß sich die Schutzleute eines Hausfriedensbruchs schuldig machten, wenn sie in den Saal dringen würden. Schließlich habe man Hochs auf die anarchische Bewegung ausgebracht und der Rest der Anwesenden habe „Heil Dir im Siegerkranz“ gerufen. — Die Verteidiger wollten gern den Grund der Auflösung erfahren, um zu prüfen, ob sich der Beamte in der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes befunden. Polizeileutnant Fröhlich erklärte aber, daß er zur Angabe eines Grundes gesetzlich keine Verpflichtung habe und Befundungen nach dieser Richtung hin nur nach Genehmigung seiner vorgesetzten Behörde machen würde. Rechtsanwalt Dr. Halpert verwies auf §§ 5-8 des Vereinsgesetzes. Ein Polizeileutnant könne doch unmöglich nach Belieben eine Versammlung auflösen, es komme auf alle Fälle auf seine Berechtigung an. — Staatsanwalt Braut: Selbst wenn die Auflösung unberechtigt war, mußten die Anwesenden der Aufforderung folgen und konnten sich über den Beamten beschweren. — Zeuge Polizeileutnant Fröhlich weigerte sich nochmals, den Grund der Auflösung anzugeben. — Rechtsanwältin Fränkl beantragte demzufolge, die Genehmigung der vorgesetzten Behörde einzuholen, der Gerichtshof lehnte aber den Antrag ab. Auch über die Frage der Verteidiger: bei welchen Worten des Referenten die Auflösung der Versammlung erfolgte, lehnte der Zeuge eine Aussage ab. Auf weitere Fragen der Verteidigung beschränkte der Zeuge, daß die Versammlung während des Referats ruhig war. — Die Angaben des Polizeileutnants wurden von seinen mit überwachenden Beamten bestätigt. — Staatsanwalt Braut hielt die Angaben der Anklage durch die Beweisaufnahme für erwiesen. Unter Freisprechung der Angeklagten Diesner, Grunwald und Röhr beantragte der Staatsanwalt gegen die übrigen Angeklagten je 30 Mark Geldstrafe event. 6 Tage Gefängnis, außerdem noch gegen Karfunkelstein und Lange wegen Aufforderung zum Ungehorsam je zwei Wochen Gefängnis. — Die Rechtsanwältinnen Fränkl und Dr. Halpert beantragten aus juristischen und tatsächlichen Gründen die Freisprechung. — Der Gerichtshof sah von einer Freiheitsstrafe bei allen Angeklagten ab und verurteilte Karfunkelstein zu 50 Mark Geldstrafe, Lange zu 40 Mark, sprach Diesner, Grunwald, Röhr und Burchardt frei und verurteilte die übrigen Angeklagten zu je 20 Mark Geldstrafe.

Vermischtes.

Eine blutige Polterabendfeier. Anläßlich einer Polterabendfeier in der Wohnung des Dreihörgeleiters Ortman zu Stettin kam es zu heftigen Szenen. Der Brautgast Brandenburg beschuldigte den unter den Gästen befindlichen Schiffszimmermann Seid, bei der Feier mit seiner Braut, der Tochter des Ortman, unzulässige Handlungen vorgenommen zu haben, und drang mit dem Messer auf Seid ein; dieser erwiderte den Angriff dadurch, daß er den Brandenburg mit einer Bierflasche über den Kopf schlug. Letzterer holte sich nunmehr Hilfe, und Seid wurde nunmehr heftig mißhandelt. Seid griff plötzlich zum Revolver und feuerte auf seine Angreifer. Der Schuß traf den Arbeiter Neumann in die Schläfe, so daß dieser sofort verstarb. Der Mörder wurde sofort verhaftet.

Grubenunglück. Duisburg, 5. Dezember. Auf der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“ in dem benachbarten Hamborn erfolgte in dem Schachte ein Gerüstesturz, infolgedessen eine große Anzahl Steine auf die Bergleute fiel. Vier Bergleute wurden verschüttet, drei derselben sind tot, der vierte ist noch nicht geborgen.

Marktpreise von Berlin am 3. Dezember. Nach Ermittlungen des kgl. Polizei-Präsidenten. Für 1 Doppel-Zentner: Weizen**, gute Sorte 17,70—17,90 M., mittel 17,68—17,67 M., geringe 17,66—17,65 M. Roggen**, gute Sorte 14,10—14,09 M., mittel 14,08—14,07 M., geringe 14,06—14,05 M. Futtergerste**, gute Sorte 15,70—14,70 M., mittel 14,60 bis 13,60 M., geringe 13,50—12,50 M. Hafer**, gute Sorte 16,40—15,60 M., mittel 15,50—14,70 M., geringe 14,60—13,90 M. Erbsen, gelbe, zum Kochen 40,00—30,00 M. Erbsen, weiße 30,00—30,00 M. Linsen 60,00—30,00 M. Kartoffeln 9,00—7,00 M. Rübölroh 5,00—4,82 M. Senf 8,90—7,50 M. Für ein Kilogramm Butter 2,80—2,00 M. Eier per Schock 4,50—3,20 M. *) Drei Bogen und ab Bahn. **) Ab Bahn.

Wasserlauf am 3. Dezember. Elbe bei Ruffig + 1,50 Meter, bei Dresden + 1,40 Meter, bei Magdeburg + 0,99 Meter. — Havel bei Straußfurt + — Meter. — Oder bei Rathow + 1,78 Meter, bei Brieslau Ober + 5,08 Meter, bei Brieslau Unter + 0,61 Meter, bei Frankfurt + 1,89 Meter. — Warthe bei Posen + 0,88 Meter.

A. JANDORF & Co

SPITTELMARKT 16/17
Ecke Leipziger Strasse

BELLE ALLIANCE-STR. 1/2
Am Bücherplatz

GROSSE FRANKFURTER STR. 113
Ecke Andreas-Strasse

BRUNNEN-STR. 19/21
Ecke Veteranen-Strasse

Wir verabfolgen im Laufe dieser Woche
von heute Dienstag den 6. bis Sonnabend den 10. Dezember

Gratis Photographie-Bons

bei einem Gesamteinkauf von 5 Mark an.

Bei Bezahlung bitten wir an der Kasse einen Photographie-Bon zu verlangen.

**Puppen und Spielwaren
Pfefferkuchen — Baumschmuck.**

5 Mark
1/4 Dutzend
Prinzess

10 Mark
1/2 Dutzend
Prinzess

15 Mark
1/4 Dutzend
Griseldis

20 Mark
1/2 Dutzend
Griseldis

Kaufe bei Jandorf

Spare bei Jandorf

Unsere photographischen Ateliers sind von
morgens 8 Uhr bis abends 9 Uhr geöffnet.

Auf Wunsch werden für Prinzess „Visit“- und
für Griseldis „Cabinet“-Bilder angefertigt.

Dr. Simmel, Prinzen-
Str. 41,
Spezialarzt für
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7, Sonntags 10-12 2-4

Hermann Günther
Straussbergerstr. 21
an der Gr. Frankfurterstr.
CIGARREN · CIGARETTEN · TABAKE
Beste Qualitäten. Preiswert.

Vorzugs-Preise für Felle u. Fell-Teppiche



nur so lange der Vorrat reicht, echt chinesische
Ziegenfelle
in grau, weiß, wolf- und braunbärfarbig
a 10, 8, 6, 50 und **5** Mark.

Angora-Lammfelle
Pracht-Exemplare, schneeweiß, besonders langhaarig,
90x175 groß, nur **7, 50** M.

Echt sibirische
Wölfe **8, 50** M.
mit Kopf u. Gebiß
a 25, 20, 18, 12 u.

Dingofell-Teppiche
m. Futter u. wattiert,
a 18, 12, 10 und **6, 75** M.

Echt englische
Angorafelle
besonders langhaarig, m. Seidenglanz, in allen existierenden Farben,
a 12, 50, 10, 8, 6 u. **4** Mark.

Ferner große Auswahl in echten Fellen m. Kopf u. Gebiß, wie Tiger, Panther, Braumbär, Puma-Löwe und Eisbär sowie alle Arten echter Fell-Teppiche, Wagen- u. Schlittendecken, Pelz-Fußsäcke, Pelzschuhe, Jagd-Ruffen, Pelz-Diwandecken u. Pelz-Vorlagen m. Fußtasche
jetzt zu enorm billigen Preisen.
Teppich-Haus
B. Hurwitz, Rotes Schloß,
vis-à-vis dem National-Denkmal.
Teleph. Amt I. 8311.

Vertrauen

muss jede Hausfrau einem Nahrungs- und Genussmittel entgegenbringen, dessen Güte amtlich durch Verleihung der Königl. Preuss. Staatsmedaille anerkannt worden ist. Diese Auszeichnung ist allein unter allen Margarine-Fabriken nur der

MOHRA

-Margarine-Fabrik zuteil geworden. MOHRA wird aus feinsten Fetten, Milch und Sahne hergestellt, wie Naturbutter auf Brot gegessen und ist zum Kochen, Braten und Backen unentbehrlich.
Ueberall käuflich.

Man verlange nur MOHRA-Margarine.

Ziehung 30. und 31. Dezbr. zu Baden-Baden.

Badische Lose à 1 Mk.

11 Lose 10 Mk., Porto und Liste 30 Pf. Pferdegew. günstig verkäuflich geg.

Baar-Geld.

4565 Gewinne Gesamt-wert

100 000

1 à **10 000**

1 à **5 000**

1 à **4 000**

2 à **3 000 = 6 000**

5 à **2 000 = 10 000**

5 Gewinne zus. = **5 000**

50 Gew. zus. = **30 000**

1500 à **10 = 15 000**

3000 à **5 = 15 000**

Badische Lose versendet: General-Debit

Lud. Müller & Co.

Berlin, Breitestr. 5. Telegr.-Adr.: Glücksmüller

5 3/4 Pfund Brot 50 Pf.

(Backware 6 Stk. 10 Pf.)

Albrechts Bäckereien:

Wrongelstr. 135, Kranzstr. 19, Goldschmidtstr. 28, Lankwitzerstr. 2, Marktstraße 10, Stand 222/23, Markthalle Andreasstr., Stand 10/18, Centrale: Vorlagenerstr. 13.

Josefki Cigaretten
Erstklassige deutsche Fabrikate

H. & P. Uder, Berlin SO. 10. Engel-Ufer 5. 448L
Tabakfabrik.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer in
Zigarren, Zigaretten,
Rauch-, Kau- und Schnupftabaken.
Amt 4, 3014.

Partei-Nachrichten.

Königsberg.

Die Buchhandlung Vorwärts gibt soeben das zweite Heft der Ausgabe des Königsberger Prozesses heraus. In dieser Lieferung wird die Reichstags-Interpellation vom 16. Januar d. J. und die Gegenaktion des Abgeordnetenhauses vom 22. Februar dargestellt. Es wird u. a. der Nachweis geführt, daß der Justizminister Schönstedt im preussischen Abgeordnetenhause nicht nur, was schon bekannt war, mit gefälschten Zitaten gearbeitet hat, sondern auch, daß er diese Fälschungen vorgebracht hat, obwohl die benutzten Uebersetzungsauszüge des Dr. Most korrekt waren. Neben der Würdigung neupreussischer ministerieller Moral kommt auch die ministerielle Komit zum Ausdruck. Der Nachweis, wie Herr v. Hammerstein blutige Zitate aus dunklen Polizeiquellen verwertet, dürfte überall Gelächter hervorrufen. Im Anschluß an diese parlamentarischen Verhandlungen werden endlich die Beziehungen zwischen Polizei, Post- und Zollbehörden auf Grund des Altenmaterials dargelegt. Für die preussische Epigonalwirtschaft werden dokumentarische Belege gegeben, die zum Teil trotz allem, was man auf diesem Gebiete schon gewöhnt ist, noch überraschend wirken werden. Aus Polizeiberichten selbst wird der Nachweis geführt, daß die Polizei sich tatsächlich bis in die intimsten Verhältnisse hineindrängt und das dort Ermittelte politisch verwendet.

Das Internationale sozialistische Bureau macht jetzt bekannt: Der Genosse Victor Serov, bisheriger Sekretär, hatte um seine Entlassung gebeten, da er in seiner Eigenschaft als Sekretär des Bundes der belgischen Genossen zu sehr beschäftigt sei. Als seinen Nachfolger bringt das Brüsseler Exekutivkomitee den Genossen Camille Guzman in Vorschlag, der, wie inzwischen schon gemeldet, auch gewählt wurde.

Bei den Gemeindevahlen in Pirmaſens wurden sechs Parteigenossen gewählt, während die Partei bisher nur ein Mandat hatte. In Speyer behauptete die Partei ihre bisherigen sechs Mandate.

Totenliste der Partei. Ein Veteran der Arbeiterbewegung, der Genosse Robert Sasse, ist in Hannover im Alter von 84 Jahren gestorben. Der Verstorbene war seinerzeit Mitglied des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins und eifrig für die Partei tätig. Leider war er seit Jahren invalide und konnte deshalb nicht mehr so für die Partei arbeiten wie früher.

Ein neues Partei-Organ ist unter dem Titel „Der Vorbote“ in St. Gallen erschienen. Als verantwortlicher Redakteur zeichnet der Arbeitersekretär Genosse Böhmstein. Der Zweck des „Vorboten“ ist nach der Erklärung der Herausgeber folgender: „Derselbe soll neben der Propaganda für den Sozialismus, die gewerkschaftliche und genossenschaftliche Bewegung auch zugleich als Agitationsmittel für die Gründung einer täglichen sozialdemokratischen Zeitung für die Ost-Schweiz dienen.“

Soziales.

Soziales Elend der Jugend infolge mangelhafter Fürsorge.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß unliebsame Erscheinungen, welche eine natürliche Folge der kapitalistischen Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft sind, von den berufenen Vertretern dieser Gesellschaft auf das persönliche Schuldkonto derjenigen gesetzt werden, an denen solche unliebsamen Erscheinungen sichtbar werden. Wenn Kinder verwahrlosten, weil die in harter Arbeit ums Brot ringenden Eltern sich nicht um ihre Erziehung bemühen konnten, so erscheinen derauf vernachlässigte und deshalb verwahrloste Geschöpfe den fatten Vertretern der bürgerlichen Moral als Schuldige, und die Zwangs-erziehung, welche diese Schuldigen bessern soll, kennt in der Regel keine anderen Mittel als strenge Zucht, bei der die Knute und die Kirchenströmigkeit eine Hauptrolle spielt, weshalb denn auch die Erziehungsanstalten für Verwahrloste meist einer Strafanstalt viel ähnlicher sehen, als einem Erziehungsheim. Nur wenige einsichtige Angehörige der bürgerlichen Klasse vertreten in dieser Hinsicht vernünftige Anschauungen. Einer dieser wenigen ist Herr Direktor Pflaſ, der die Erziehungsanstalt für Verwahrloste in Pehldorf leitet.

Direktor Pflaſ, der als praktischer Fachmann auf dem Gebiet der Verwahrlosten-Erziehung gelten kann, hielt am Freitag im Verein „Frauenwohl“ einen Vortrag über das oben angegebene Thema. Um einen Ueberblick über die Ausdehnung der Verwahrlosung der Jugend zu geben, zog er die Angaben der Statistik heran. Sie zeigen, daß die Kriminalität der jugendlichen Personen ständig zugenommen hat. Während die Statistik für Deutschland im Jahre 1882 80 000 jugendliche Personen aufweist, die sich strafrechtlich vergingen, stieg deren Zahl bis zum Jahre 1902 auf 54 000, obgleich das Fürsorge-Erziehungs-Gesetz damals schon seit zwei Jahren in Kraft war. Unter den weiblichen Personen, die der Fürsorge-Erziehung überantwortet wurden, ist ein großer Prozentsatz solcher Mädchen, die, kaum aus der Schule entlassen, ja zum Teil schon im schulpflichtigen Alter, der Prostitution verfallen waren. Der Vortragende betonte, daß, wo sich solche Erscheinungen am Volkslörper zeigen, auf das Vorhandensein tiefen sozialen Elends geschlossen werden muß. Solche betrübenden Erscheinungen sind nicht zu suchen in subjektiven Ursachen, nicht in persönlichen Verschulden der Verwahrlosten oder ihrer Eltern, sondern man wird sie erklären müssen aus objektiven Ursachen, zerrütteten Familienverhältnissen, die eine Folge der industriellen Entwicklung sind. Haben doch, wie festgestellt ist, vier Fünftel aller Familien, deren Kinder in Zwangs-erziehung gegeben worden sind, ein Einkommen von weniger als 900 M. jährlich, sie leben also in Verhältnissen, wo die Arbeit für das tägliche Brot die Sorge für die Erziehung der Kinder unmöglich macht. Zwar ist der Vortragende der Meinung, daß neben der objektiven, in den Verhältnissen begründeten Schuld an der Verwahrlosung auch ein subjektives Verschulden, Trunksucht des Vaters, Unglück der Mutter usw. vorliegt, die Hauptschuld an der Vernachlässigung der Kindererziehung schreibt er jedoch den sozialen Umständen zu, und er meint, daß kein Leiter einer Fürsorge-Erziehungsanstalt sich dieser Einsicht verschließen dürfe, wenn er seine Aufgabe erfüllen soll. Wenn auch der Familie die erste Aufgabe der Erziehung zufalle, so könne sie diese Aufgabe doch oft nicht erfüllen. Viele Mütter stehen vor der Frage, ihre Kinder entweder verhungern oder verwahrlosen zu lassen.

Während der Vortragende in der Erkenntnis der Ursachen des sozialen Elends, welches die Verwahrlosung vieler Kinder bedingt, das Richtige traf, kam er in den Vorschlägen, die er zur Steuer des Elends empfahl, nicht über den engen Horizont der bürgerlichen Gesellschaft hinaus. Er erkannte an, daß es fast nur die Not ist, welche Eltern treibt, ihre Kinder erwerbsfähig, sei es im Handel oder der Straße, sei es in irgend einem Gewerbe, arbeiten zu lassen. Um dieser Not der Eltern zu steuern, wählte er jedoch kein anderes Mittel anzugeben, als daß höhere Summen als bisher für Armenunterstützung ausgegeben werden sollen. Um einen Ersatz zu schaffen für

die Erziehung, die das proletarische Elternhaus den Kindern nicht geben kann, fordert der Vortragende, daß der Staat für die Erziehung der Jugend in weitergehender Weise Sorge, wie es jetzt geschieht. Der Staat habe die Pflicht, die Kinder zu tüchtigen Bürgern heranzubilden und sie für ihren künftigen Beruf zu erziehen, es müsse deshalb nach beendeter Schulzeit ein Fortbildungsunterricht für Knaben wie für Mädchen ein-geleitet, der die Aufgabe habe, die in der Schule erworbenen Kenntnisse auf die Verhältnisse des Lebens praktisch anzuwenden, und das heranwachsende Geschlecht für die Aufgabe, die es im Leben zu erfüllen hat, tüchtig und bereit zu machen.

In seinen Ansichten über die Grundsätze, nach denen die Fürsorge-Erziehungsanstalten geleitet werden müssen, erwies sich der Vortragende als einsichtiger Pädagoge, dessen Standpunkt sich von den hergebrachten Anschauungen scharf unterscheidet. Er vertrat diesen Standpunkt besonders nachdrücklich in seinem Schlusssatz, nachdem in der Diskussion verschiedene Einwendungen gegen einzelne seiner Ausführungen gemacht worden waren. Mit Freuden, sagte er, kann man keinen Verwahrlosten bessern. Mit Liebe muß man die Jüglinge behandeln, und wenn man die Verhältnisse berücksichtigt, die sie zu dem gemacht haben, was sie sind, dann wird man gerecht gegen sie sein und sich so ihr Vertrauen erwerben. Die Fürsorge-Erziehungsanstalten sollen nicht den Charakter von Gefängnissen tragen. Keine vergitterten Fenster, keine Glascherben auf der Mauer, keine Aufseher mit Seitengewehren, keine Gummischläuche als Strafinstrumente, keine rohe Behandlung der Jüglinge. Durch solche Mittel kann niemand gebessert werden. Wer auf solche Weise innerhalb der Anstalt in Zucht gehalten wird, der pflegt gleich wieder in seine alten Fehler zurückzufallen, sobald er die Anstalt verläßt. Der Vortragende verwies auf die unter seiner Leitung stehende, mit etwa 1200 Jüglingen besetzte Anstalt, wo die von ihm vertretenen Grundsätze angewandt werden. Dort übt man nicht die strenge Zucht in hergebrachtem Sinne, sondern man erzieht die jungen Leute zur Selbständigkeit und man geht darauf aus, den in jedem Menschen vorhandenen, unter ungünstigen Verhältnissen entartenden Trieb nach Lebensfreude zu wecken. Es ist deshalb dafür gesorgt, daß die Jüglinge in der Anstalt Freude finden an geselligen Spielen. Es wird musiziert, gefungen, Theater gespielt und dergleichen mehr. Die Jüglinge haben ihre Vereine, die sie selbst verwalten. Die Verwaltung der Anstalt selbst ist eine konstitutionelle. Die Direktion bildet gewissermaßen den Bundesrat, während die Jüglinge das Parlament darstellen. Auf solche Weise werden die jungen Leute mit gutem Erfolge zu selbständigen Menschen erzogen und der Körpergeiſt wird gepflegt. Selten kommt es vor, daß ein Jügling aus der Anstalt entweicht, woran ihn weder Fenstergitter noch Glascherben auf der Mauer hindern. Die Entwichenen kommen meist selbst wieder zurück, und dann ist es nicht die Direktion, welche sie zu fürchten haben, sondern die Wächter der Anstalt, die es als Verstoß gegen den Körpergeiſt betrachten, daß einer aus ihren Reihen der Anstalt entweicht.

München, 4. Dezember. Bei äußerst stauer Wahlbeteiligung fanden heute die Wahlen zum Kaufmannsgerichte statt. Abgegeben wurden insgesamt nur 1737 Stimmen. Auf die Liste des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands fielen 334, auf die Kompromißliste von neun kaufmännischen Vereinen 804, auf die des Deutsch-nationalen Handelsgesellenverbandes 509 Stimmen. Es kommen auf die erste Liste neun, auf die zweite Liste 23 und auf die dritte Liste 13 Weisiger.

Aus der Frauenbewegung.

Der Kampf um die Frauarbeit im Handelsgewerbe

wurde am 2. Dezember in einer gut besuchten Versammlung von Handlungsgehilfen und Gehilfeninnen fortgesetzt, welche in den Zentralvereinen, Alte Jakobstr. 32, stattfand. Einberufen war diesmal der Zentralverband der Handlungsgehilfen und Handlungsgehilfeninnen, Bahnhofsstr. Berlin, und das Referat über: „Frauenarbeit im Handelsgewerbe“ hielt Julius Kaliski. Vor etwa 1500 Jahren, so begann er, habe man sich auf einem Kirchentage mit der lebenswichtigen Frage beschäftigt, ob das Weib als Mensch zu betrachten sei, ob es eine Seele habe. Nach langatmigen Diskussionen kam man zur Ueberzeugung, daß ein endgültiges Urteil nicht gefällt werden könne, daß aber sicher die Frauen zum jüngsten Gericht als Männer aufzusehen würden. So oft er nun in Handelskreisen diskutieren höre, ob die Frauarbeit berechtigt sei, fielen ihm immer die Kirchensätze von Anno dazumal ein, die aber doch noch die Entschuldigung für sich hätten, vor 1500 Jahren gelebt zu haben. Dieses Diskutieren über die Berechtigung der Frauarbeit sei ein Zeichen für die sozialpolitische Rückständigkeit und Unwissenheit des größeren Teils der männlichen Kollegenſchaft. — Redner weist dann nach, daß das Vordringen der Frau im Handelsgewerbe genau so notwendige Folge der modernen sozialen und ökonomischen Entwicklung sei, wie in der Industrie. Die Entwicklung zum Großbetrieb im Engros- und Detailhandel habe erst das massenhafte Eindringen der Frauen ermöglicht und das Zerbrechen der wirtschaftlichen Selbständigkeit vieler Angehöriger des „Mittelstandes“ es unter anderem wesentlich gefördert. Die Mehrzahl der Mädchen sei durch die bittere Not in das Handelsgewerbe hineingetrieben worden. Daran könne man den Unmut des Verlängens erkennen, daß sie aus dem Gewerbe hinausgetrieben werden sollten. Man sage, die fittliche Würde der Frau leide, wenn sie ins Geschäftslieben trete; sie verliere auch die Eignung für eine gute Mutter und zärtliche Gattin. Sonderbar, daß die Herren nicht auf den Gedanken gekommen seien, so lange es sich nur um die Beschäftigung von proletarischen Frauen in der Industrie handelte, es nur Frauen des Proletariats waren, die hochschwangeren Leibes auf Bauten Steine schleppen usw. Da hätten die Herren Kollegen ihre Stimme nicht erhoben. Nein, nicht eher, als bis sie sich selbst bedroht sahen durch die Frauarbeit im Handelsgewerbe. (Stürmischer Beifall.) Lebhafte Unruhe bei den zahlreich erschienenen Deutsch-Nationalen.) Man verschone uns mit diesem erbärmlichen Sittlichkeitsmämeln, das man einer wirtschaftlichen Interessenvertretung umhänge. Nur um eine solche sei es den Feinden der Frauarbeit zu tun. (Sehr richtig!) Das riesige Ansehnen der Zahl weiblicher Angestellter sei ein Beweis des wirtschaftlichen Druckes, der die Frauen und Mädchen zwingt, irgendwo unterzukommen. Und durch die Arbeitsteilung in den Großbetrieben sei es möglich geworden, daß aus allen Schichten, auch aus den rein proletarischen, immer mehr Frauen in das Handelsgewerbe eindringen, weil durch die Arbeitsteilung die Ausbildungsnotwendigkeit herabgesunken sei, viele der Tätigkeiten kein besonderes Maß kaufmännischer Vorbildung erforderten. Wer bei der heutigen Proletarisierung im Handelsgewerbe die Frauen ausschließen oder ihnen den Beruf erschweren wolle, der schade nur sich selbst, weil er einen gemeinschaftlichen wirtschaftlichen Kampf aller Handelsangestellten gegen die Unternehmer hindere und die gesamte Bewegung auf das empfindlichste schade. — Redner geht dann auf verschiedene ebenso beliebte wie törichte Einwände der deutsch-nationalen Handlungsgehilfen gegen die Frauarbeit spezieller ein, wobei es zu recht lebhaften Zwischenfällen mit den im Saale anwesenden Deutsch-Nationalen kommt. Höhnische Zwischenrufe der Herren veranlassen Kaliski zu einer scharfen Kennzeichnung des teutschen Mannes, der sich unter anderem auch schon darzu gezeigt habe, daß liebe Kollegen sich im Schrank verstecken, als die Polizei zur Sonntagkontrolle kam. In einem Berliner Geschäft

hätten 18 Kollegen auf einen Sonnabendabend einlaufenden Koblerbrief: „Sie sollen Sonntag im Geschäft sein“, Oeder patiert, während zwei Gehilfeninnen, die dem Zentralverband angehörten, einfach nicht am Sonntag kamen. Das sei ein Stückchen gewerkschaftlicher Erziehung, an dem die Deutsch-Nationalen lernen könnten.

Auf jeden kritischen Dieb und besonders bei Angewiesung ihres Kampfesmittels antworteten die Herren mit einem wundervoll klappenden, scheinbar harmlos geäußerten Hohngelächter. Eine eigentliche Störung erfolgte jedoch nicht. — Kaliski verwies weiter auf die Stellungnahme der Deutsch-Nationalen zur Frage der Fortbildungsschule. Wenn sie, aus Schilane gegen die Frauen, den obligatorischen Fortbildungsunterricht für die Frauen verweigern, so schlugen sie sich selbst, ihren eigenen Wünschen damit ins Gesicht. Denn nicht beschränkt oder beschränkt werde dadurch die Frauarbeit, sondern künstlich gefördert, indem dem Unternehmer bei Nichtbeziehung der Mädchen in die Fortbildungsschule versucht werde, durch Reheinstellung von Mädchen sich die Beschränkungen vom Hause zu halten, die der Ausbeutung der jugendlichen männlichen Angestellten doch durch ihre Teilnahme am Fortbildungsunterricht erwachsen. Redner streift die Entstehungsgeschichte des deutsch-nationalen Verbandes und aus des Verbandes weiblicher Angestellter, um darzutun, daß sie eigentliche Kampforganisationen nicht seien und nicht sein könnten, trotz mancher Wandlung, zum Beispiel im Verband weiblicher Angestellter, und hob dann den Zentralverband, der Kollegen und Kolleginnen vereinige, als empfehlenswerte Organisation hervor. Zum Schluß sprach er die Erwartung aus, daß die Entwicklung der so äußerst notwendigen Zusammenschluß aller männlichen und weiblichen Angestellten des Handelsgewerbes in einer Organisation auch noch bringen werde. Unter Beiseiteaffung aller Gegensätze sollte die Handlungsgesellschaft einig den Kampf, der geführt werden müsse, mit dem einen gemeinsamen großen Feinde, dem Unternehmertum, aufnehmen. (Stürmischer Beifall.)

Dr. Silbermann vom Verband weiblicher Angestellter stellt gegenüber einer Aeußerung des Referenten fest, daß seit neun Jahren seitens der Verbandleitung bei den Prinzipalen keinerlei Versuch mehr gemacht worden sei, auf sie einzuwirken, daß sie die weiblichen Angestellten mit Rücksicht auf die Krankenkasse des Verbandes dienst zuführen sollten. Man möge doch Ueberwindenes ruhen lassen.

Dann kam Herr Beckl vom Verband deutsch-nationaler Handlungsgehilfen zum Wort, von seinen Freunden mit vielstimmigen Heil Heilrufen begrüßt. Der Herr brachte es fertig, als Diskussionredner 1 1/2 — eine und dreiviertel — Stunden zu sprechen, um seinen Standpunkt zur Frauenfrage darzulegen, recht lang und breit. Mit einer wahren Lammesgebilde verschaffte ihm der Vorsitzende Friedländer, wenn es der Versammlung nicht mehr erträglich schien, immer wieder Gehör. Zunächst sprach er eine halbe Stunde lang darüber, wie furchtbar gefährlich sein Verband den Prinzipalen vorkomme. Nach seinen Worten ist der deutsch-nationale Verband der mutvollste und kampfbereueste. Die endlose Auseinandersetzung seines Standpunktes, über den man sich übrigens auch aus der Broschüre des Verbandsvorstandes Schad unterrichten kann, läßt sich kurz so zusammenfassen: Jede Frau muß einen Beruf haben. Beruf ist aber nicht gleichbedeutend mit Brot-erwerb. (Zwischenruf: Wobon soll sie leben? Heiterkeit.) Der Beruf ist eine vollkommen bedrückende Tätigkeit. Die Befriedigung kann die Frau nur in einem Beruf finden, der ihrer Natur entspricht. Der Beruf darf nicht den Hauptberuf der Frau verhindern oder erschweren. Dieser Beruf ist das Empfangen und Gebären von Kindern; der Mutterberuf. Zu den nach diesen großzügigen Grundsätzen für die Frau sich nicht eignenden Berufen gehört das Handelsgewerbe. Warum? Darum. Es ist so. Und der Ausweg? Staat und Kommunen sollen das Sanitätswesen, die Krankenpflege, die Armenpflege usw. vervollkommen und Frauen dort beschäftigen, der Staat soll eine Heiratspolitik betreiben, die Verhältnisse der Dienstboten sollen durch die soziale Gesetzgebung so gut gestaltet werden, daß viele Frauen mit Freunden Hausangestellte werden. Und dergleichen mehr. — Erfolg der schönen, noch mit nationalen Wraſen gespickten Rede bei seinen Freunden: Stürmischer Beifall und: Heil Heil Heil!

Ihm folgte Herr Schneider vom Verband weiblicher Angestellter. Es ist bereits 5 Minuten vor 1 Uhr nachts, die Versammlung aber immer noch ziemlich vollzählig. Schneider, der ein äußerst gemänder Redner ist, verstand es ausgezeichnet, den Gedankengang Beckls als durchaus utopisch zu erweisen und darzutun, daß man damit nichts ausrichte gegenüber den geschäftlich gewordenen Tatsachen. Auch viele logische Schmitzer des Redners wies er auf. Bezüglich der Frauarbeit im Handelsgewerbe vertritt Redner ziemlich denselben Standpunkt wie der Referent Kaliski. Auch hält er eine große gemeinsame Organisation beider Geschlechter für notwendig. Er meint indessen, eine Fusion des Verbandes weiblicher Angestellter mit einem der bestehenden kaufmännischen Verbände sei so lange nicht denkbar, als bei den in Betracht kommenden Verbänden noch nicht v o l l s t ä n d i g e parteipolitische Neutralität gewahrt werde. Diese vernimmt er. Mit seinen Ausführungen gegen Beckl erntete Redner mehrfach starken Beifall.

Nach einem Schlußwort Kaliskis und einigen persönlichen Bemerkungen schloß um 2 Uhr nachts die Versammlung mit Hochrufen auf den Zentralverband, in die sich das Heil Heil mischte.

„Was ist Religion?“, so lautete das Thema eines Vortrages, den Herr Dr. Raurenbrecher Montag, den 28. November, im „Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse“ hielt. Der Referent führte etwa folgendes aus: Die Heftigkeit, mit der in den jetzigen Diskussionen über die Schule aus den Kreisen des Proletariats heraus immer wieder der religiöse Unterricht und jeder kirchliche Einfluß in der Schule bekämpft werde, lege die Frage nahe: Was ist die tiefste Ursache dieser feindseligen Stellung der Arbeiterschaft gegenüber der Religion? Der in den letzten Debatten im Arbeiterinnen-Verein vielfach hervorgehobene Gegensatz zwischen moderner Wissenschaft und kirchlichem Glauben sei — seiner Ansicht nach — nicht das eigentlich Ausschlaggebende; denn die freieren kirchlichen Richtungen hätten vielfach die Erkenntnisse der Wissenschaft gleichsam in sich aufgenommen — ebenjowenig tiefe und falsche das Christentum mit einzelnen Dogmen, etwa dem Wunderglauben, dem Begriff der Dreieinigkeit usw. Andererseits gebe es auch heute noch zahlreiche Gelehrte und Wissenschaftler, die aufrichtig religiös gesinnt seien. Die Ursache jener feindseligen Stellung müsse deshalb tiefer liegen. Wollen wir sie erkennen, so müssen wir zunächst fragen: Woraus entspringt überhaupt religiöses Gefühl? Abgesehen von allen besonderen Dogmen ganz allgemein aus den von jeder Erkenntnis unabhängigen ideologischen Grundtrieben des Menschen, aus der gleichen Quelle, aus der auch alle Schönheits-, Kunst- und ethische Empfinden fließt. Dieses ideologische Bedürfnis ist zugleich eine der Wurzeln der sozialistischen Weltanschauung. Dennoch sieht die Lebensauffassung der christlichen Religion nach bestimmter Richtung hin in scharfem Gegensatz zu dem Grundgedanken des proletarischen Sozialismus, einem Gegensatz, der eben die feindselige Abwendung der modernen Arbeiterschaft von Kirche und Religion erkläre. Das Christentum ist in seiner Lebensauffassung durchaus pessimistisch; es sieht auf Erden keine Lösung für den Schmerz und die Qual des Daseins und hat deshalb als Trost für das Leid der Menschheit den Glauben an ein Jenseits gewendet. Auch die sozialistische Lebensauffassung ist tief pessimistisch in bezug auf unsere heutige Welt. In schroffem Widerspruch zu der Lehre von einem alles veröhnenden Jenseits tritt sie jedoch die Lösung des Leidens durch eine völlig veränderte soziale Organisation. Darum sucht das Christentum die höchste Vollkommenheit in passivem Dulden, der Proletarier und Sozialist in starker und behaupteter Auflehnung gegen das Leid, in festem Zusammenschluß mit seinen Massen Genossen und in gemeinsamen Kampf. Diese Gegensätzlichkeit der Grundanschauung in eine eine unversöhnliche Feindschaft des Sozialisten gegenüber dem Christentum erzeugen, das zwar ursprünglich auch eine Art proletarischer Revolution dargestellt habe, aber nicht, wie der Sozialismus,

etner aktiven, sondern einer rein träumerischen, einer Phantasie-revolution. Damals war nach dem Stande der Technik und der menschlichen Gesellschaft eine tätige Abwehr des Leidens auch tatsächlich unmöglich; man konnte nur, wie das Christentum, das Elend der Menschen zu verschleiern suchen, indem man sie auf den Himmel bezog. Heute haben die Fortschritte der Technik die Grundlagen einer neuen Gesellschaftsform geschaffen, die Qual und Not schon auf Erden aufhebt, und deshalb könnte jede religiös-Christliche Verschleiерung des Leidens heute nur eine Hemmung des menschlichen Fortschrittes darstellen, der gerade auf der klaren Erkenntnis des proletarischen Elends beruht.

In bezug auf das tatsächliche Verhalten der Arbeiterschaft gegenüber Religion und Kirche meinte der Referent: der so heftig und allseitig bekämpfte Religionsunterricht in der Gemeindeschule sei vielleicht nicht ganz so irreführend und gefährlich für die Jugend, wie allgemein angenommen werde, weil ja das proletarische Haus mit seinen Bestimmungen ein außerordentlich hartes Gegengewicht biete. Ebenso halte er den häufig geforderten Erlass des Religionsunterrichts durch den Jugendunterricht der freireligiösen Gemeinde nicht für sehr zweckmäßig, da auch dort nicht eigentlich proletarische Sittenlehre, sondern, je nach dem Vortragenden, geistig-mythologische Strömungen und dergleichen verbreitet werden. Es sei die Aufgabe der Arbeiterschaft, aus sich selbst heraus die Formen zu entwickeln, unter denen das Proletariat eine, seinen Bedürfnissen wirklich entsprechende, sittliche Erhebung finden könnte.

Die äußerst zahlreich besuchte Versammlung folgte dem interessanten Vortrage mit großem Interesse. Es entwickelte sich im Anschluß daran auch eine lebhaft diskutierte, in der sich aber wiederum sämtliche Redner und Rednerinnen auf schärfste gegen jeden Religionsunterricht in der Schule wandten.

Die nächste Vereinsversammlung findet Montag, den 12. Dezember, in den Arminshallen, Kommandantenstr. 20, statt. Herr Dr. Kappstein referiert über: „Ibsen als der Dichter von Frauenaufgaben und Frauenschicksal“.

Friedenan. Der Bildungsverein für Frauen und Mädchen von Steglitz und Umgebung hält Dienstag, den 6. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, bei Grube, Kaiserallee, eine Wanderversammlung ab. Tagesordnung: 1. Vortrag, 2. Diskussion, 3. Verschiedenes. Gäste willkommen. Pünktliches und zahlreiches Besuch aller Mitglieder erwartet. Der Vorstand.

Gewerkschaftliches.

Eine allgemeine Aussperrung der Textilarbeiter am Niederrhein in Sicht?

Seit einigen Wochen gärt es in den Textilbezirken am Niederrhein ganz gewaltig. Ist hier ein partieller Streik oder eine Lohnbewegung beendet, bricht an einer anderen Stelle wieder ein Streik aus. Die meisten Streiks sind in M.-Glabbach zu verzeichnen, dort in der Geburtsstätte der christlichen Gewerkschaften. Tatsächlich sind auch an diesen Lohnbewegungen die Christlichen in weit größerem Maße beteiligt, als der Deutsche Textilarbeiter-Verband. Während die Lohnbewegungen bis jetzt mit einem mehr oder weniger größeren Erfolge für die Arbeiter beendet wurden, macht nun das Unternehmertum in seiner Gesamtheit Miene, Stellung zu den Plänkereien zu nehmen. Ein Unternehmer in M.-Glabbach drohte seinen ausständigen Arbeitern schon mit der allgemeinen Aussperrung; der Fabrikantenverband würde Stellung nehmen, wenn der Streik nicht beendet werde. Die Drohung ist vorläufig nicht zur Wahrheit gemacht worden; dieser Fabrikant, Voeheln, hat sich noch einmal mit seinen Arbeitern geeinigt, doch muß es über kurz oder lang in dem Glabbacher Bezirk zu einem gewaltigen Zusammenstoß kommen. In der Hauptsache handelt es sich um die Einführung des Zweistufensystems, welchem sich die Arbeiter mit aller Macht widersetzen. Die Unternehmer dagegen behaupten, die Einführung dieses Systems sei eine Lebensfrage für sie; es sei sonst nicht möglich, auf dem Weltmarkte konkurrenzfähig zu bleiben. Das System sei auf allen Konkurrenzplätzen eingeführt; nur die Arbeiter des Niederrheins sträubten sich gegen diese notwendige Arbeitsmethode, die einen technischen Fortschritt bedeute.

Von Seiten der Arbeiter wird bestritten, daß das Zweistufensystem als technischer Fortschritt bezeichnet werden kann; es sei nur eine intensivere Ausbeutung der Arbeitskraft des Webers, die zu einer früheren Invalidität derselben führe. Mit Recht wenden die Arbeiter ein, daß die Bedienung der zwei Stühle eine weit größere Aufmerksamkeit bedinge, soll die Ware so werden, wie der Unternehmer sie verlange. Von Ärzten ist festgestellt, daß das Bedienen der zwei Stühle auf die Gesundheit des Arbeiters, besonders auf das Nervensystem, schädlich einwirke und es deshalb zu verwerfen ist. Die Unternehmer bestehen aber hauptsächlich auf der Einführung der Methode, weil sie außer sonstigen kleinen Ersparnissen ein volles Drittel des Lohnes sparen. Bedient ein Weber zwei Stühle, so erhält er nur für jeden Stuhl zwei Drittel des Lohnes, den ein Arbeiter erhält, der die nämliche Ware auf einem Stuhl anfertigt — wie man sieht, ein ganz enormer Vorteil für den Fabrikanten. Daß der Weber trotz aller Anspannung seiner Kräfte etwas mehr verdienen kann, ist fast ausgeschlossen, weil es die verschiedenen Umstände bedingen, daß er nicht doppelt so viel anfertigen kann, als wenn er auf einem Stuhle arbeitet. Ein weiterer Umstand, weshalb sich die Weber gegen das System sträuben, ist der, daß sie befürchten, daß ein großer Teil von ihnen bei vollständiger Einführung desselben brotlos wird; es ist deshalb schon in größeren Versammlungen die Verkürzung der Arbeitszeit gefordert worden. Doch davon wollen die Unternehmer nichts wissen, vielmehr soll die Arbeitszeit bei stotter Konjunktur, wie gegenwärtig, noch v e r l ä n g e r t werden. Aber nicht allein im Glabbacher Bezirk, auch in Arefeld wird von den Unternehmern in der Seidenstoffweberei versucht und teilweise mit Erfolg, das Zweistufensystem einzuführen. Jetzt, in der Zeit der Prosperität, sehen sich die Arbeiter zur Wehr und deshalb überall die Plänkereien. Der Entscheidungskampf muß, wie bemerkt, in nicht zu ferner Zeit fallen. Möglich,

daß die Unternehmer sich jetzt, wo außer im Sammetgewerbe, in der ganzen Textilindustrie Mangel an Arbeitskräften zu verzeichnen ist, hüten werden, es zum äußersten kommen zu lassen; aber aufgehoben ist nicht aufgehoben. Sie werden den Versuch machen, das oben beschriebene System allgemein zur Einführung zu bringen; ob sie es durchsetzen, liegt bei den Arbeitern. Ist deren Organisation schwach, dann ist ihr Schicksal besiegelt; vorläufig noch sind die Textilindustriellen ihnen betreffs Organisation bedeutend über.

Berlin und Umgegend.

Die Aussperrung in der Gelbmetall-Industrie

behandelt die „Arbeitgeber-Zeitung“ in ihrer letzten Nummer in einer so überaus schnurrigen Weise, daß dadurch in der gestrigen Streikversammlung wahre Heiterkeitsstürme hervorgerufen wurden. Das Blatt gibt nämlich ein Phantasieprodukt als die Zukunft eines Berliner Metallwaren-Fabrikanten zum besten, um der Öffentlichkeit das Märchen aufzubinden, als seien gelehrte Arbeiter in der Gelbmetall-Industrie schon gänzlich überflüssig und daher das heroische Ausstarren der Gürtler, Drücker usw. in diesem Kampfe nur ein Ausfluß von „verblendetem Trotz“, der völlig aussichtslos sei. In dem betreffenden „Dokument von hervorragender Wichtigkeit“ wird u. a. auf das „nach Hunderten zählende“ Angebot von unorganisierten Arbeitern hingewiesen, die sich auf Grund von Annoncen in „geeigneten Blättern“ gemeldet haben sollen, als die Fabrikanten-Vereinigung vor Wochen beschlossen hatte, an Stelle der organisierten unorganisierte Leute einzustellen. Und dann zählt der „Fabrikant“ auf, welche „ganz überragenden Resultate“ er mit den Arbeitswilligen aus der Schlosser-, Uhrmacher-, Mechaniker-, Maler- und Lackierer-Branche (sicheln nur noch Schornsteinfeger und Taucher) gemacht hat. Er konnte im Nu alle seine Monteure, Drücker, Gürtler und Bronzeur- u. Plähe besetzen. Die Meister lernten die Leute an. Nur 10 Proz. erwiesen sich zur Erlernung als ungeeignet; die übrigen aber vollbrachten schon „nach drei Wochen staunenswerte Leistungen“, indem sie, die „nie zuvor in der Kronenbranche gearbeitet haben, heute komplizierte Kronen montieren oder gar in roh bauen können“. Und dann heißt es weiter:

„Bisher glaubte man gerade in der Kronenleuchter-Branche ohne geübte und tüchtige Gürtler und Monteure, welche 50 bis 75 Pf. Stundenlohn beanspruchen, nicht fertig werden zu können, doch dürfte der Mann nunmehr gebrochen sein. Ich habe mich jetzt überzeugt, daß es Tausende intelligenter Leute gibt, welche an Stelle unserer bisherigen teuren Kräfte mit ihrem äußerst anmaßenden Wesen und dem Glauben, unerseßlich zu sein, für Löhne von 30 bis 50 Pf. pro Stunde qualitativ dasselbe und quantitativ mehr leisten; dabei ihren Arbeitgebern dankbar dafür sind, daß sie in dieser Branche dauernde, regelmäßige Beschäftigung finden, welche sie in ihrer bisherigen Tätigkeit gar zu oft vergeblich suchten.“

Das liest sich gerade so, als wenn es — Herr Rasse selbst geschrieben hätte; so sehr kommen in dem Dinge alle geheimen Wünsche und Hoffnungen eines wachsenden Kleinunternehmers zum Ausdruck. Der Mann hat offenbar einen „Unternehmer-Zukunftsstaat im Kleinen“ gemalt und will nun andere Leute glauben machen, er läge schon mitten drin. Wenn die Fabrikanten wirklich so „staunenswerte Leistungen“ mit den geschilderten Heberarbeitern vollbringen können, dann sind sie mit Verlaub bisher komplette Esel gewesen, sich gelehrte Arbeiter zu halten. Weshalb suchen sie dann aber fortwährend in allen „geeigneten Blättern“ des In- und Auslandes immer nur „tüchtige Gürtler, Drücker, Schleifer usw. auf Kronen; glänzender Verdienst (nicht etwa 30 bis 50 Pf.); auch Vertrauensposten zu besetzen; unentgeltliche Schlafgelegenheit in der Fabrik“. So und ähnlich kann man es nun schon wochenlang in den verschiedensten Blättern spaltenweise lesen; dazu werden die Streikenden und Aussperrten täglich mit Postkarten überschüttet, auf denen sie um Wiederaufnahme der Arbeit gebeten werden. Ferner, weshalb bilden die Fabrikanten noch Lehrlinge aus, wenn ungelernete Arbeitswillige in drei Wochen Kronen montieren und hantieren können? Sie begehen dann ja geradezu ein Verbrechen an den jungen Leuten, die sie jahrelang ausbeuten unter der Vorpostelung, sie für einen Lebensberuf vorzubereiten, um ihnen hernach zuzugestehen: Gelehrte Arbeiter sind gar nicht mehr nötig; jeder Schuhmacher oder Erdarbeiter kann das Kronenbauen in drei Wochen erlernen. Man sieht also schon bei ganz oberflächlicher Betrachtung, welchen Wert das Schreiben jenes angeblichen Fabrikanten hat; es ist ein ganz jämmerliches Raabwerk, für Leute berechnet, die ebenso dumm sind wie die Herren in der „Arbeitgeber-Zeitung“ selbst. Denkende Arbeiter belächeln solche Wägen nur.

In der Streikversammlung gab es außerdem auch wieder den ständigen Bericht über das Verhalten der Polizei gegen die Streikposten. Es scheint, als wenn die Polizei auf diesem Gebiete immer erfinderischer wird, denn jedesmal werden neue Einzelheiten über Schikanierungen der Streikposten gemeldet. Kürzlich ist sogar verschiedene Drohkentuschern das Fahren von Streikposten, die davonfahrenden Arbeitswilligen ebenfalls per Wagen nachhellen wollten, polizeilich verboten worden!

Die Vertrauensleute wurden sodann beauftragt, die Zahl der bei Ausbruch des Streiks vorhandenen unorganisierten Aussperrten, die nicht Streikbrecher geworden sind, festzustellen, um jetzt auch denen ausreichende Unterstützung zu ermöglichen. — Mitgeteilt wurde schließlich, daß der Former Georg Schaubert als Arbeitswilliger tätig ist; derselbe betreibt Kamlerstr. 25 ein Grünkrampgeschäft.

Die Aussperrung der Tischler.

Gestern meldeten sich nur fünf Arbeiter, die am Sonnabend aussperrt wurden, beim Holzarbeiter-Verband. Sonst brachte der Sonnabend immer die größte Zahl der Aussperrten. Andererseits sind 18 Verbandsmitglieder zugunsten der Aussperrten am Sonnabend in den Streik getreten. Wenn die Arbeitgeber sich angesichts solcher Tatsachen von ihrer Zeitung immer noch einreden lassen, die Aussperrung habe Erfolg, dann kann man sie nur bedauern. Die Tischlermeister, bei denen die Arbeit niedergelegt wurde, sind: Walz, Steingrüber, Ruge, Lehnerer, ein Bautischlermeister, wollte von zwölf Aussperrten fünf wieder einstellen. Darauf gingen die Arbeiter nicht ein, sie legten vielmehr alle die Arbeit nieder. — Die große Bautischlerei von Bendix, die in Berlin nur eine kleinere Werkstatt hat, hatte ihre hiesigen Tischler ausgesperrt, so daß aber als Einziger auf dem Bau der Schulbaraden in der Nikolaistraße wieder eingestellt und neuerdings wiederum entlassen. Auch ein Beweis, daß

es mit der Aussperrung nicht ernst gemeint war. Bautischlermeister Ulich, Zimmereifachstrasse, hat zwar ausgesperrt, verfährt aber gegen den Beschluß seiner Organisation, indem er die noch beschäftigten Gesellen wieder aufs neue zuschneiden läßt, während er sie doch nach Fertigstellung ihrer Arbeit entlassen möchte. Auch der Arbeitsnachweis der Innung vermittelt fortwährend Tischlergesellen, obgleich am Kopf der „Arbeitgeber-Zeitung“ mit großen Lettern zu lesen ist: „Kollegen! Stellt keine neuen Arbeiter ein und annonciert nicht nach solchen!“

Da die Leitung des Arbeitsnachweises und der „Arbeitgeber-Zeitung“ in denselben Händen ruht, so gilt hier der Spruch: Nichtet Euch nach meinen Worten, doch nicht nach meinen Taten.

In unserer Sonntagsnummer ist die Zahl der am 2. Dezember gezählten Aussperrten mit 808 angegeben. Wie sich schon aus der Gesamtsumme ergibt, hat der Druckfehlerbeutel eine „8“ mit einer „3“ verwechselt. Es sind also 808 Aussperrte gezählt.

Ein ungebeter Gast.

Die Rohrleger der Gesellschaft „Neptun“, Versicherungsgesellschaft für Wasserschäden in Häusern, hatten jüngst einen merkwürdigen Aufzug mit ihrem Direktor. Dieser Herr entließ in voriger Woche zwei Leute, die sich über die Erfolge des letzten großen Rohrlegerstreiks unterhalten hatten. In den Augen des Herrn Direktors war dies ein um so größeres Verbrechen, weil „seine“ Leute den Streik damals aus purer Zufriedenheit mit ihren „glänzenden“ Lohnverhältnissen nicht mitgemacht hatten; jetzt aber womöglich zu erwarten stand, daß durch solche „agitatorenische“ Unterhaltungen die Zufriedenheit der meistens weit unter Tarif entlohnten Arbeiter zum Teufel gehen könne. Bei einem Teil der übrigen Rohrleger erregte die Entlassung ihrer beiden Kollegen aber böses Blut. Es kam zu einer Werkstättversammlung unter der Leitung des Branchenvertreters Jiccius. In dieser Versammlung erschien aber auch ohne Einladung der Herr Direktor mit mehreren Fiskalvorstehern in der gewiß sehr läßlichen Absicht, einer weiteren Verbeugung seiner Leute mit aller Energie eines ebenso wohlwollenden wie fürsorglichen Unternehmers vorzubeugen. Der Branchenvertreter nahm die Gelegenheit wahr, den Herrn Direktor über die Entlassung und sonstige liebliche Dinge in seinem Betriebe ein wenig zu interpellieren. Prompt erfolgten denn auch die Antworten: Die Gründe der Entlassung gingen niemand etwas an. Er werde überhaupt jeden entlassen, der über Streiks oder dergleichen Dinge spricht; so was dulde er in seinem Betriebe nicht; er wolle Herr in seinem Hause bleiben. Die Arbeiter hätten es sehr gut bei ihm und würden nur durch außerhalb stehende Leute unangenehm gemacht usw. Auf eine Anfrage, ob das Gerücht richtig sei, daß er jeden entlassen wolle, der an dieser Werkstättversammlung teilnahm, verteidigte er die Antwort. Als Jiccius nach diesem erbauenden Frage- und Antwortspiel im Interesse einer unkontrollierten Aussprache der Rohrleger untereinander die fernere Anwesenheit des Herrn Direktors nunmehr für überflüssig hielt und diesem höflichst zu versetzen gab, daß die Arbeiter jetzt allein zu sein wünschten, da wurde der gute Mann vollends rabiat. Dreißig und gottesfürchtig meinte er, man möge ihn hinauswerfen, wenn man ihn los sein wolle; er sei Gast und bleibe, so lange es ihm passe. Vergeblich suchte man ihm begrifflich zu machen, daß er als „ungebeter Gast“ keinerlei Anspruch auf unbegrenzte Ausübung des Gastrechtes habe. Umsonst, er wollte nicht weichen. Da der Branchenvertreter aber schließlich keine Lust hatte, sich noch länger mit dem Manne herumzuergern, sich von ihm aber auch nicht zu Handgreiflichkeiten provozieren lassen wollte, so wandte er sich kurzerhand an den Wirt des Lokals, und dieser bewog den Herrn Direktor dann bald durch einige „sanfte Ermahnungen“, die Tür von draußen zugemachen. Vielleicht findet der Herr Direktor bald Gelegenheit, etwas ernster über die jetzt ziemlich erschütterte Zufriedenheit seiner Arbeiter nachzudenken.

Deutsches Reich.

Sämtliche Dreher und Dreherei-Hilfsarbeiter der Fahrrad- und Motorwagen-Fabrik Gebrüder Stöcker in Stettin sind nach einem uns zugegangenen Privattelegramm in den Ausstand getreten. Die Arbeitsniederlegung erfolgte, weil den Ausständigen eine geringfügige Lohnhöhung verweigert wurde. — Zugug ist fernzuhalten.

Bergarbeiterstreik.

Die Belegschaft der Graf Magnischen Gruben proklamierte, wie uns ein Privattelegramm aus Neurode berichtet, gestern mittag den Streik. Von der 350 Mann starken Belegschaft der Mittagsschicht auf der Außengrube erschienen nur 16. Ursache des Streiks sind die unzulänglichen Löhne. Die Hauer verdienen trotz beschwerlicher Lohnzulage nur 2,10 bis 2,30 M., nur wenige über 3 M. Die Ausständigen fordern einen Durchschnittslohn von 3,30 M. für Hauer, 2,80 M. für Schlepper und für alle Tagearbeiter 20 Pf. Zulage pro Schicht. — Der Streik wurde in geheimer Abstimmung mit 93 gegen 75 Stimmen beschlossen. Zugug von Bergarbeitern ist aus dem Neuroder Revier fernzuhalten.

Ausland.

Ein neuer Tarifvertrag für die schwedische Tabakindustrie ist nach sehr langwierigen Verhandlungen zustande gekommen und nun am 1. Dezember in Kraft getreten. Zugleich wurden genau formulierte Vereinbarungen über die Behandlung von etwa entstehenden Arbeitsstreitigkeiten getroffen. Der neue Tarif, der auf 4 Jahre festgelegt ist, enthält einige Erhöhungen der Minimallohne, genauere Bestimmungen über die Ausbildung der Lehrlinge, sowie Bestimmungen über das Fabrik-Vertrauensmänner-System. Mit 1108 gegen 248 Stimmen hat der Schwedische Tabakarbeiter-Verband dem Vertrage zugestimmt.

Witterungsübersicht vom 5. Dezember 1904, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. in C. u. F.	Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. in C. u. F.
Swinemünde	756	SW	3	bedeckt	5	Haparanda	747	W	2	bedeckt	-0
Danzburg	754	SW	3	bedeckt	9	Petersburg	756	SW	1	bedeckt	-5
Berlin	758	SW	3	bedeckt	6	Cork	—	—	—	—	—
Konstanz a. M.	762	SW	3	bedeckt	7	Uddevä	732	SW	7	halb bed.	7
München	765	SW	2	wolkenlos	-2	Paris	759	SW	4	bedeckt	10
Wien	767	Still	—	—	—						

Wetter-Prognose für Dienstag, den 6. Dezember 1904.

Stetlich warm, zeitweise aufklarend, vorwiegend trübe mit Regenfällen und starken südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Das älteste
Rester-Geschäft
des S.-O. von
Wilh. Mühlbach
empfiehlt Rester von Vätschen, Krümmer, Göttinger zu Damen- und Kinder-Jackets zu den billigsten Preisen.
Größte Auswahl in fertiger Konfektion.
10 Oppelnerstr. 10

Singer Nähmaschinen.
Einfache Handhabung! Große Haltbarkeit! Hohe Arbeitsleistung!
Weltausstellung Paris 1900: **Grand Prix** Weltausstellung St. Louis 1904.
Unentgeltlicher Unterricht, auch in moderner Kunstnäherlei.
Elektromotoren für Nähmaschinenbetrieb.
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
Filialen an allen grösseren Plätzen.
E. Möbis, Uhren, Kopponstr. 82.

Bruch-Pollmann
empfiehlt sein Lager in Bruchhandagen, Leibbinden, Geradehalter, Spritzen, Suspensoren, sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege.
Eigene Werkstatt.
Lieferant: Orts- u. Hilfs-Strassenkassen
Berlin C., 30. Finien-Strasse 30.
NB. Alle Bruchbänder mit elastischen Belagungen, angenehm und weich am Körper.
4432

Achtung!
Mexiko, ff. Brand u. Geschmad pro Pfund verzollt 1,20 M., 1,30 M. 2 M. bis 6 M.
Carmen la, gute Qualität pro Pfund 0,85 M., 1 M. Großblättriges Gewächs, sehr zu empfehlen, pro Pfund 1,30 M.
Geschütteter Tabak, ff. Jigaren- Einlage, Java u. Brasil, gemischt pro Pfund 60 Pf., rein Brasil pro Pfund 1 M., rein Havana pro Pfund 1,40 M.
Berlin NO., Kelbelstr. 34.

Stempel-Fabrik von (43702)
Robert Hecht,
Berlin S., Oranienstr. 112.
Hefen, Kämme und alle Arten
Stempel in bester Ausführung.
Kautschuk-Typen „Perfekt“ zum Zusammenfügen einzelner Wörter sowie ganzer Sätze von 1,50 M. an

Wer-Stoff-hat,
fertige Herrenanzug, 20 M., ohne Konkurrenz, feinste Qualität, 2 Anz. für guten Sitz belag gold. Medaille.
Ludwig Engel, Preussauerstr. 23, II. (Alexanderplatz).
Gegründet 1892. 13272

Zentral-Festsäle
180 Oranienstraße 180
frei gemietet: zweiten und dritten Weihnachtstage, Silvester und einige Sonnabende und Sonntage.
Täglich großer Mittagstisch mit Bier 50 Pf.

verleiht auch einzelne Platten
ALFRED DAEGE
Carlstr. 10
Verleiher

Achtung!
Uhren und Goldwaren sowie Menzshauer Zithern zu sehr billigen Preisen.
Ratenzahlung auf Wunsch gestattet.
Domminstr. 3 vers 1 Trepp.

Hochfeine 6 Pf.-Zigarren
100 Stück 3 Mark verkauft und versendet
Fritz Hering, Lichtenberg, Frankfurter Chaussee 139.

Nur bis Weihnachten!
Großer Spielwaren u. Puppen-Ausverkauf, aus Engros-Lagerungen stammend, zu kaumdenkbar billigen Preisen.
13302
Gr. Frankfurterstr. 110.

Die Weihnachts-Preisliste wird auf Wunsch zugesandt!

Fr. Hahn Berlin C. 25 Alexander-Platz

Der Weihnachts-Ausverkauf ist eröffnet.
In allen Abteilungen Artikel zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Besonders preiswerte Blusen u. Kleiderstoffe in Wolle u. Seide für Weihnachtsgeschenke geeignet.

<p>Ein Posten reinwollener, melierter Zibelinstoffe. In engl. Geschmack. Prakt. Neuheit. Viele aparte Farbenstellungen. ca. 100 cm breit. Meter M. 1.— Robe, 6 Mtr., in elegantem Karton mit Modenbild M. 6.00</p>	<p>Ein Posten einfarbiger, reinw. Elsasser Cheviots. Kräftige, haltbare Qualität, in marineblau, braun, bordeaux und grün vorrätig. 110 cm breit. Meter M. 1.25 Robe, 6 Mtr., in elegantem Karton mit Modenbild M. 7.50</p>	<p>Ein Posten einfarbiger, reinwollener Satin-Lastings. Schwarze, mattglänzende, sehr solide Ware, in allen hellen, mittleren und dunkleren Farben vorrätig, ca. 20 verschiedene Farbtöne, 105—180 cm breit. Meter M. 1.90 Robe, 6 Mtr., in elegantem Karton mit Modenbild M. 11.40</p>
<p>Ein Posten schwarzer, reinwollener Cheviots. Gute Elsasser Qualität. 110 cm breit. Meter M. 1.10 Robe, 6 Mtr., in elegantem Karton mit Modenbild M. 6.60</p>	<p>Ein Posten schwarzer, reinwollener gemusterter Stoffe. Glänzende, gediegene Qualität, in verschiedenen kleinen Dessins. ca. 95 cm breit. Meter M. 1.30 Robe, 6 Mtr., in elegantem Karton mit Modenbild M. 7.80</p>	<p>Ein Posten schwerer Noppenstoffe. Für gediegene Hauskleider, Mädchenkleider. 85—90 cm breit. Meter M. 0.70 Robe, 6 Mtr., in elegantem Karton mit Modenbild M. 4.20</p>
<p>Ein Posten schwarzer Merveilleux. Reine Seide. Sonst d. Meter M. 2.00, jetzt d. Meter M. 1.35</p>	<p>Ein grosser Posten Seiden-Reste. In einfarbig, mehrfarbig, gestreift und kariert sowie schwarz, 3—4 Meter gross, zur Bluse reichend. Der Rest M. 2.50, 3.00, 3.50, 4.00 bis 12.00</p>	<p>Ein grosser Posten blau-grün-kariertes Schotten. Reine Seide. In verschiedenen grösseren u. kleineren Karostellungen. Sonst d. Meter M. 3.00, jetzt d. Meter M. 2.05</p>

Täglicher Eingang von Neuheiten in Kleider- und Blusen-Stoffen für die Frühjahrs-Saison 1905.

!!! Die Firma unterhält weder Zweiggeschäfte noch Filialen!!!

Die Weihnachts-Ausstellung

unserer bewährten **SCHUHWAREN-FABRIKATE**

stellt in übersichtlicher Weise unsere

bedeutende **Leistungsfähigkeit** dar!



- Damen-Steppschuhe, ——— 1.00 M.
- farbig Melton, Filzfutter, Filz- u. Ledersohle . 1.50
- Damen-Filzschürstiefel, ——— 3.20 M.
- Lederbesatz, warme und dauerhafte Strassenstiefel 5.40, 4.20,
- Filz-Schnallenstiefel, ——— 3.30 M.
- Filz- und Ledersohle, das Beste u. Warmste fürs Haus Herren 3.80, Damen
- Damen-Knopf- und Schnürstiefel, ——— 6.25 M.
- Boxhorse, sehr modern, hervorragend preiswert . . .
- Damen-Knopf- und Schnürstiefel, ——— 10.50 M.
- haltbarstes Kalbleder in bekannt solider Ausführung Original „Goodyear Welt“
- Herren-Schnür-Stiefel, ——— 6.20 M.
- starkes Rindleder, äusserst widerstandsfähig . 8.70,
- Herren-Zugstiefel, ——— 7.80 M.
- glatt, bewährte Qualität, beliebte Uniformstiefel, 11.—, 9.—,
- Herren-Schnür- u. Schnallenstiefel ——— 6.25 M.
- Boxhorse, besonders preiswert
- Herren-Zugstiefel, ——— 10.50 M.
- Echt Boxcalf, vorzüglicher Strassenstiefel

1500 Arbeiter u. Beamte.
73 eigene Geschäfte.

Die Qualität unserer Erzeugnisse bei bekannter Preiswürdigkeit entspricht allen Anforderungen eines erstklassigen Fabrikats!

Umtausch auch nach dem Feste bereitwilligst gestattet.

Als Weihnachts-Präsent erhält jeder Käufer einen hochfeinen Abreiss-Kalender für das Jahr 1905.

Eigene Geschäfte in Berlin u. Umgegend:

- | | |
|--|-----------------------------------|
| C. Rosenthaler Str. 14 | NW. Wilsnacker Strasse 22 |
| C. Spittelmarkt 15 | O. Andreas-Strasse 50 |
| W. Potsdamer Strasse 50 | O. Grosse Frankfurter Strasse 139 |
| S. Oranien-Strasse 65 | N. Danziger Strasse 1 |
| SW. Friedrich-Str. 240-241 | N. Müller-Strasse 3 |
| NW. Beussel-Strasse 29 | N. Reinickendorfer Str. 14. |
| NW. Thurm-Strasse 41 | |
| CHARLOTTENBURG: Wilmersdorfer Str. 122-123 | |
| RIXDORF: POTSDAM: | |
| Berg-Strasse 30-31 | Brandenburger Strasse 54. |

Conrad Tack & Cie.

Deutschlands bedeutendste Schuhwaren-Fabriken, BURG b. Mgbg.

Original-Entwurf. Nachdruck verboten.

Dienstag, den 6. Dezember, abends 8 1/2 Uhr,
in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20:
Volkerverammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abg. Genossen **Ledebour** über:
Welches Interesse haben die Frauen am preussischen Parteitag?
2. Diskussion. 3. Wahl von Delegierten. 1/16
Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht Die Vertrauensperson.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Bureau: SO., Engel-Ufer 15. — Fernsprecher: IV, 3578.

Mittwoch, den 7. Dezember 1904, abends 8 1/2 Uhr:
Vertrauensmänner-Versammlungen.

Westen und Süd-Westen: in **Habels Brauerei, Bergmannstr. 5-7.**
Tagesordnung: 1. Bericht der Werkstatt-Kontrollkommission. 2. Verbands-Angelegenheiten und Verschiedenes.

Moabit: bei **Jocksch, Turmstr. 81.**
Tagesordnung: 1. Bericht der Vertrauensleute. 2. Verbands- und Werkstatt-Angelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Wedding und Gesundbrunnen: bei **Herrn Raabe, Kolbergerstr. 23.**
Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission und der Vertrauensmänner. 2. Verbands- und Werkstatt-Angelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Rosentaler und Schönhauser Vorstadt: bei **Wernau, Schwedterstr. 23-24.**
Tagesordnung: 1. Bericht der Werkstatt-Kontrollkommission. 2. Werkstatt-Angelegenheiten. 3. Verbands-Angelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Osten u. Nordosten: bei **Mann, Straußbergerstr. 3.**
Tagesordnung: 1. Bericht der Obleute. 2. Werkstatt-Angelegenheiten. 3. Verbands-Angelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Jede Werkstatt muß vertreten sein.
Mitgliedsbuch und Karte legitimiert.

Südosten: bei **O. Behrend, Mantelstr. 95.**
Tagesordnung: Werkstatt- und Verbands-Angelegenheiten. Vertrauensmänner-Karte und Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Mitglieder der Kontrollkommission werden ersucht, um 8 Uhr auszufahren zu sein.

Süden: bei **Gliesing, Wassertorstr. 68.**
Tagesordnung: 1. Bericht der Werkstatt-Kontrollkommission. 2. Verbands- und Werkstatt-Angelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Bezirk Friedrichsberg: bei **Wildner, Friedrichsbergstr. 11.**
Tagesordnung: 1. Bericht des Obmanns. 2. Werkstatt-Angelegenheiten. 3. Verbands-Angelegenheiten und Verschiedenes.

Stock- und Zelluloidarbeiter
bei **Barclay, Bräuerstr. 7.**

Bilderrahmenmacher
bei **Augustin, Lindenstr. 69.**

Tagesordnung: 1. Bericht der Werkstatt-Kontrollkommission. 2. Werkstatt-Differenzen. 3. Verschiedenes.
Die Mitglieder der Kommission erscheinen um 8 Uhr.

Stellmacher
bei **Pfeffer, Rosenthalerstraße Nr. 57.**

Tagesordnung: 1. Verbands- und Branchen-Angelegenheiten. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
In Anbetracht der Wichtigkeit ist es notwendig, daß jede Werkstatt vertreten ist.
Die Kommission.

Drechsler.

Osten: bei **Krause, Koppenstraße 41.**
Norden: bei **Dietrich, Brunnenstraße 41.**
Südosten und Westen: bei **Stramm, Ritterstraße 123.**

Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Werkstatt-Differenzen. 3. Verbands-Angelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Jede Werkstatt muß vertreten sein, auch die in Tischlereien oder anderen Betrieben beschäftigten Drechsler haben einen Delegierten zu entsenden.

Modell- und Fabrik-Tischler
bei **Dieke, Ackerstraße 123.**

Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Branchen-Angelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Jede Werkstatt muß vertreten sein. Die Kommission.

Donnerstag, den 8. Dezember, abends 8 Uhr:
Branchen-Versammlung der Parkettbodenleger
im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15.

Tagesordnung: 1. Bericht über die Verhandlung mit der Firma **O. Hetzer Akt.-Ges.** (sämtliche Kollegen derselben sind hierzu eingeladen). 2. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes. 93/18
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht Der Obmann.

Deutscher Buchbinder-Verband.
Zahlstelle Berlin.

Morgen, Mittwoch, 7. Dezember, abends 8 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal 1):
Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des **Verbandsvorsitzenden Emil Kloth** über:
„Tariffragen“. 2. Beratung des Reglements für den lokalen Zentralfonds. 3. Stellungnahme zum Ganstag und Wahl der Delegierten zu demselben. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. 25/9
Wir ersuchen die Mitglieder, in dieser Versammlung recht zahlreich zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

H. Preuss, Swinemünderstr. 66, I. Etage,
Zigarren- und Tabak-Fabrik und Engros-Lager (Tel. III 6949)
bekannte billigste Bezugsquelle für Gänzlich, Neu-Etablierungen etc.
Spezialität: **Pre-Ussina-Zigarren**
gesehlt gef. Spezialmarken J. Kemmer, in allen Preislagen überaus billig.
Beratung. Redakteur: Paul Büttner, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Borntrichs Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Sozialdem. Wahlverein für den IV. Berl. Reichstags-Wahlkreis (Ost).

Dienstag, den 6. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im **Slysium,**
Landsberger Allee 40/41:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Genossen Molkenbuhr** über:
„Die Totengräber der kapitalistischen Produktion“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 262/3
Gäste haben Zutritt. Ausnahme neuer Mitglieder.
Zahlreiches Besuch erwartet Der Vorstand.

Achtung! Kistenmacher! Achtung!

Dienstag, d. 6. d. M., abends 8 1/2 Uhr, in den **Andreas-Festsälen, Andreasstr. 21:**
Außerordentl. Generalversammlung.

Tages-Ordnung:
1. Die gegenwärtigen Kämpfe in der Holz-Industrie.
2. Diskussion und Anträge.
Mitgliedsbuch legitimiert. 104/10
Alle Mitglieder müssen erscheinen. Der Vorstand. V. V.: Karl Juckel.

Achtung! Hausdiener und Packer. Achtung!
Metallarbeiter, Holzarbeiter und Maler
sowie alle im Handelsgewerbe beschäftigten Personen!

Am **Mittwoch, den 7. Dezember 1904, abends 8 1/2 Uhr,** bei **Buggenhagen**
am **Moritzplatz:**

Öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. „Die Mißstände im Arbeitsverhältnis obgenannter Berufsangehörigen bei der Firma **A. Wertheim.“** Referent: **A. Werner.** 2. Diskussion und Beschlußfassung.
Bei der äußerst wichtigen Tagesordnung ersuchen wir einen zahlreichen Besuch für selbstverständlich.
Die Ortsverwaltungen
der Metallarbeiter. der Holzarbeiter.
A. Werner. **A. Wuschick.** **R. Leopold.**

Arbeitervertreter-Verein Berlin.

Donnerstag, den 8. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im **Gewerkschaftshause,**
Engel-Ufer 15:

Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht aus den amtlichen Nachrichten (Rekurs- und Revisions-Einstellungen und Ubergutachten). 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Gäste willkommen.
Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand. 58/8

Verband der Möbelpolierer.

Mittwoch, den 7. Dezember, abends 8 Uhr, bei **Keller (großer Saal),**
Koppenstraße 20:

Anherordentl. General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht über den Stand der Aussperrung. 2. Diskussion. 3. Antrag der Arbeitslosen. 4. Verschiedenes.
Die Vertrauensmänner-Zählung fällt aus.
Kollegen, welche als Delegierte zur Innungs-Krankenkasse vorgeschlagen sind, haben Donnerstag abend an den Versammlungen im Gewerkschaftshause und Kaiser Wilhelmstr. 18 m teilzunehmen.
Der Vorstand. 150/19

Orts-Krankenkasse für den Gemeindebezirk Lichtenberg.

Die in der Generalversammlung vom 30. Juli 1904 beschlossenen Änderungen der Statuten und zwar der §§ 10, 12, 13, 14, 15, 18, 20, 21, 24, 31, 32 und 43 haben am 11. November 1904 die Genehmigung des Bezirksausschusses zu Potsdam gefunden und treten mit dem 1. Januar 1905 in Wirksamkeit.
Der durchschnittliche Tagelohn ist hiernach festgesetzt für:

1. Mitglieder, deren Arbeitsverdienst für den Arbeitstag weniger als 1,25 M. beträgt, Klasse 1, auf 1.— M.
2. Mitglieder, deren Arbeitsverdienst für den Arbeitstag 1,25—1,99 M. beträgt, Klasse 2, auf 1,50 M.
3. Mitglieder, deren Arbeitsverdienst für den Arbeitstag 2,00—2,49 M. beträgt, Klasse 3, auf 2,00 M.
4. Mitglieder, deren Arbeitsverdienst für den Arbeitstag 2,50—2,99 M. beträgt, Klasse 4, auf 2,50 M.
5. Mitglieder, deren Arbeitsverdienst für den Arbeitstag 3,00—3,49 M. beträgt, Klasse 5, auf 3,00 M.
6. Mitglieder, deren Arbeitsverdienst für den Arbeitstag 3,50 M. und mehr beträgt, Klasse 6, auf 3,50 M.

Lichtenberg, den 5. Dezember 1904.
Der Kassenvorstand: **P. Leyva.** 278/5

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstr. 69. Laden.

Für die Weihnachtszeit
empfehlen wir zu bedeutend herabgesetzten Preisen:

- Leopold Jacoby: Cunita.**
Ein Gedicht aus Indien in 10 Gesängen. Preis 2,50 M.
Elegante Ausstattung.
- u. Wildenradt: Der Zöllner von Klausen.**
Illustriert von C. R. Vilen. Preis 1.— M.
- Victor Hugo: 1793.**
Historischer Roman aus der französischen Revolution. Preis 2.— M.
- Für die Jugend:**
Gustav Schall: Im Märchenlande.
Eine Auswahl guter Märchen. Preis 1,50 M.
- Für die reifere Jugend:**
Erkmann-Chatrian: Frau Therese.
Eine Erzählung aus der Zeit der großen französischen Revolution. Preis 1.— M.
Herner: 234/4
- G. G. Jensch: Ein neuer Totentanz.**
18 Blätter in Cuart (23 x 31 1/2 Zentimeter). Preis 2,50 M.
In eleganter Mappe.

Märchen- und Bilderbücher sind in reicher Auswahl und in allen Preislagen zu haben.

Mit kleinen Webfehlern!
Eine grosse **echter** **Partie**
Plüsch-
Tischdecken
mit reicher Stickerei
ca. **33 1/3 %** unter Preis!
140/140 cm **8,75 M.** Wt. 15,00
130/160 cm **10,50 M.** „ 18,00
145/175 cm **13,50 M.** „ 22,50
Nach ausserhalb per Nachnahme.
Teppich-Spezial-Haus
Emil Lefèvre
Berlin Oranienstr. 158.

Extra billig!
div. **Teppiche**
mit **kleinen** **Webfehlern!**
Weihnachts-
Extra-Liste
preiswerter Geschenke
gratis und franko.

Möbel, 7402*
ganze Wohnungs-Einrichtungen
sowie einzelne Stücke **außerst billig.**
Eigene Tischler-Werkstatt.
Berlin O.
Wiehr, Peteröbingerstr. 62.

Eine Mark
wöchentlich liefern selbstspielende
Musikwerke,
Sprechmaschinen
u. **Zithern.**
Schönste Familienunterhaltung.
Beste Harmoniums auf Lager.
An der **Jannowitzbrücke 1,**
Bahnhof Jannowitzbrücke.

Warmes Zimmer
besser wie Kohlen gibt Buchen- und
Eichenholz. In den billigsten Preisen
liefern daselbe ebenrecht gerichtet die
Polsthandlung **W. Jonentz, Berlin**
Bärwalderstr. 65. 5242*

Jede Uhr 
zu reparieren und reinigen kostet bei mir unter Garantie des Gutgehens
nur **1 Mk. 50 Pf.,** außer Deuch, keine Reparaturen billiger.
Großes Lager in Uhren, Goldwaren, Ketten zu erlaublich billigen Preisen.
Dulaten-Trauring, 900 akt., 1 1/2, Dulaten 15,50, 2 Dulaten 20,00.
Für sämtliche Waren schriftliche Garantie. — Edst Kassenower Brillen,
Vinzenz, Operngläser. Mein seit 16 Jahren bestehendes Geschäft habe
ich bedeutend vergrößert und befindet sich daselbe immer noch Chausseest. 78.
T. Stolz, Chausseest. 78.


Die Eröffnung unseres Spezial-Geschäfts
für den Verkauf von
Hammelfleisch
nach **Pariser Art**
findet am **8. Dezember,**
morgens statt.
Mittwoch abends Ausstellung von zirka
5000 Pfund Hammelfleisch.
Hammel-Konsum G. m. b. H.
Gontard-Strasse, neben der
en gros. Telefon Amt VII, No. 3424. en detail.

Verfammlungen.

Der Wahlverein für den sechsten Kreis hielt am Dienstag eine Generalversammlung im Eiseller ab. Auf der Tagesordnung stand die Berichterstattung des Vorstandes und der Kommissionsmitglieder. Den Geschäftsbericht des Vorstandes erstattete der Vorsitzende Freythal. Der Bericht erstreckt sich auf die Zeit vom Ende Juni bis Ende November. In dieser Zeit wurden abgehalten zehn Mitgliederversammlungen, zwei außerordentliche Generalversammlungen, fünf Kreisversammlungen und 17 Vorstandssitzungen. In die Berichtsperiode fielen außer anderen Vorkehrungen, die der Redner streifte, die Gewerbeverordnungen. Zu diesem Punkt meinte der Redner, er sei den Organen der Parteigenossen schuldig, gegenüber einem Bericht des Ausschusses der Gewerkschaftskommission folgenden festzustellen: In einer Sitzung, an der Vertreter des Ausschusses der Gewerkschaftskommission, des Parteivorstandes, der Redaktion, die Vertrauensleute und die Preßkommission teilnahmen, sei seitens der Gewerkschaftsvertreter verlangt worden, daß der „Vorwärts“ auf die Wahl bezügliche Angelegenheiten nur von der Gewerkschaftskommission, aber nicht vom Gewerkschaftsleiter aufnehme. Dieses Verlangen sei abgelehnt und dann beschlossen worden, daß von keiner der beiden Seiten Publikationen im redaktionellen Teil gebracht werden. Ueber die weitere Tätigkeit des Vorstandes teilte der Redner mit, daß der Kreis die ihm zugeteilten Provinzkreise durch Agitation und Zuzug von Geldern unterstützt und überhaupt lebhaftes Verhältnis mit den Kreisen unterhalten hat. Nach weiteren geschäftlichen Mitteilungen, verlas der Redner einige von Mitgliedern gestellte Statutenänderungsanträge, die nach Erledigung der Berichte beraten werden sollen.

Das Ansehen der im Laufe der Berichtszeit verstorbenen Mitglieder erhebt die Versammlung durch Erheben von den Egen. Hierauf erstattete der erste Kassierer Fahrow den Kassierbericht für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Oktober. Die Einnahmen beliefen sich auf 42 982,13 M., die Ausgaben auf 42 362,67 M., davon sind 33 200 M. an die Parteikasse abgeliefert und 3000 M. für die Landagitation verwendet worden. Seit dem 1. Dezember vorigen Jahres sind 98 040,15 M. eingenommen, 97 420,09 M. ausgegeben, davon 83 500 M. an die Parteikasse. — Der zweite Kassierer Bachgänger berichtete, daß er seine Einnahme in Höhe von 23 096 M. nach Abzug einer Ausgabe von 6 M. an den ersten Kassierer abgeliefert hat.

Den Bericht der Preßkommission erstattete Weber. Unter anderem teilte er mit, daß die Kommission die Veranstaltung einer Abendausgabe des „Vorwärts“ ablehnte, dagegen die Herausgabe einer Vorortbeilage befürwortete. Die Abendausgabe würde nach einer Berechnung des Redners allein für den sechsten Kreis an Expeditionskosten eine Mehrausgabe von 50 000 M. erfordern. Die gesamten Mehrkosten würden 180—190 000 M. betragen. Die Vorortbeilage würde etwa 40 000 M. Mehrkosten verursachen.

Diesem Bericht folgte eine längere Diskussion. Einzelne Redner traten für Verbilligung des „Vorwärts“ ein, andere wünschten die Einführung des Wochenabonnements zu 25 Pf. Wieder andere Redner wiesen nach, daß die Verbilligung sowie das Wochenabonnement nicht die erwartete Folge, nämlich die Vermehrung der Abonnentenzahl, haben würde. Uebrigens sei doch die Auflage bei dem gegenwärtigen Preise in recht erfreulicher Weise gestiegen. Von einer Seite wurde bemängelt, daß kürzlich eine Pöbler- und eine Heilsarmee-Versammlung im „Vorwärts“ inseriert war, worauf von anderer Seite entgegnet wurde, daß man den Inseratenteil auch politischen Gegnern nicht sperren solle und daß doch niemand glauben könne, die Aufnahme eines Inserates sei gleichbedeutend mit einer Empfehlung durch die Redaktion. Schließlich brachte Fuß eine Angelegenheit der Buchdrucker-Hilfsarbeiter des „Vorwärts“ zur Sprache. — Hierzu bemerkte Freythal, diese Angelegenheit gehöre nicht zur Kompetenz der Preßkommission. Es sei niemand hier, der die Angelegenheit der Hilfsarbeiter aus eigener Anschauung kenne, deshalb könne dem Genossen Fuß auch keine Auskunft darüber erteilt werden. Was Fuß hier vortrage, wisse er nur vom Hörensagen, es sei die Darstellung der einen Seite, die Partei in dieser Angelegenheit sei. Man könne die Richtigkeit solcher Behauptungen doch nicht prüfen, wenn man nicht die andere Seite gehört habe. Da das an dieser Stelle nicht möglich sei, so hätte Fuß seine Anklagen nicht hier erheben, sondern sie bei der Instanz erheben sollen, wo sie hingehören. Uebrigens sei die Angelegenheit längst erledigt worden.

Hierauf folgte die Berichterstattung der Mitglieder der Agitationskommission. Lautant besprach die Verhältnisse in den Kreisen Ost- und Westpreußen. Dobroholow schilderte die Tätigkeit in den Kreisen Spandau-Dahlemer und Ruppiner-Templin. Beide Redner konnten konstatieren, daß die agitatorischen Arbeiten in diesen Kreisen von Erfolg begleitet waren.

Den Bericht der Lokalkommission gab Thiele. Die Einzelheiten sind bereits aus der Berichterstattung in anderen Kreisen bekannt.

Kummehr wurden die Neuwahlen vorgenommen. Sie hatten folgendes Ergebnis:

- 1. Vorsitzender Freythal, 2. Vorsitzender Riesel, 1. Kassierer Fahrow, 2. Kassierer Bachgänger, 1. Schriftführer Paul Schmidt, 2. Schriftführer Scior, Beisitzer: Lesau, Wegehaupt, Anders, Revisoren: Gase, Baumann, Eicholz.

- Preßkommission: Weber und Richter. Agitationskommission: Dobroholow und Lautant. Lokalkommission: Thiele, Puchowig, Genshel und Wenzel.

- Abteilungsführer: Achilles (Roabit), Trapp (Gesundbrunnen), Knid (Rosenthaler Vorstadt), Krenndsee (Oranienburger Vorstadt), Hönisch (Schönhauser Vorstadt), Seeger (Wedding).

- Abteilungskassierer: Preß (Roabit), Fritsch (Gesundbrunnen), Matzke (Rosenthaler Vorstadt), Zieh (Oranienburger Vorstadt), Müller (Schönhauser Vorstadt), Melzer (Wedding).

- Schiedskommission: Eid, Mahlow, Joseph, Sauerweier, Weber, Karl Schulz.

Die im Vorstandesbericht erwähnten Anträge wurden bis zur nächsten Generalversammlung vertagt. Sie beziehen sich in der Hauptsache darauf, daß die Stellung von Anträgen zum Parteitag, welche in der Generalversammlung verhandelt werden sollen, nicht an die statutenmäßige Frist gebunden sein soll.

Der Metallarbeiter-Verband hielt am Sonntag in dem Riesenaal der „Neuen Welt“ eine außerordentliche General-

versammlung ab. Der Antrag zu dem Lokal war ein so enormer, daß sämtliche Tische daraus entfernt werden mußten, um für die Erschienenen, soweit möglich, Platz zu schaffen; trotzdem erfolgte noch die polizeiliche Absperrung, und Hunderte konnten wegen Ueberfüllung keinen Einlaß mehr finden. Im Saal, mit Einschluß der Bühne, und auf den Galerien saßen und standen, Kopf an Kopf gedrängt, wohl annähernd 6000 Personen. Auf der Tagesordnung stand die in der vorigen Versammlung vertagte Beratung eines Antrages, während der Dauer eines Brandstreiks auch den Arbeitslosen der betreffenden Gruppe Streikunterstützung zu zahlen. Da die Ortsverwaltung jetzt zur Ansicht gekommen war, daß der Antrag im gegenwärtigen Verbandsstatut keine Stütze findet, seine Durchführung am Orte allein aber auf finanzielle Schwierigkeiten stoßen dürfte, so empfahl sie der Versammlung, die Materie dem nächsten Verbandstage, der zu Pfingsten in Leipzig stattfindet, zur endgültigen Erledigung zu überweisen. Nach eingehender Debatte stimmte die Versammlung diesem Vorschlage zu.

Einstimmig angenommen wurde sodann ein Antrag, für die Dauer des jetzigen Kampfes in der Selbstmetall-Industrie, mindestens aber für die Dauer von acht Wochen, vom 1. Dezember ab gerechnet, die wöchentlichen Mitgliederbeiträge in doppelter Höhe zu erheben. Mit dem Referenten Cohen war die Versammlung einmütig der Meinung, daß die in Arbeit stehenden Metallarbeiter Berlins die Streikenden und Ausgesperrten seinerzeit in den öffentlichen Versammlungen zum treulichen Ausharren aufgefordert haben, sie sich in Anbetracht der geradezu mütterlichen Haltung der Arbeiter, Drücker usw. auch ein kleines Opfer zu deren Unterstützung aufzuopfern hätten und daher eine Verdoppelung der Beiträge für alle Mitglieder im Bereich der Verwaltungsjuristen Berlin als das Mindestmaß der erforderlichen Solidaritätsleistung anzusehen sei, umso mehr, als der Streik noch ebenso lange dauern könne, als er bereits gedauert hat.

Die Former und Gießerei-Arbeiter (Sektion des Metallarbeiter-Verbandes) hielten am Montag im Gewerkschaftshause eine kombinierte Branchen-Versammlung ab. Zunächst berichtete Abg. Alwin Körstin über den Stand des Formerfonds, dessen Verwaltung in seinen Händen liegt. Auf Antrag aus der Versammlung wurde den Streikenden und Ausgesperrten der Selbstmetall-Industrie sodann eine Summe aus diesem Fonds als Beitrag zur Weihnachts-Unterstützung überwiesen. — Hierauf berichteten die Branchenvertreter über die Tätigkeit der beiden Agitationskommissionen, von denen je eine für die Selbstmetall- und Bronze-Industrie und für die Groß-Eisenindustrie besteht. Für die Metallformer war im laufenden Jahre die Arbeitslosigkeit eine durchweg gute. Bei der günstigen Geschäftskonjunktur überwoog zeitweilig die Nachfrage nach Arbeitskräften das Angebot. Diesem Umstande war es auch wohl zuzuschreiben, daß die meisten Differenzen mit Arbeitgeberern auf gutlichem Wege erledigt werden konnten. Außer dem gegenwärtigen großen Streik resp. der Absperrung, an denen ca. 350 Metallformer und Gießereiarbeiter beteiligt sind, kam es nur in zwei Fällen zu Werksstreiks, von denen einer nach drei Wochen erledigt wurde, der andere (Schwidlinski) noch fortgeführt wird. Letzterer hat der Organisation eine Höchstzahl polizeilicher Strafmandate wegen angeblicher Vergehen von Streikposten in der Höhe von über 1000 M. gebracht. Für die Eisenformer bot sich ebenfalls genügend Arbeitsmöglichkeit; jedoch kam es zu außerordentlich häufigen Differenzen in den verschiedenen Betrieben. Vor allem hatten die Eisenformer gegen das vielfach geradezu rigorose Auftreten der Meister Front zu machen und oft stand der Ausbruch von Streiks nur noch auf des Meisters Schneide. Gerügt wurde alsdann ganz entschieden die Schlappheit der Kollegen in einer Reihe von Betrieben, die soweit geht, daß sie den winzigen Ertragsunterschied aus dem Schwarzloppfischen Streik noch jetzt nicht einmal überall Geltung verschafft haben. — Die hierauf vorgenommenen Wahlen hatten folgendes Ergebnis: In die Agitationskommission der Metallformer: Stöbhad, Jadsch, Förster, Hammerschmidt, Röbder, Jergang, Schreiber, Körtin und Schwabedal als Branchenvertreter. In die Agitationskommission der Eisenformer: Jernide, E. Schmidt, Demig, Stewert, E. Müller, Selterich, Klz und L. Müller als Branchenvertreter. Als Revisoren: Günther und Hahn.

Der Verband der Kürschner Berlins betrieb seit einiger Zeit Einigungsverhandlungen mit dem Vorstande des Deutschen Kürschner-Verbandes. Der Berliner Verband hatte am 28. September eine Resolution angenommen, welche in acht Punkten die Bedingungen aufstellt, unter denen die Verschmelzung mit dem Deutschen Verbande stattfinden sollte. Eine Einigung über alle acht Punkte der Resolution konnte nicht erzielt werden. Die Differenzen betreffen hauptsächlich folgende Forderungen: Die Berliner wollen dem Hauptvorstande das Bestätigungsrecht des von ihnen gewählten örtlichen Vorstandes nicht zugestehen. — Der Hauptvorstand erklärt die Bestätigung zwar nur für eine Formalität, von der er jedoch nicht absehen könne, weil sie eine Statutenänderung bedingt, die nur der Verbandstag beschließen kann. — Ferner wollten die Berliner, daß ihnen außer den 20 Proz. der Gesamteinnahme die Kosten ihres Bureaus aus der Hauptkasse gezahlt würden. Als Beitrag wollten die Berl. 20 Pf. für männliche und 10 Pf. für weibliche Mitglieder entrichten, dafür aber von Extrasteuern befreit bleiben, ausgenommen wenn solche für große, von der Gesamtheit der Kollegen zu unterstützende Streiks und Absperrungen nötig sind. — Hinsichtlich dieser Forderungen schlug der Hauptvorstand folgendes bis zum nächsten Verbandstage geltende Provisorium vor: Entweder, der Beitrag beträgt 35 Pf. und die Hauptkasse übernimmt die übrigen Kosten, oder der Beitrag wird nach dem Berliner Vorschlage erhoben und die Hauptkasse zahlt jährlich 1000 M. zu den übrigen Kosten (für das Bureau).

Am Mittwoch hielt der Verband der Kürschner Berlins eine Mitgliederversammlung ab, die sich mit dieser Angelegenheit beschäftigte. Der anwesende Hauptvorsitzende des Deutschen Verbandes, Schubert, begründete den von seiner Organisation vertretenen Standpunkt, während mehrere Redner des Berliner Verbandes die vom Hauptvorstand vorgeschlagenen Änderungen der Einigungsbedingungen als unannehmbar erklärten. Schließlich wurde folgende Resolution angenommen:

Die Versammlung erklärt: Wir erblicken eine dauernde und ehrliche Einigung nur dann geboten, wenn unsere Forderungen, wie sie in der Resolution vom 28. September niedergelegt sind, vom Deutschen Kürschner-Verband angenommen werden. Da der Hauptvorstand, vertreten durch den Kollegen Schubert, heut die Annahme

der Resolution ablehnt, so ist für uns der Beweis erbracht, daß es dem Zentralverband nicht um eine Einigung, sondern nur um eine Unterwerfung unsererseits unter das Statut desselben zu thun ist, welches wir entschieden ablehnen und die Verhandlungen für beendet erklären. Die Mitglieder verpflichten sich, wie bisher so auch später treu und fest zum Verband der Kürschner Berlins und der Umgegend zu halten und den Uebertritt zum Zentralverband zu vollziehen, wenn die Resolution vom 28. September angenommen wird.

Der Vorsitzende Grandel teilte hierauf mit, daß die Verhandlungen der Schlichtungskommission resultatlos verlaufen sind. Es handelt sich darum, daß einige Arbeitgeber den bestehenden Tarifvertrag so auslegen, daß auch am Sonnabend 9 Stunden gearbeitet werden soll, während bei füngemäher Auslegung des Vertrages die Arbeitszeit am Sonnabend nur 8 1/2 Stunden betragen soll. — Grandel forderte die Kollegen auf, für die Kündigung des Vertrages, der im Mai nächsten Jahres abläuft, Propaganda zu machen, damit ein neuer Vertrag abgeschlossen werden könne, der jeden Zweifel ausschließt. — Ferner wurde der Vorstand beauftragt, eine Revision des Statuts vorzunehmen. — Mitgeteilt wurde noch, daß beim Meister Feude der Firma Lindener 41 Kollegen die Arbeit niedergelegt und 50 Hilfsarbeiter sich ihnen angeschlossen haben.

Der Berliner Konsumverein hielt am Sonntag, den 27. November im Gewerkschaftshause seine diesjährige Delegierten-Hauptversammlung in Gegenwart von 132 Delegierten sowie einer größeren Anzahl von Gästen (hauptsächlich Angehörigen) ab. Den Geschäftsbericht gaben der Verwaltungsvorsitzende Wilhelm Lamm sowie der Geschäftsführer R. Junger. Während der erstere sich mehr mit den allgemeinen Angelegenheiten des Vereins befahte, erläuterte der letztere in eingehender Weise die gedruckt vorliegende Geschäftsübersicht, die ausführlich die Umsätze der einzelnen Verkaufsstellen, das Gewinn- und Verlustkonto, die Bilanz sowie den Gewinn-Verteilungsvorschlag der Verwaltung enthielt. Im Anschluß hieran berichtete noch Gemeindevertreter O. John-Kummelsburg als Rendant der Schlächterei-Genossenschaft Berlin-Kummelsburg über den Stand dieses mit dem Berliner Konsumverein eng verbundenen Unternehmens. Hierauf bestätigte namens der Revisionskommission des Verwaltungsrates Rechtsanwalt Max Steinschneider die Richtigkeit der vorliegenden Bilanz und schloß daran in Eröffnung der Debatte über die Geschäftsberichte eine ausführliche Auseinandersetzung über Genossenschafts-Schlächtereien im allgemeinen, über den Fall Leipzig-Connewitz, über den Rabat-Sparverein „Berlin Süd-Ost“ und dann auch über unseren Lieferantenverkehr, speziell darauf hinweisend, daß letzterer erst es uns ermöglichte, die vorgeschlagene Rückvergütung von 4 Proz. zu verteilen. In der weiteren ausgedehnten Debatte beteiligten sich Bitter, John, Reuber, Habicht, Huber, Zimmermann, Lamm, Hegle, Kopenhagen, Steinschneider, John (nachmals), Walle und als letzter der Geschäftsführer Junger. Die meisten der Redner beschäftigten sich mit dem Schlächereibetriebe, die Kummelsburger John, Reuber und Walle hauptsächlich mit dem Lieferantenverkehr in seiner nicht recht gefallenen derzeitigen Art, die Richterberger Zimmermann, Kopenhagen und Hegle mit den Lieferanten gemachten Vorwürfen, nicht eifrig genug für ihre Verkaufsstellen gewirkt zu haben. Unter teilweiser Zugabe der Berechtigung solcher Vorwürfe versicherten sie jedenfalls, daß nunmehr in Richterberg energischer vorgegangen werden solle. Ein von Zimmermann gestellter Antrag, die vorgeschlagene Verwaltungsentschädigung von 800 M. auf 450 M. zu reduzieren, fand nicht die genügende Unterstützung (10 Hände), als bekannt wurde, daß an diesen 800 M. circa 50 Personen partizipieren. Die vorgelegte Bilanz samt Gewinnverteilungs-Vorschlag wurde hierauf gegen 1 Stimme genehmigt. Die gestellten Anträge, Erhöhung des Eintrittsgeldes auf 60 Pf. vom 1. Januar 1905 an (zurzeit nur 20 Pf.) sowie auf Einführung einer neungliedrigen Statutenrevisions-Kommission, wurden angenommen. Aus den Wahlen zum Verwaltungsrat gingen außer verschiedenen Wiederwahlen als neu gewählt hervor Steinicke und Bitter (Osten), Engel (Roabit), Barthel (Kummelsburg), Glade (Richterberg). In das Genossenschaftsbureau wurde neugewählt Reuber (Kummelsburg), während die anderen vier Genossen wiedergewählt wurden.

Die Kassierer (Sektion des Maler-Verbandes) hielten am Mittwoch bei Dräsel eine Sektionsversammlung ab, in der Frau M. Zieh über „Die Stellung der Frau zur Gewerkschaftsbewegung“ sprach. In dem Referat griff die Vortragende auf eine neuerdings erfolgte Statutenänderung der Organisation zurück, wonach derselben jetzt auch weibliche Mitglieder angehören können, und legte im Anschluß hieran den Erschienenen die Notwendigkeit der Organisation auch für die Berufsarbeiterinnen klar. Dem beifällig aufgenommenen Vortrage folgte eine ausgedehnte Diskussion, in der das immer stärker hervortretende Eindringen der weiblichen Arbeitskraft auch in das Lackierergewerbe, Hand in Hand gehend mit deren durchaus ungenügender Entlohnung, eingehend besprochen wurde. Mehrere Redner hoben besonders hervor, daß Frauen und Mädchen von den Fabrikanten gerade zu den gesundheitsgefährlichsten Berufsarbeiten verwandt würden, wie beispielsweise zur Bedienung der noch obendrein sehr unpraktischen Spritzapparate. Die Referentin gab den Versammelten anheim, sich wegen dieses offenbaren Mißbrauchs der weiblichen Arbeitskraft beschwerend an die Fabrikinspektion zu wenden, da diese Art der Arbeitsverteilung ähnlich gesundheitsgefährlich sei wie die Verwendung von Bleiweiß.

Unter Vereinsangelegenheiten wurde sodann beschlossen, beim Hauptvorstand zu beantragen, anschließend an die im März n. J. in Hamburg stattfindende Generalversammlung des Verbandes eine Konferenz der Kassierer einzuberufen. Seine Begründung fand der Antrag in dem Hinweis darauf, daß auf den Generalversammlungen meistens nur die Spezialangelegenheiten der Maler in breiter Weise erörtert würden, dagegen die der Kassierer kaum nebenächlich zur Besprechung gelangten. Als Kandidaten der Sektion sollen der demnächst stattfindenden kombinierten Filialversammlung die Kollegen Höß und Gutard vorgeschlagen werden. Scharf bemängelt wurde zum Schluß noch der vom Hauptvorstand angeordnete Wahlmodus zu den Delegiertenwahlen; denn nicht nur sei dieses Wahlsystem noch indirekter wie indirekt, sondern der Hauptvorstand behalte sich auch noch obendrein in gänzlich un-demokratischer Weise das Bestätigungsrecht der gewählten Delegierten vor.

Bratflundern
(Kleine Scholle)
pro Pfd. 17—20 Pf., 3 Pfd. 50 Pf., 6 Pfd. 90 Pf.
Cabliau, ohne Kopf Pfd. 30—33 Pf.
im Anschn. „ 35 Pf.
(zum Kochen und Braten).

Alle Fischarten sind infolge großer Fänge (soeben in großen Mengen eingetroffen). Die mannigfachen Zubereitungen sind aus dem umfangreichen See- und Süßwasserfisch, das jeder Käufer gratis erhält, ersichtlich.
Ein Versuch mit diesen äußerst schmackhaften Fischen ist jeder Hausfrau zu empfehlen.
Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“
Filiale: Berlin C. 2, Bahnhof Börse, Bogen 8—10.
Verkaufs-Niederlagen:
Prinzenstrasse 80 | Madalstrasse 22 | Landsbergerstrasse 52-53
(am Moritzplatz). | (im Schlesischen Bahnhof). | (der Kurzenstr. gegenüber).

Schellfisch, Seelachs, Muscheln, Scholle, Bozungen, Goldbarsch, Roche, Heilbutt, Tarbutt, Steinbutt, Seezungen, Branzini, lebende Hummer, Ia. holländer Austern, Zander, Silberlachs, Lachs-Schellfisch (Haddock), Stockfisch etc. etc. ebenfalls sehr billig.

Kuffeke's Kinder-mehl

Die Kinder gedeihen vorzüglich dabei und leiden nicht an Verdauungsstörung.

Hervorragend bewährt bei Brechdurchfall, Darmkatarrh, Diarrhöe etc.

Möbel-Fabrik u. Lager kompletter Wohnungs-Einrichtungen zu Fabrikpreisen - Eigne Werkstätten - empfiehlt
Julius Apelt, Skalitzerstr. 6, am Kottbusser Tor.
Nur 1,50 Mk. jede Uhr
 bei mir zu reparieren u. reinigen unter Garantie des Gutgehens (ohne Bruch). Kleine Reparaturen billiger. Große Auswahl in Uhren u. Goldwaren zu billigsten Preisen. Goldene Damen-Remontoir v. 50,-, Silberne Remontoir v. 9,-, Regulatour, Freischwinger, Wecker- u. Wanduhren. Goldene Herren- u. Damen-Ketten, Ringe, Schmucksachen in modernsten Façons für jeden Geschmack. Für jede bei mir gekaufte Uhr leiste 3 Jahre Garantie.
Karl Lux, Uhrmacher, Chausseestr. 34.

Gold-, Silber- und Alfenidewaren, Stand-, Wand-, Taschen- u. Weckeruhren
 (dreijährige Garantie)
 in größter Auswahl und moderner Ausführung. Spezialität:
Goldene Ringe und Ketten.
 Ausgedehntes u. reichhaltig sortiertes Lager in prachtvollen Schmucks, Ohrgehängen, Nadeln, Medaillons etc.
Passende Weihnachtsgeschenke jeder Art!
 Hochzeits-, Paten-, Jubiläumsgeschenke und Vereinsgaben!
 Schöne und moderne Tafelaufsätze, Fruchtkörbe, Bowlen, Trinkhörner etc.
Billigste, feste Preise!
 Gegr. 1877. **Reinh. Wankel** Gegr. 1877.
Brunnenstraße 163
 (zwischen Anklamer- und Invalidenstraße). 13022*

Schönstes Weihnachtsgeschenk!
 Photographische Apparate und Bedarfsartikel
 in großer Auswahl, neueste und bewährte Konstruktionen in jeder Preislage schon von 3/4 Mark an.
 Ausführliche Gebrauchsanweisung wird jedem Apparat beigegeben; auch sachmännlicher Unterricht gratis erteilt.
Herm. König,
 Rüdersdorferstraße 42 und Zorndorferstraße 9.
 4535
Adreßbuch der westlich. Berliner Vororte
 - 1905 -
 (Grünwald, Halensee, Wilmsdorf, Zehlendorf, Dahlem, Schlachtensee, Nikolassee, Wannsee, Neubabelsberg und Grunewald-Först) mit 10 farbigen Planspielen.
 Bearbeitet auf Grund der amtlichen Einwohnermeldelisten.
 Elegant gebunden. - Preis 2 Mark.
 Zu beziehen durch den Buchhandel und direkt vom Verlag des „Grünwald-Echo“, Grunewald, Königs-Allee 6.
 Telefon: Amt Wilmsdorf Nr. 846.

Zum Weihnachtsfest
 kaufen Sie am besten auf Teilzahlung wöchentlich nur 1,- M. Herren- und Damenuhren, Standuhren, Regulatour, Freischwinger, Broschen, Ohrringe, Ringe, Ketten etc. sowie auch echte Menzohauer Zithern, Phonographen und Plattensprechmaschinen, auch für Restauratour. **Jahre & König, nur Warschauerstr. 72, I.** Wir unterhalten keine Filialen.

Jedes 5 Pfennig. Wort: 5 Pfennig. Kleiner Anzeigen.

Verkäufe.

Winterpaletots, Badetanzgü, Gebrodanzgü, Damenkonfektion, verfallene, raunenregend. Pfandleihhaus Weidenweg 19. 133*

Winterpaletots, Taschemühen, spottbillig. Pfandleihhaus Weidenweg 19. 133*

Winterpaletots, Aussteuerstücke, Regulatour. Pfandleihhaus Weidenweg 19. 133*

Winterpaletots, Noppen, Freischwinger, Weckeruhren Pfandleihhaus Weidenweg 19. 133*

Winterpaletots, Betten, Steppdecken, Teppiche. Pfandleihhaus Weidenweg 19. 133*

Winterpaletots, Gardinen, Stores, Portieren. Pfandleihhaus Weidenweg 19. 133*

Winterpaletots, Bettvorlagen, Bettstellen. Pfandleihhaus Weidenweg 19. 133*

Winterpaletots, Damenkleide, Schmucksachen. Pfandleihhaus Weidenweg 19. 133*

Winterpaletots, Trauringe, Siegelringe, Damenuhren. Pfandleihhaus Weidenweg 19. 133*

Winterpaletots, Damenleinen, Herrenleinen, Spottbriefe. Pfandleihhaus Weidenweg 19. 133*

Pfandleihe Küstnerplatz 7, verkauft spottbillig Betten, Bettwäsche, Teppiche, Tischdecken.

Trauringe, Herrenuhren, Damenuhren, Ketten spottbillig Pfandleihe Küstnerplatz 7.

Winterpaletots, Noppen spottbillig Pfandleihe Küstnerplatz 7.

Betten, Freischwinger, goldene Damenuhren sehr billig. Pfandleihe Küstnerplatz 7.

Gardinenhand Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

Hochbornahme Herren-Anzüge, Winterpaletots, vorjährig, aus feinsten Stoffen, 18,00-38,00. Deutsches Verleihanhaus, Jägerstraße 63 I. *

Herren-Garderobe nach Maß, saubere Arbeit, großes Stofflager Paletot, Anzug 36 Mark an. Kauff beim Handwerker, lässt den Handwerker verdienen. Teilzahlung gestattet. F. Dörge, Dresdenerstraße 109.

Zurückgebliebene Paletots und Herren-Anzüge aus feinsten Stoffen von 15,00 Mark an verkauft Verleihanhaus, Jägerstraße 63 I. *

Winter-Überzieher, Herrenanzüge, wenig getragene Kommoden über von 6 Mark an, große Auswahl, für jede Figur, auch neue zurückgebliebene, kauft man am billigsten direkt nur beim Schneidermeister Fürstentel, Rosenbalerstraße 15, III. Sonntag ganzen Tag geöffnet. 149/16*

Reisemuster, Gebrodanzgü, Badetanzgü, Frachtmobele, prima, spottbillig. Schönhauser Allee 72b, dort III links. 149/15*

Zentralleihanhaus für Damen-Bekleidung, Jägerstraße 70, Damen-Mädel, Jacketts, Capes, Kostüme, Mädel, Blusen, neu und getragen, äußerst preiswert. 4406*

Damenpaletots, Saccos, Reilemodelle, teils auf Seide, durchweg 8 Mark. Vollen elegante Steppdecken halt 8 Mark durchweg 3,75, Vollen elegante Kostüme 3-8 Mark, Wert dreifache. Julius Reumann, Belle-Alliancestraße 105. 1518*

Kostümröde, Blusen, spottbillige Fabrikpreise. Einzelverkauf, Kaufanfertigung. Blumenstraße 9, 3846*

Krawattenstoffe, größte Auswahl Säuertheaterstraße 30. 365*

Teppiche mit Farbenleher, Gardinen, Steppdecken, Portieren, Tischdecken, Bettvorlagen, Küstnerstoffe, Divandeken spottbillig wegen Räumung bis Weihnachten. Teppichhaus Gomard Ködler, Potsdamerstraße 100.

Reise für Knabenanzüge, Mädchen- jacketts, Mädelstoffe, Fußschuhe gratis. Swinmühlstraße 85, I. 1108*

Teppiche, Portieren, Gardinen, Steppdecken, Tischdecken, Läufer wegen Ueberfüllung spottbillige Räumung. Etoehr, Mühlstraße 17. *

Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Gadescher Ruch 4, Bahnhofs Böde. 142/12*

Bettfedern von 35 Pfennig an; echt hiesige Randarinen - Daun 1,00 Mark pro Pfund. Fertige Betten 11 Mark an. Max Schöne, Landberger Allee 149. Täglich Dampf-bettfedern-Reinigung. 748*

Trifolagen, Massenanzüge, Jabel- halt billig. Reimendorferstraße 7a, Marcus. 568*

Kleiderstoffe für den halben Preis. Marcus. 568*

Gardinen, Teppiche, Küstnerstoffe. Marcus. 568*

Arbeiterhemden, bestes eigenes Fabrikat. Marcus. 568*

Kostüme, Blusen, Kleideranfertigung. Marcus. 568*

Möbel, Teppiche. Durch Zufall habe ich große Partien Waren wieder gekauft. Offiziere deshalb, soweit der Vorrat reicht, spottbillig: hochlegante, neue Ausbaumeinrichtungen sowie einzelne Möbelstücke, Büffette, Schreibtische 20,00, Bücherregale, Waschtisolett, Anleideschränke, Säulentrumeaus 30,00, Salongarnituren, Paneelesofas, Tische, Bettstellen, Ruhebetten mit hochleganten Dimanden 22,50, prachtvolle, ergrünte Salonteppiche 18,00 und 25,00, munder-schöne Zimmerteppiche 8,00, Spandertische, reichgeleimte Tischportieren, Steppdecken, Tischgardinen, Tisch-tischdecken 5,00, Küchenmöbel, Platinos, Bilder, Kronen, Uhren spottbillig nur im großen Möbel-Verkaufspiegel (Kuhler Bahnhöfen) Reimendorferstraße 25, direkt Hochbahnhaltestelle. Ganze Warenlager, Konform-massen, Wirtschaften laufe jederzeit und lasse dieselben zu coulantem Bedingungen veräußern. Genuete Möbel lagern kostenlos. 24688*

Möbelhandlung hat die schönsten, nützlichsten Weihnachts-geschenke, Tische, Schreibtische 48, hoch-elegante Garnituren 125, Paneelesofas, Stoffsofas 40, bunte elegante vollständige Kücheneinrichtung 60, Trumeaus, Stagen, Bauernische, Säulenständer, Zigarrenständer, Paneelesofas, Klaviersessel, Wohnungseinrichtungen, reichte Auswahl, billige Preise. Eigene Werkstätten. Girschwitz, Mariannenstraße 7a.

Möbelhandlung liefert geschmackvolle Wohnungseinrichtungen sowie einzelne Möbel. Moderne Küchen. Große Auswahl. Kein Laden, nur Keller und Hinterzimmer. Teilzahlung, Garnat, Tischlermeister, Dresdenerstraße 124. 1538*

Gute Möbel, Nähmaschine, selten billig. Reich, Dittmannstraße 20. *

Kinderwagen, Kinderbettstellen, gebrauchte, zurückgebliebene Puppenwagen, Kinderstuhl spottbillig. Schneider, Kurfürstenstraße 172. *

Vinoleum, Wandstühle, Teppiche, Läufer, Reife, keine Fehler. spottbillig. Müller, Holzmarktstraße 52. Große Frankfurterstraße 45. 130*

Multwerke, selbstspielende, Teil- zahlungen. Invalidenstraße 148 (Eingang Bergstraße), Frankfurterstraße 56, Stalgerstraße 40. 768*

Hochbornahme Herren-Anzüge aus feinsten Stoffen 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verleihanhaus Germania, Unter den Linden 21. Keine Filialen. 1548*

Schönelegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verleihanhaus Germania, Unter den Linden 21. Keine Filialen. 1548*

Nähmaschinen, Zahl bis 10,00, wer Teilzahlung Nähmaschinen kauft oder nachweist. Alle Systeme. Woche 1,00. Postkarte. Vorchert, Jörnborferstraße 50. 127/19*

Ringschiffchen, Bobbin, Schnell- näher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Postkarte genügt. Köpferstraße 60/61. Große Frankfurterstraße 43. Brienlauerstraße 50/50.

Teppiche mit Farbenleher Fabrik-niederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

Sofas, größte Auswahl, von 21 Mark an, direkt in der Fabrik Blumenstraße 35b. 1618*

Nähmaschinen! Ringschiff, Adler, General-Bobbin, Orion, Wheeler und Wilson, Flatfil, Säulen re. Prima Qualität, Preise billigst. Für die Güte meiner Nähmaschinen sprechen Tausende meiner Kunden. Drei Jahre reelle Garantie, bei Abzahlung fantastische Bedingungen. E. Bellmann, Gollnowstraße 26, nahe der Landbergerstraße. Alte Maschinen nehmen in Zahlung. 151*

Bringmaschinen, Rindfleischhacker, Zober, Schwann, beste Ware. Teilzahlung gestattet. Postkarte. Kottloff, Stalgerstraße 108. 588*

Bronzegadronen! zweifachmig! 5,00, dreifachmig 6,00. Salon-Gadronen 15,00. Gasöfen 1 1/2. Schan-fensterlicht spottbillig. Wallnertheaterstraße 32 (Gaslocherhaus). 1408*

Petroleumöfen! Gasheizöfen, 6,00, große Auswahl. Wallnertheaterstraße 32 (Gaslocherhaus). 1398*

Gasheizöfen! Sparstern 6,00, Reicherstein 7,00. Große Saalheizöfen! Petroleumöfen billig. Wallnertheaterstraße 32 (Gaslocherhaus). *

Reifenmaschinen von 8,00 an, Werkzeuge leihweise, gebrauchte Gummiwerkzeuge und Pumpen billig. B. Wolf, Pumpenfabrik, Aders-trache 81. 1318*

Anzahlungs-frei! Treiben, Kon- versations-Veritas, Klaffler, Ziel-offerten (Küchporto) „Bühnervertrieb“, Samariterstraße 24. 4006*

Steppdecken billigst Febril Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

Restaurations sofort veräußert! Schultzestraße 55. 189*

Restaurations, voller Schant, un- kündehalter billig zu verkaufen. Baugewer, Friedbergstraße 2. 4706*

Weihnachts-Zigarren vorzüglicher Qualität empfiehlt billigst Kind, Rüdors, Riechenstraße 21. *

Kleine Drehbank mit Laufge- borrichtung Ködler, Ritterstraße 17.

Gratis elegante Kostümröde, wer Nähmaschine kauft oder nachweist, wöchentlich 1,00. Lange, Demminers-trache 21. Postkarte. 1102

Bett, prachtvolles, 17,00. Mädel, Dresdenerstraße 38. 498*

40 Kanarienvogelchen 0,70! Kanarienvogelchen billig! Kornholz, Schan-horststraße 34, Cauergebäude. 4845

Daneel-Wischlöcher, zwei Sessel, großer Teppich, zwei Bettstellen, Liebergarden veräußert, wie neu. Stettinerstraße 58a III. 5075

Nähwarengeschäft umständehalber preiswert zu verkaufen. Gollnowstraße 34. 128/1

Zigaretten-Einzelverkauf Fabrik-preise. Hochfeine Marken. Kein Laden. Schönholzerstraße 22, part. 1

Restaurations Mädel 20,00, muß wegen Krankheit des jetzigen Inhabers sofort billigst verkauft werden. Dallborferstraße 5. 4075

Ofen, eiserner, für Geschäftszwe- ke. Holzher, Winterbergstraße spottbillig. Wunderlich, Brandenburg-straße 80. 4795

Achtung! Paletots, Anzüge, wegen vorgerückter Saison bedeutend unter Preis. Mois Plz., Jerusalemstraße 8. 4506*

Kanarienvogel 4,00, tolle Vor- länger, Seifensklamm 7 bis 15,00, Schloßplatz 2 II. 54/12

Nähmaschinen ohne Anzahlung, 6,00 Vergütung. Postkarte. Breitholz, Adersstraße 10. 138*

Herrenuhren, Damenuhren, feinste Werke und Muster. Spottbillig. Weimarschloßverkauf, Reihhaus Reise Schönhauserstraße 11. 5095

Restaurations, billige Mädel, in Säbwellen gelegen, Fabriklieferung und Jochstellen sofort preiswert zu verkaufen. In erlangen Kreuzberg-straße 15 im Zigarrengeschäft. 1149

Taschenlöcher, Schlaflöcher 25,00, lat neu. Werke, Dohmeierstraße 17, Cauergebäude parterre. 158

Zwei Mark viertelstündig Damenhemden, Herrenhemden 3,30, große Bettlaken 1,30, Normalhemden, Barchendhemden sowie elegante Reismuster spottbillig. Wäsche-fabrik Salomonsky, Dirschstraße 21 (Alex-anderplatz). 128/2

Nähmaschinen sämtlicher Systeme ohne Anzahlung. Woche eine Mark, gebrauchte spottbillig. Postkarte genügt. Wienerstraße 6, Adersstraße 113. 5065

Nußbaummöbel, drei Zimmer, gebogene, neu, auch einzeln. Tisch-sofa 45,00 und Küchenmöbel stannend billig. Beschäftigung empfohlen, auch Sonntags. Berleberstraße 14, Ball-lotal. 5005

Nußbaummöbel, acht Zimmer, auch einzeln, spottbillig. Tischsofa, 45,00. Braunkleuten Gelegenheits. Köpferstraße 126a, I. 4995

Geleichenstände: Paletots, An- züge, Hosen, Kessel, Schirme, Betten, Teppiche, Steppdecken, Gardinen spottbillig. Lude, Oranienstraße 131.

Cyberflügel, Koffer, Revolver, Leihgü, Röhren, Harmonikas, Geigen spottbillig. Lude, Oranienstraße 131. 1888*

Reizgü, Uhren, Ketten, Ringe, Brillanten, Goldschmuck, Regulatour, spottbillig. Lude, Oranienstraße 131.

Gute Federbetten, großer Stand, rot-rola getreist, 25 Mark, 3 Zimmer Möbel Aufgabe halber billig Dresdenerstraße 38, vom II links. 54/10*

Möbelverkauf in meiner Möbel-fabrik Köpferstraße 80-81, nahe Spittelmarkt. Anfolge des großen Unzugs befinden sich am Lager viele zurück-gelegte und verlehene gute Möbel, die wie neu sind. Kleiderpind, Berlin 27,00, Ausziehlich 10, Mädel-bettstelle mit Federmatratzen und Kleinfisch 35, Tischsofa 50, Paneelesofa 70, Waschtisolett 20, Ruhebett 25, ganze Einrichtungen billig. Transport frei. 54/11*

Platina, alte Fingerringe, aller- höchste Preise, Adersstraße 174, II, nicht Laden. 4515*

Rechtsbureau! Sulkom, Stalger- straße 141 (Kottbusertor). Eheleichen, Interventionen, Strafsachen, Beleidigungs-, Alimentenklagen, Schenkungs-, Erb-, Vermögensklagen, Materietellungen. 5015

Rechtsbureau! Brunnenstraße vierzig. Langjähriger Prozeßbeistand, Eingabengeld, Materietellung. (Kle-billigst). 5025*

Bereinszimmer mit Piano zu vergeben Charlottenburg, Köpferstraße 22. Hermann Schön. 1135

Die beileidigenden Worte gegen die Arbeiter B. Hüttemeyer, G. Pelgrim, H. Engel, A. Barmid, K. Wauer-straße 10, Demminersstraße 5, Kron-prinzenstraße 33 und 34, nehme hiermit bedauernd zurück. F. Berger, Baummeister. 5045

Rechtsbureau (Alexander-Platz), Kurze Straße 10/11. Erfahrener Prozeßbeistand! Eheleichen, Interventionen, Strafsachen! Eingabengeld! Materietellung. 128/3*

Wohnungen.
Wartstraße 1-10, Hermann- straße 91-94, nahe Bahnhof Hermann-straße Rüdors, Wohnungen: 3 Stuben, Bad, Erker, Balkon; 2 Stuben, Erker, Balkon; 1 Stube, Balkon mit vielem Zubehör; ferner Läden mit Wohnung, für jedes Geschäft passend. Sofort zu haben. Näheres Wartstraße 4, I, bei der Verwaltung. 4465*

Schlafstellen.
Teilmehmer zur möbllerten Schlafstelle sucht Jacob, Koldbergerstraße 26.
Schlafstelle, Herrn, Witwe Greling, Straßmannstraße 29. 134*

Verhändlungen für erfindliche Damenkleider verlangt, kein Lehr-geld. Ködler, Adersstraße 43.

Im Arbeitsmarkt durch besondern Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Für unser Partei-Organ den „Volkswille“ in Hannover wird ein **Redakteur** gesucht für Feuilleton, Vermischtes zc. Bewerber, welche befähigt sind satirische Vorträge zu schreiben, bevorzugt. Bewerbungen mit Gehaltsansprüchen und event. Probe-Arbeiten bis 15. Dezember an Unterzeichneten. 1289*

F. H. der Preisliste:
 Georg Weich, Linden-Hannover, Gaeckertstr. 7.

Selbständiger junger Schneider-maler und ein tüchtiger Aufschneider für Sand-gehäbe-Arbeiten finden Jahreslohn bei **A. Frei & Cie.,** Zeughausstr. 43, Jülich.

Der Arbeitsnachweis der Tabakarbeiter, Berlin empfiehlt sich zur Vermittlung von Zigarren- und Zigarettenmachern, Wästelmachern und allen in der Tabakbranche benötigten Arbeitskräften. 157/12
 Wohnungen sind zu richten an **A. Feind, Weinststraße 11.**

Achtung, Holzarbeiter!
 Der Jung nach der Firma **J. C. Pfaff,** Zeughausstr. 3, ist streng fernzuhalten; bezgl. nach der Bau-tischlerei Herrmann, Chausseestr. 52, Bau-tischlerei Wüde, Mühlstraße Nr. 106a, Emdelich, Rüdors, Grel-straße, Ruchfall, Kastanien-Allee 10, Trögel, Chausseestr. 23.
 Für **Einsetzer** gesperrt sind folgende Bauten:
 Bau Schöfow, Charlottenburg, Straße 1b, Parzelle 10.
 Bau Gerold, Friedenau, Gähnel-straße 9.
 Schöneberg, Heuricht, 53. Kur-fürstendamm 68. Ludwigskirchplatz (Aufsichtsamt), Berlinerstr. 19, Char-lottenburg.
 Die Bauten der Bau-tischlerei **Ruchfall:** Köpferstraße 10-11; die Kirche, Säbrierstraße; Gabelstr. 18; Säb-Wer, Grel-Losstraße. Die Bauten der Bau-tischlerei **Emdelich,** Rüdors, Kaiser Friedrichstr. 180; **Bauholz-** straße und **Bappel-Allee** Grel; **Patentamt** Girschwitzstraße; **Bücherei**, Wilhelmstr. 9.
 Die Bauarbeit im Schloß von den **Prinzen** Prachtel, Rippert, Haber-laud.
 Die Bauten der Bau-tischlerei von **Hegelmann,** Halensee, Rüdors, Kaiser Friedrichstr. 211; **Witzing,** Berlin, Lützowstr. 24; **Witzing,** Schöneberg, Eisenstr. 96; **Helling,** Berlin, Velti-Platz; **Wilmsdorf,** Kaiser-Allee Grel; **Hosbergherstraße;** **Wüde,** Behden, nahe Bahnhof; **Wittelsch,** Rüdors, Wäntzerstraße; **Wegmann.**
 Die Bauten der Bau-tischlerei von **Rügens,** Rüdors, Prinz Handberg-straße 23; **Eber-Schönweide,** Kalfenauerstraße 54/55; **Reinhardt,** Rüdors, Reuter- und Röhngenerstr.; **Gef-**; **Wilmsdorf,** Halensee, Grel; **Wald-** dorf.
 Die Bauten der Bau-tischlerei von **Sonath,** Mühlstraße; **Naat,** Kurfürstendamm 80; **Schneid,** Wio-land- und Köpferstraße-Grel; **Wüde,** Schöneberg, Maria Luthersstraße Grel; **Barbarossastraße;** **Thomien,** Nieder-Schönweide, Berlinerstraße. 91/13
Die Crispervollung.